



EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE
CUMMISSIUN FEDERALA DA LAS BANCAS

Bulletin

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

Sonderheft
Das geänderte Bankengesetz
Das neue Anlagefondsgesetz

Fascicule spécial
La loi sur les banques modifiée
La nouvelle loi sur les fonds de placement

Fascicolo speciale
La legge sulle banche modificata
La nuova legge sui fondi d'investimento

Heft / Fascicule 24

1994

Herausgeber Eidg. Bankenkommission
Editeur Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 322 69 11
Telefax 031 322 69 26

Vertrieb Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
Diffusion Office central fédéral des imprimés et du matériel

3000 Bern / 3000 Berne

Telefon 031 / 322 39 08
Téléphone 031 / 322 39 08

Telefax 031 / 322 39 75
Téléfax 031 / 322 39 75

Inhaltsverzeichnis

Seite

Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934	5
Einleitung	5
Gesetzestext in der Fassung nach der Änderung vom 18. März 1994	6
Bundesgesetz über die Anlagefonds vom 18. März 1994	112
Einleitung	112
Gesetzestext	113

Zitiervorschlag: EBK Bulletin 24

Sommaire

Page

Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934	41
Introduction	41
Texte légal à la suite de la modification du 18 mars 1994	42
Loi fédérale sur les fonds de placement du 18 mars 1994	145
Introduction	145
Texte légal	146

Proposition pour la citation: Bulletin CFB 24 3

Sommario

Pagina

Legge federale sulle banche et le casse di risparmio
dell'8 novembre 1934 77

Introduzione 77

Testo della legge in seguito alle modificazioni
del 18 marzo 1994 78

Legge federale sui fondi di investimento
del 18 marzo 1994 178

Introduzione 178

Testo della legge 179

Proposta di citazione: Bollettino CFB 24

Bankengesetz

Einleitung

Im Zusammenhang mit der Anpassung des Bundesrechts an das EWR-Recht (Eurolexprojekt) war eine Änderung einiger Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 vorgesehen (vgl. Zusatzbotschaft II vom 15. Juni 1992 des Bundesrates zur EWR-Botschaft, BBI 1992 V 693). Nach der Ablehnung des EWR-Vertrages durch Volk und Stände vom 6. Dezember 1992 beschloss der Bundesrat die Aufnahme dieser Bestimmungen des Bankengesetzes in das sogenannte Swisslexprogramm (vgl. Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens vom 24. Februar 1993, BBI 1993 I 876 und 970). Im Rahmen der Überprüfung dieses Programms unterbreiteten die EBK und die Schweizerische Bankiervereinigung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK SR) neue Vorschläge in bezug auf das Bankengesetz, welche weder im Eurolex noch im Swisslexprogramm vorgesehen waren. Diese Vorschläge veranlassten die WAK SR, vom Eidgenössischen Finanzdepartement einen Zusatzbericht zu verlangen (vgl. BBI 1994 I 85). Am 18. März 1994 verabschiedeten die Räte diese Änderungen nach Diskussionen im Oktober 1993 (Amtl. Bull. Ständerat 1993, 762 ff.), Dezember 1993 (Amtl. Bull. Nationalrat 1993, 2491 ff.) und März 1994 (Differenzbereinigungsverfahren).

Nachstehend publizieren wir einen integrierten Text des Bankengesetzes, welcher nach unseren Kenntnissen alle im Rahmen von Swisslex beschlossenen Änderungen (in Kursivdruck) enthält. Die durch das BG vom 11. März 1971, in Kraft seit 1. Juli 1971 (AS 1971 808, BBI 1970 I 1144), eingeführten Änderungen sind ihrerseits durch ein Sternchen*) gekennzeichnet. Rechtskraft besitzt ausschliesslich der in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts publizierte Text.

Bei Drucklegung des Bulletins stand das Datum des Inkrafttretens der Änderungen noch nicht fest.

Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz, BankG)

vom 8. November 1934

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf die Artikel 34^{ter}, 64 und 64^{bis} der Bundesverfassung¹, nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 2. Februar 1934², beschliesst:

Erster Abschnitt: Geltungsbereich des Gesetzes

Art. 1*)

1 Diesem Gesetz unterstehen die Banken, Privatbankiers (Einzelfirmen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften) und Sparkassen, nachstehend Banken genannt.

2 *Natürliche und juristische Personen, die nicht diesem Gesetz unterstehen, dürfen keine Publikumseinlagen gewerbsmässig entgegennehmen. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen, sofern der Schutz der Einleger gewährleistet ist. Die Auflage von Anleihen gilt nicht als gewerbsmässige Entgegennahme von Publikumseinlagen.*

3 Dem Gesetz unterstehen insbesondere nicht:

- a. Börsenagenten und Börsenfirmen, die nur den Handel mit Wertpapieren und die damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden Geschäfte betreiben, jedoch keinen Bankbetrieb führen;
- b. Vermögensverwalter, Notare und Geschäftsagenten, die lediglich die Gelder ihrer Kunden verwalten und keinen Bankbetrieb führen.

4 *Der Ausdruck «Bank» oder «Bankier», allein oder in Wortverbindungen, darf in der Firma, in der Bezeichnung des Geschäftszweckes und in der Geschäftsreklame nur für Institute verwendet werden, die eine Bewilligung der Eidgenössischen Bankenkommission*

¹ SR 101. Anstelle von Art. 34^{ter} in der Fassung im Zeitpunkt des Erlasses dieses BG (AS 24 883) gilt heute Art. 31^{quater} BV.

² BBl 1934 I 171.

(Bankenkommission) als Bank erhalten haben. Vorbehalten bleibt Artikel 2 Absatz 3.

5 Die Schweizerische Nationalbank und die Pfandbriefzentralen fallen nur soweit unter das Gesetz, als dies ausdrücklich gesagt ist.

Art. 2*)

1 Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden sinngemäss Anwendung auf die von ausländischen Banken in der Schweiz errichteten Sitze, Zweigniederlassungen und Agenturen sowie auf die in der Schweiz tätigen Vertreter ausländischer Banken.

2 Die Bankenkommission erlässt die nötigen Weisungen. Sie kann insbesondere die Ausstattung der Geschäftsstellen mit einem angemessenen Dotationskapital und die Leistung von Sicherheiten verlangen.

3 *Der Bundesrat ist befugt, auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung von gleichwertigen Regelungen der Banktätigkeiten und von gleichwertigen Massnahmen im Bereich der Bankenaufsicht Staatsverträge abzuschliessen, welche vorsehen, dass Banken aus den Vertragsstaaten ohne Bewilligung der Bankenkommission eine Zweigniederlassung, eine Agentur oder eine Vertretung eröffnen können.*

Zweiter Abschnitt: Bewilligung zum Geschäftsbetrieb*)

Art. 3*)

1 Die Bank bedarf zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit einer Bewilligung der Bankenkommission; sie darf nicht ins Handelsregister eingetragen werden, bevor diese Bewilligung erteilt ist.

2 Die Bewilligung wird erteilt, wenn

- a. die Bank in ihren Statuten, Gesellschaftsverträgen und Reglementen den Geschäftskreis genau umschreibt und die ihrer Geschäftstätigkeit entsprechende Verwaltungsorganisation vorseht; wo der Geschäftszweck oder der Geschäftsumfang es erfordern, sind besondere Organe für die Geschäftsführung einerseits und für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle ander-

seits auszuscheiden und die Befugnisse zwischen diesen Organen so abzugrenzen, dass eine sachgemässe Überwachung der Geschäftsführung gewährleistet ist;

- b. *die Bank das vom Bundesrat festgelegte voll einbezahlte Mindestkapital ausweist;*
- c. *die mit der Verwaltung und Geschäftsführung der Bank betrauten Personen einen guten Ruf geniessen und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit bieten;*
- c.^{bis} *die natürlichen und juristischen Personen, welche direkt oder indirekt mit mindestens 10 Prozent des Kapitals oder der Stimmen an der Bank beteiligt sind oder deren Geschäftstätigkeit auf andere Weise massgebend beeinflussen können (qualifizierte Beteiligung), gewährleisten, dass sich ihr Einfluss nicht zum Schaden einer umsichtigen und soliden Geschäftstätigkeit auswirkt;*
- d. *die mit der Geschäftsführung der Bank betrauten Personen an einem Ort Wohnsitz haben, wo sie die Geschäftsführung tatsächlich und verantwortlich ausüben können.*

3 Die Bank hat der Bankenkommission ihre Statuten, Gesellschaftsverträge und Reglemente einzureichen sowie alle späteren Änderungen daran anzuzeigen, soweit diese den Geschäftszweck, den Geschäftsbereich, das Grundkapital oder die innere Organisation betreffen. Solche Änderungen dürfen nicht ins Handelsregister eingetragen werden, bevor die Bankenkommission sie genehmigt hat.

4 Aufgehoben

5 *Jede natürliche oder juristische Person hat der Bankenkommission Meldung zu erstatten, bevor sie direkt oder indirekt eine qualifizierte Beteiligung nach Absatz 2 Buchstabe c^{bis} an einer nach schweizerischem Recht organisierten Bank erwirbt oder veräussert. Diese Meldepflicht besteht auch, wenn eine qualifizierte Beteiligung in solcher Weise vergrössert oder verkleinert wird, dass die Schwellen von 20, 33 oder 50 Prozent des Kapitals oder der Stimmen erreicht oder über- beziehungsweise unterschritten werden.*

6 *Die Bank meldet die Personen, welche die Voraussetzungen nach Absatz 5 erfüllen, sobald sie davon Kenntnis erhält, mindestens jedoch einmal jährlich.*

7 *Nach schweizerischem Recht organisierte Banken erstatten der Bankenkommission Meldung, bevor sie im Ausland eine Tochtergesellschaft, eine Zweigniederlassung, eine Agentur oder eine Vertretung errichten.*

Art. 3a

1 *Die Absätze 1, 2 und 3 des Artikels 3 finden keine Anwendung auf die Kantonalbanken. Die Kantone stellen die Einhaltung entsprechender Voraussetzungen sicher. Als Kantonalbanken gelten die durch kantonalen gesetzlichen Erlass errichteten Banken, für deren Verbindlichkeiten der Kanton haftet, sowie die durch kantonalen gesetzlichen Erlass vor 1883 errichteten Banken, für deren Verbindlichkeiten der Kanton zwar keine Haftung übernimmt, die aber unter Mitwirkung der kantonalen Behörden verwaltet werden.*

2 *Die Kantone können die bankengesetzliche Aufsicht über ihre Kantonalbanken vollumfänglich der Bankenkommission übertragen. In diesem Fall müssen die Kantonalbanken die Anforderungen nach Artikel 3 Absätze 2 und 3 erfüllen. Errichtung und Auflösung der Kantonalbanken sowie die Überwachung der Einhaltung kantonaler gesetzlicher Vorschriften bleiben Sache der Kantone.*

Art. 3^{bis}*)

1 *Die Bewilligung zur Errichtung einer Bank, die nach schweizerischem Recht organisiert werden soll, auf die jedoch ein beherrschender ausländischer Einfluss besteht, wie auch die Bewilligung zur Errichtung eines Sitzes, einer Zweigniederlassung oder einer Agentur einer ausländischen oder ausländisch beherrschten Bank und die Bewilligung zur Bestellung eines ständigen Vertreters einer ausländischen Bank sind zusätzlich von folgenden Bedingungen abhängig zu machen:*

- a. *von der Gewährleistung des Gegenrechts durch die Staaten, in denen die ausländischen Gründer oder die sie beherrschenden natürlichen oder juristischen Personen ihren Wohnsitz oder Sitz haben;*
- b. *von der Verwendung einer Firma, die nicht auf einen schweizerischen Charakter der Bank hinweist oder darauf schliessen lässt;*

c. *Aufgehoben*

2 Die Bank hat der Schweizerischen Nationalbank über ihren Geschäftskreis und ihre Beziehungen zum Ausland Auskunft zu erteilen.

3 *Eine nach schweizerischem Recht organisierte Bank fällt unter Absatz 1, wenn Ausländer mit qualifizierten Beteiligungen direkt oder indirekt mit mehr als der Hälfte der Stimmen an ihr beteiligt sind oder auf sie in anderer Weise einen beherrschenden Einfluss ausüben. Als Ausländer gelten:*

- a. natürliche Personen, die weder das Schweizer Bürgerrecht noch eine Niederlassungsbewilligung in der Schweiz besitzen;
- b. juristische Personen und Personengesellschaften, die ihren Sitz im Ausland haben oder, wenn sie ihren Sitz im Inland haben, von Personen gemäss Buchstabe a beherrscht sind.

Art. 3^{ter*}

1 Banken, die nach ihrer Gründung ausländisch beherrscht werden, bedürfen einer zusätzlichen Bewilligung gemäss Artikel 3^{bis}.

2 Eine neue Zusatzbewilligung ist nötig, wenn bei einer ausländisch beherrschten Bank die massgebenden Aktionäre oder die sie in anderer Weise beherrschenden Personen wechseln.

3 Die Mitglieder der Verwaltung und Geschäftsführung der Bank haben der Bankenkommision alle Tatsachen zu melden, die auf eine ausländische Beherrschung der Bank oder auf einen Wechsel der sie beherrschenden Personen schliessen lassen. Meldepflichtig ist auch, wer den ausländischen Einfluss ausübt.

Art. 3^{quater}

1 *Der Bundesrat ist befugt, in Staatsverträgen die besonderen Bewilligungsvoraussetzungen nach den Artikeln 3^{bis} und 3^{ter} ganz oder teilweise nicht anwendbar zu erklären, wenn Staatsangehörige aus einem Vertragsstaat sowie juristische Personen mit Sitz in einem Vertragsstaat eine Bank nach schweizerischem Recht errichten, übernehmen oder eine qualifizierte Beteiligung daran erwerben. Soweit*

keine anderslautenden internationalen Verpflichtungen entgegenstehen, kann er dies davon abhängig machen, dass der Vertragsstaat Gegenrecht gewährt.

2 Wird die juristische Person ihrerseits direkt oder indirekt von Staatsangehörigen aus einem Drittstaat oder von juristischen Personen mit Sitz in einem Drittstaat beherrscht, so sind die erwähnten Bestimmungen anwendbar.

Dritter Abschnitt: Eigene Mittel, Liquidität und andere Vorschriften über die Geschäftstätigkeit*)

Art. 4

1 Die Banken haben dafür zu sorgen, dass ein angemessenes Verhältnis besteht

- a. zwischen ihren eigenen Mitteln und ihren gesamten Verbindlichkeiten;
- b. zwischen ihren greifbaren Mitteln und leicht verwertbaren Aktiven einerseits und ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten andererseits.

2 Die Vollziehungsverordnung setzt hierüber die unter normalen Umständen einzuhaltenden Richtlinien fest, unter Berücksichtigung der Geschäftstätigkeit und der Art der Banken; sie umschreibt die Begriffe der eigenen Mittel, der greifbaren Mittel und der leicht verwertbaren Aktiven sowie der kurzfristigen Verbindlichkeiten.*)

2^{bis} Die qualifizierte Beteiligung einer Bank an einem Unternehmen ausserhalb des Finanz- und Versicherungsbereichs darf 15 Prozent ihrer eigenen Mittel nicht überschreiten. Solche Beteiligungen dürfen insgesamt nicht mehr als 60 Prozent der eigenen Mittel betragen. Der Bundesrat regelt die Ausnahmen.

3 Die Bankenkommission kann in besonderen Fällen Erleichterungen von den Richtlinien zulassen oder Verschärfungen anordnen.*)

4 *Aufgehoben*

Art. 4^{bis}*)

1 Die Ausleihungen einer Bank an einen einzelnen Kunden sowie die Beteiligungen an einem einzelnen Unternehmen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu ihren eigenen Mitteln stehen.

2 Die Vollziehungsverordnung setzt dieses Verhältnis fest unter besonderer Berücksichtigung der Ausleihungen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und der Art der Deckung.

3 *Aufgehoben*

Art. 4^{ter*}

1 Kredite an Mitglieder der Bankorgane und an massgebende Aktionäre sowie die ihnen nahestehenden Personen und Gesellschaften dürfen nur nach den allgemein anerkannten Grundsätzen des Bankgewerbes gewährt werden.

2 *Aufgehoben*

Art. 4^{quater*}

Die Banken haben im In- und Ausland jede irreführende sowie jede aufdringliche Werbung mit ihrem schweizerischen Sitz oder mit schweizerischen Einrichtungen zu unterlassen.

Art. 4^{quinqies}

1 *Banken dürfen ihren Muttergesellschaften, welche ihrerseits von einer Bank- oder Finanzmarktaufsichtsbehörde beaufsichtigt werden, die zur konsolidierten Beaufsichtigung notwendigen nicht öffentlich zugänglichen Auskünfte und Unterlagen übermitteln, sofern:*

- a. *solche Informationen ausschliesslich zur internen Kontrolle oder direkten Beaufsichtigung von Banken oder anderen bewilligungspflichtigen Finanzintermediären verwendet werden;*
- b. *die Muttergesellschaft und die für die konsolidierte Beaufsichtigung zuständige Aufsichtsbehörde an das Amts- oder Berufsgeheimnis gebunden sind;*
- c. *diese Informationen nicht ohne die vorgängige Zustimmung der Bank oder aufgrund einer generellen Ermächtigung in einem Staatsvertrag an Dritte weitergeleitet werden.*

2 *Erscheinen die Voraussetzungen der Übermittlung nach Absatz 1 zweifelhaft, so können die Banken eine Verfügung der Bankenkommission verlangen, welche die Übermittlung der Informationen erlaubt oder untersagt.*

Art. 5

1 Die Banken haben wenigstens $\frac{1}{20}$ ihres jährlichen Reingewinnes einem Reservefonds zu überweisen, der zur Deckung von Verlusten und zur Vornahme von Abschreibungen bestimmt ist. Die Überweisungen haben so lange zu erfolgen, bis dieser Fonds $\frac{1}{5}$ des Grundkapitals oder, bei Banken ohne eigenes einbezahltes Kapital, $\frac{1}{20}$ der fremden Gelder erreicht hat.

1^{bis} Dem Reservefonds sind, auch nachdem er die gesetzliche Höhe erreicht hat, zuzuweisen:

- a. ein bei der Ausgabe von Aktien oder Anteilscheinen nach Deckung der Ausgabekosten über den Nennwert hinaus erzielter Mehrerlös;
- b. $\frac{1}{10}$ derjenigen Beträge, die aus dem Reingewinn nach der ordentlichen Speisung des Reservefonds und nach Bezahlung einer Dividende oder eines Anteilscheininzinses von 5 Prozent an die Gewinnberechtigten verteilt werden.*)

2 Dieser Artikel findet nicht Anwendung auf die Kantonalbanken sowie auf Privatbankiers, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen.

Vierter Abschnitt: Jahresrechnungen und Bilanzen

Art. 6

1 *Die Banken erstellen für jedes Geschäftsjahr einen Geschäftsbericht, der sich aus der Jahresrechnung und dem Jahresbericht zusammensetzt. Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen zusätzlich eine Konzernrechnung zu erstellen ist.*

2 *Der Geschäftsbericht ist nach den Vorschriften des Obligationenrechts¹ über die Aktiengesellschaften und nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu erstellen. Wenn die allgemeinen Verhältnisse es erfordern, kann der Bundesrat Abweichungen davon gestatten. Ein solcher Beschluss des Bundesrates ist zu veröffentlichen.*

¹ SR 220.

3 *Der Bundesrat legt fest, welche Banken Zwischenabschlüsse zu erstellen haben.*

4 *Die Jahresrechnungen, Konzernrechnungen und Zwischenabschlüsse sind zu veröffentlichen oder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.*

5 *Der Bundesrat legt fest, wie die Jahresrechnungen, Konzernrechnungen und Zwischenabschlüsse zu gliedern sind und in welcher Form, in welchem Umfang sowie innert welcher Fristen sie zu veröffentlichen oder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind.*

6 Die Absätze 3 und 4 finden nicht Anwendung auf Privatbankiers, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen.

Fünfter Abschnitt:

Verhältnis der Banken zur Schweizerischen Nationalbank*)

Art. 7*)

1 Die Banken haben der Schweizerischen Nationalbank ihre Jahresrechnung einzureichen.

2 Wo es die Grösse einer Bank oder die Art ihrer Geschäftstätigkeit rechtfertigt, kann die Nationalbank ferner ausführliche Halbjahresbilanzen und vierteljährliche oder monatliche Zwischenbilanzen verlangen.

3 Die Nationalbank kann von den Banken weitere Aufschlüsse über diese Bilanzen verlangen. Sie kann ferner andere Meldungen einverlangen, jedoch ausschliesslich zum Zwecke, ihr die Erfüllung der in Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953¹ über die Schweizerische Nationalbank umschriebenen Aufgabe zu erleichtern.

4 Die Nationalbank ordnet nach Rücksprache mit den Banken das Meldeverfahren; sie kann namentlich die Verwendung einheitlicher Formulare vorschreiben.

5 Die Nationalbank trifft die nötigen Massnahmen, um die Entwicklung der Schweizerfranken-Märkte überwachen zu können.

Art. 8

1 Im Falle von kurzfristigen, aussergewöhnlichen Kapitalabflüssen, welche die schweizerische Geld- und Währungspolitik ernstlich gefährden, kann der Bundesrat anordnen, dass die Banken eine Bewilligung der Schweizerischen Nationalbank einholen, bevor sie eines der folgenden Geschäfte abschliessen oder sich daran beteiligen:

- a. Plazierung oder Übernahme von Anlehensobligationen, Re-skriptionen oder anderen Schuldverschreibungen, die auf einen Schuldner mit Wohn- oder Geschäftssitz im Ausland lauten, oder von nicht verkündeten Rechten mit gleicher Funktion (Wert-rechten) oder von abgeleiteten Instrumenten (Derivaten);
- b. Begründung, Erwerb oder Vermittlung von Buchforderungen jeder Art gegen Schuldner mit Wohn- oder Geschäftssitz im Aus-land.

2 Die Nationalbank kann eine Bewilligung verweigern oder an Bedingungen knüpfen, soweit dies notwendig ist, um eine zielge-rechte Geld- und Währungspolitik zu führen. Die Prüfung der Risiken eines Geschäfts ist nicht Sache der Nationalbank.

3 Die Nationalbank kann gegebenenfalls Ausführungsvorschriften zur Verordnung des Bundesrates erlassen.

Art. 9*)

1 Die Schweizerische Nationalbank hat über die erhaltenen Mel-dungen und Mitteilungen das Geheimnis zu bewahren.

2 Sie veröffentlicht Statistiken, in denen die Jahresrechnungen, Zwischenbilanzen und Meldungen der Banken gesamthaft oder gruppenweise zusammengefasst werden.

Art. 10

Aufgehoben

Sechster Abschnitt: Kapitalrückzahlung; besondere Bestimmungen über Genossenschaftsbanken

Art. 11

1 Für Banken, die Aktiengesellschaften oder Kommanditaktiengesellschaften sind, gelten für die Herabsetzung des Grundkapitals durch Rückzahlung von Aktien die einschlägigen Bestimmungen des Obligationenrechtes¹, unter Vorbehalt folgender Vorschriften:

- a. die Generalversammlung darf die Kapitalherabsetzung nur beschliessen, wenn durch besondern Revisionsbericht festgestellt ist, dass die Forderungen der Gläubiger auch durch das herabgesetzte Kapital voll gedeckt sind und die Liquidität gesichert ist;
- b. die Kapitalherabsetzung darf durchgeführt werden nach Ablauf von zwei Monaten von dem Tag an gerechnet, an dem der Beschluss mit der Aufforderung zur Anmeldung der Ansprüche in statutarischer Form bekanntgemacht worden ist, und nachdem diejenigen Gläubiger, die innert dieser Frist ihre Ansprüche anmelden, ausbezahlt oder sichergestellt worden sind;
- c. ein aus der Kapitalherabsetzung allfällig sich ergebender Buchgewinn ist, soweit er nicht zur Abschreibung gefährdeter Aktiven oder zu Rückstellungen für solche Aktiven beansprucht wird, in den Reservefonds zu legen.

2 Auf die Herabsetzung des Stammkapitals einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sowie auf die Herabsetzung oder Aufhebung der Anteilscheine bei Genossenschaften finden die Vorschriften von Absatz 1 sinngemässe Anwendung.²

Art. 12

1 Banken, die Genossenschaften sind, dürfen Anteilscheine ausscheidender Genossenschaftler frühestens nach Genehmigung der Jahresrechnung des vierten auf die Austrittserklärung folgenden

¹ SR 220.

² Eingefügt durch Art. 17 Ziff. 1 Schl.- und UeB zu den Tit. XXIV-XXXIII OR, in Kraft seit 1. Juli 1937 (SR 220 am Schluss).

Geschäftsjahres zurückzahlen. Der Austrittserklärung steht jede andere Form des Hinfalls der Mitgliedschaft gleich.

2 Bis zur Rückzahlung haften die Anteilscheine ausscheidender Genossenschafter als verantwortliches Kapital.

3 Eine Rückzahlung darf nur stattfinden, wenn die Forderungen der Gläubiger gedeckt bleiben und die Liquidität gewährleistet ist.*)

Art. 13

1 Neue Handelsbanken dürfen nicht in der Gesellschaftsform der Genossenschaft errichtet werden.

2 Wenn eine bestehende Genossenschaft sich nachträglich zur Handelsbank entwickelt, so ist ihr von der Bankenkommission eine Frist anzusetzen, innerhalb der sie sich in eine Aktiengesellschaft, Kommanditaktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung umzuwandeln hat.¹

3 Die Bankenkommission entscheidet im Zweifel, ob einer Bank die Eigenschaft einer Handelsbank zukommt.

Art. 14

1 Der Bundesrat wird ermächtigt, zur Vermeidung einer Liquidation allgemein oder für einzelne Fälle erleichternde Vorschriften über die Umwandlung einer Genossenschaftsbank in eine Aktiengesellschaft oder Kommanditaktiengesellschaft aufzustellen. Er darf dabei, unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter und der Gläubiger, vom Obligationenrecht² und vom Bundesgesetz vom 11. April 1889³ über Schuldbetreibung und Konkurs abweichen.

2 Die Aktien, die nach Umwandlung der Anteilscheine ausgegeben werden, sind von der Emissionsabgabe nach den Artikeln 18 bis 20 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1917⁴ über die Stempel-

¹ Fassung gemäss Art. 17 Ziff. 2 Schl.- und UeB zu den Tit. XXIV–XXXIII OR, in Kraft seit 1. Juli 1937 (SR 220 am Schluss).

² SR 220.

³ SR 281.1.

⁴ [BS 6 101; AS 1966 371 Art. 68 Ziff. I. SR 641.10 Art. 53 Abs. 1 Bst. a]. Heute: nach Art. 5 Abs. 1 Bst. a des BG vom 27. Juni 1973 (SR 641.10).

abgaben befreit, soweit diese Abgabe auf den umgewandelten Anteilscheinen bereits entrichtet wurde, die Aktien nur an bisherige Genossenschafter ausgegeben werden und der Nennwert dieser Aktien das auf die umgewandelten Anteilscheine einbezahlte Kapital nicht übersteigt.

3 Für den Übergang des Genossenschaftsvermögens an die Aktiengesellschaft dürfen weder eidgenössische noch kantonale Handänderungs- und Registrierungsabgaben erhoben werden.

4 Auf die Umwandlung einer Genossenschaftsbank in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung finden die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 3 sinngemässe Anwendung.¹

Siebenter Abschnitt: Spareinlagen

Art. 15

1 Einlagen, die in irgendeiner Wortverbindung durch den Ausdruck «Sparen» gekennzeichnet sind, dürfen nur von Banken entgegengenommen werden, die öffentlich Rechnung ablegen. Alle andern Unternehmen sind zur Entgegennahme von Spareinlagen nicht berechtigt und dürfen weder in der Firma noch in der Bezeichnung des Geschäftszweckes, noch in Geschäftsreklamen den Ausdruck «Sparen» mit Bezug auf die bei ihnen gemachten Geldeinlagen verwenden.

2 Die Spareinlagen jedes Einlegers geniessen bis zum Betrag von 5000 Franken ein Konkursvorrecht in der dritten Klasse. Soweit Spareinlagen diesen Betrag übersteigen, sind sie bis zu weiteren 5000 Franken in der vierten Klasse privilegiert. Sind mehrere Personen an einem Sparheft beteiligt, so gelten sie zusammen als einziger Einleger.*)

3 Absatz 2 findet nicht Anwendung auf Spareinlagen, für die ein Kanton haftet.

¹ Eingefügt durch Art. 17 Ziff. 3 Schl.- und UeB zu den Tit. XXIV–XXXIII OR, in Kraft seit 1. Juli 1937 (SR 220 am Schluss).

Art. 16

1 Die Kantone sind befugt, für Spareinlagen im Sinne von Artikel 15 Absatz 1, die auf Rechnung einer in ihrem Gebiet errichteten Bankstelle einbezahlt werden, an Wertpapieren und Forderungen der betreffenden Bankstelle bis zum Betrage von 5000 Franken ein gesetzliches Pfandrecht zu schaffen, das von den Formvorschriften des Zivilgesetzbuches¹ über das Fahrnispfandrecht befreit ist.*)

2 Kantone, die ein solches Pfandrecht schaffen, haben die Pfandgegenstände in einer die Rechte Dritter hinreichend wahrenen Weise klar abzugrenzen sowie Vorschriften über die als Deckung zulässigen Werte und die Aufbewahrung der Deckung aufzustellen.

3 ...²

4 Hat ein Kanton ein gesetzliches Pfandrecht geschaffen, so ist im Konkursfalle der Erlös aus der Pfandverwertung auf den durch das Konkursvorrecht nach Artikel 15 Absatz 2 geschützten Betrag anzurechnen.

Achter Abschnitt: Verpfändungsverträge

Art. 17

1 Eine Bank, welche das Recht zur Weiterverpfändung eines Faustpfandes oder zu dessen Hingabe in Report beanspruchen will, hat sich die Ermächtigung dazu in einer besondern Urkunde vom Verpfänder geben zu lassen.

2 Die Bank darf das Faustpfand für keinen höhern Betrag weiter verpfänden oder in Report geben, als sie selbst von ihrem Pfandschuldner zu fordern berechtigt ist. Sie hat dafür zu sorgen, dass auch sonst keine Rechte Dritter für einen höhern Betrag an dem Faustpfand begründet werden.

¹ SR 210.

² Aufgehoben durch Ziff. II 55 des BG vom 15. Dezember 1989 über die Genehmigung kantonaler Erlasse durch den Bund (AS 1991 362; BBl 1988 II 1333).

Neunter Abschnitt: Überwachung und Revision

Art. 18

1 Die Banken haben ihre Jahresrechnungen jedes Jahr durch eine ausserhalb des Unternehmens stehende Revisionsstelle prüfen zu lassen.

2 *Aufgehoben*

Art. 19

1 Die Revisionsstelle prüft, ob die Jahresrechnung nach Form und Inhalt gemäss den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften aufgestellt ist und ob die Bestimmungen dieses Gesetzes und seiner Vollziehungsverordnung sowie allfällige kantonale Bestimmungen über ein gesetzliches Pfandrecht zugunsten von Spareinlagen beobachtet und die Voraussetzungen der Bewilligungen eingehalten worden sind.*)

2 Die Bank hat der Revisionsstelle jederzeit Einsicht in die Bücher und Belege zu gewähren, die für die Feststellung und Bewertung der Aktiven und Passiven im schweizerischen Bankgeschäft üblichen Unterlagen bereitzuhalten sowie alle Aufschlüsse zu erteilen, die zur Erfüllung der Prüfungspflicht erforderlich sind.*)

3 Wenn eine Bank eine sachkundige Revisionsabteilung besitzt, so hat sie deren Berichte der Revisionsstelle vorzulegen. Doppelspurigkeiten in der Kontrolle sind möglichst zu vermeiden.

Art. 20

1 Mit der Revision kann nur ein Revisionsverband oder eine Treuhandgesellschaft beauftragt werden, die als Revisionsstelle für Banken anerkannt worden ist. Die Vollziehungsverordnung bestimmt die Voraussetzungen der Anerkennung. Die Bankenkommission entscheidet, ob ein Revisionsverband oder eine Treuhandgesellschaft diese Voraussetzungen erfüllt.

2 Die als Revisionsstellen anerkannten Revisionsverbände und Treuhandgesellschaften haben sich ausschliesslich der Revisions-tätigkeit und den damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden

Geschäften, wie Kontrollen, Liquidationen und Sanierungen, zu widmen. Die Besorgung von eigentlichen Bankgeschäften und von Vermögensverwaltungen ist ihnen nicht gestattet. Die Bankenkommission umschreibt das Tätigkeitsgebiet der Revisionsstellen in einem Reglement.

3 Die Revisionsstelle muss von der Geschäftsführung und der Verwaltung der zu revidierenden Bank unabhängig sein.

4 Die Revision ist mit der Sorgfalt eines ordentlichen und sachkundigen Revisors durchzuführen.

5 Die Revisionsstelle hat ausser gegenüber den zuständigen Organen der revidierten Bank und der Bankenkommission über alle ihr bei der Revision bekanntgewordenen Tatsachen das Geheimnis zu bewahren.

Art. 21

1 Der Revisionsbericht hat das Ergebnis der in Artikel 19 Absatz 1 vorgeschriebenen Ermittlungen zu enthalten. Er muss ausserdem das Verhältnis zwischen den Anlagen und Krediten im Ausland einerseits und der Gesamtbilanzsumme andererseits klar erkennen lassen. Die Vollziehungsverordnung stellt über den Inhalt des Revisionsberichtes nähere Vorschriften auf.

2 Der Revisionsbericht ist dem nach Gesetz, Statuten, Gesellschaftsvertrag oder Reglement für die Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle verantwortlichen Organ bekanntzugeben. Ist die Bank eine juristische Person, so ist der Revisionsbericht auch der obligationenrechtlichen¹ Kontrollstelle zu unterbreiten.*)

3 Werden bei der Revision Verletzungen gesetzlicher Vorschriften oder sonstige Missstände festgestellt, hat die Revisionsstelle der Bank eine angemessene Frist zur Herstellung des ordnungsgemässen Zustandes anzusetzen. Wird die Frist nicht eingehalten, so hat die Revisionsstelle der Bankenkommission Bericht zu erstatten.*)

4 Erscheint eine Fristansetzung im Sinne von Absatz 3 als zwecklos oder stellt die Revisionsstelle strafbare Handlungen, schwere Miss-

¹ SR 220.

stände, den Verlust der Hälfte der eigenen Mittel oder andere Tatsachen fest, welche die Sicherheit der Gläubiger gefährden, oder kann sie nicht mehr bestätigen, dass die Gläubiger durch die Aktiven noch gedeckt sind, so ist die Bankenkommision sofort zu benachrichtigen.*)

Art. 22*)

- 1 Die Kosten der Revision sind von der revidierten Bank zu tragen. Sie richten sich nach den durch die Bankenkommision genehmigten Tarifen.
- 2 Die gestützt auf diesen Artikel erhobenen Forderungen der Revisionsstelle geniessen ein Konkursvorrecht in der dritten Klasse.

Zehnter Abschnitt: Eidgenössische Bankenkommision

Art. 23*)

- 1 Der Bundesrat wählt eine aus sieben bis neun Mitgliedern bestehende Eidgenössische Bankenkommision und bezeichnet ihren Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Dieser Kommision ist die Aufsicht über das Bankwesen und die Anlagefonds zur selbständigen Erledigung übertragen. Die Kommision verfügt über ein ständiges Sekretariat.
- 2 Die Bankenkommision, die sich in je eine Kammer für Banken und für Anlagefonds gliedern kann, erlässt ein Reglement über ihre Organisation und Geschäftsführung, das der Genehmigung des Bundesrates bedarf.
- 3 Die Bankenkommision erstattet dem Bundesrat wenigstens einmal jährlich Bericht über ihre Tätigkeit. Sie verkehrt mit dem Bundesrat über das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement.
- 4 Die Kosten der Bankenkommision und ihres Sekretariates übernimmt der Bund. Die Bankenkommision erhebt jedoch für ihre Verfügungen Gebühren. Das Nähere regelt die Vollziehungsverordnung.
- 5 Die Mitglieder der Bankenkommision müssen Sachverständige sein. Sie dürfen nicht Präsident, Vizepräsident, Delegierter oder Mitglieder des Ausschusses des Verwaltungsrates noch Mitglied der

Geschäftsführung einer Bank, einer anerkannten Revisionsstelle oder der Fondsleitung eines Anlagefonds sein.

Art. 23^{bis*}

1 Die Bankenkommission trifft die zum Vollzug des Gesetzes notwendigen Verfügungen und überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

2 Die Bankenkommission kann von den Revisionsstellen sowie von den Banken alle Auskünfte und Unterlagen verlangen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigt; sie ist befugt, von den Revisionsstellen Berichte, insbesondere den Revisionsbericht über eine Bank einzufordern und ausserordentliche Revisionen anzuordnen.

Art. 23^{ter*}

1 Erhält die Bankenkommission von Verletzungen des Gesetzes oder von sonstigen Missständen Kenntnis, so erlässt sie die zur Herstellung des ordnungsgemässen Zustandes und zur Beseitigung der Missstände notwendigen Verfügungen.

1^{bis} Zur Durchsetzung von Artikel 3 Absätze 2 Buchstabe c^{bis} und 5 dieses Gesetzes kann die Bankenkommission insbesondere das Stimmrecht suspendieren, das an Aktien oder Anteile gebunden ist, die von Aktionären oder Gesellschaftern mit einer qualifizierten Beteiligung gehalten werden.

2 Wird eine vollstreckbare Verfügung der Bankenkommission nach vorausgegangener Mahnung innert der festgesetzten Frist nicht befolgt, so kann die Bankenkommission auf Kosten der säumigen Bank die angeordnete Handlung selber vornehmen.

3 Bei Widersetzlichkeit gegen vollstreckbare Verfügungen kann die Bankenkommission diese auch im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlichen oder in anderer Form bekanntmachen. Eine solche Massnahme ist zunächst anzudrohen.

4 Erhält die Bankenkommission Kenntnis von Widerhandlungen gegen die Artikel 46, 49 und 50 dieses Gesetzes, benachrichtigt sie unverzüglich das Eidgenössische Finanz- und Zolldepartement. Erhält sie Kenntnis von Widerhandlungen gegen die Artikel 47 und 48

dieses Gesetzes oder von gemeinrechtlichen Verbrechen und Vergehen, benachrichtigt sie die zuständige kantonale Behörde.

Art. 23^{quater}*)

1 Die Bankenkommission kann in eine Bank einen Sachverständigen als ihren Beobachter abordnen, wenn die Forderungen der Gläubiger durch schwerwiegende Missstände als ernstlich gefährdet erscheinen. Mit dieser Aufgabe kann die bankengesetzliche Revisionsstelle betraut werden. Die Kosten trägt die Bank.

2 Der Beobachter überwacht die Tätigkeit der leitenden Organe der Bank, insbesondere die Durchführung der von der Bankenkommission angeordneten Massnahmen und erstattet ihr hierüber laufend Bericht. Zu diesem Zwecke geniesst er ein uneingeschränktes Recht zur Einsicht in die Geschäftstätigkeit, die Bücher und Akten der Bank, darf aber in die Geschäftstätigkeit selber nicht eingreifen.

3 Die gestützt auf diesen Artikel erhobenen Forderungen des Beobachters geniessen ein Konkursvorrecht in der dritten Klasse.

Art. 23^{quinquies}*)

1 Die Bankenkommission entzieht der Bank, welche die Voraussetzungen der Bewilligung nicht mehr erfüllt oder ihre gesetzlichen Pflichten grob verletzt, die Bewilligung zur Geschäftstätigkeit.

2 Der Entzug der Bewilligung bewirkt bei juristischen Personen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften die Auflösung und bei Einzelfirmen die Löschung im Handelsregister. Die Bankenkommission bezeichnet den Liquidator und überwacht seine Tätigkeit.

Art. 23^{sexies}

1 *Die Bankenkommission kann zur Durchsetzung dieses Gesetzes ausländische Bank- und Finanzmarktaufsichtsbehörden um Auskünfte und Unterlagen ersuchen.*

2 *Die Bankenkommission darf ausländischen Bank- und Finanzmarktaufsichtsbehörden nicht öffentlich zugängliche Auskünfte und Unterlagen nur übermitteln, sofern diese Behörden:*

a. *solche Informationen ausschliesslich zur direkten Beaufsichti-*

gung von Banken oder anderen bewilligungspflichtigen Finanzintermediären verwenden;

- b. an das Amts- oder Berufsgeheimnis gebunden sind; und
 - c. diese Informationen nicht ohne vorgängige Zustimmung der Bankenkommission oder aufgrund einer generellen Ermächtigung in einem Staatsvertrag an zuständige Behörden und an Organe, die mit im öffentlichen Interesse liegenden Aufsichtsaufgaben betraut sind, weiterleiten. Die Weiterleitung von Informationen an Strafbehörden ist unzulässig, wenn die Rechtshilfe in Strafsachen ausgeschlossen wäre. Die Bankenkommission entscheidet im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Polizeiwesen.
- 3 Soweit die von der Bankenkommission zu übermittelnden Informationen einzelne Bankkunden betreffen, ist das Bundesgesetz über das *Verwaltungsverfahren*¹ anwendbar.

Art. 24*)

Gegen Verfügungen der Bankenkommission ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht gemäss dem fünften Titel des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943² über die Organisation der Bundesrechtspflege zulässig.

Elfter Abschnitt: Fälligkeitsaufschub

Art. 25

1 Banken, die andauernd übermässigen Geldabhebungen ausgesetzt sind, können beim Bundesrat die Gewährung eines Fälligkeitsaufschubes nachsuchen.

2 Dem Gesuch kann nur entsprochen werden, wenn durch besondern Revisionsbericht festgestellt ist, dass die Forderungen der Gläubiger voll gedeckt sind und der Zinsendienst während des Aufschubes aufrechterhalten werden kann.

¹ SR 172.021.

² SR 173.110.

Art. 26

Der Fälligkeitsaufschub kann für die Gesamtheit oder für bestimmte Arten von Verbindlichkeiten einer Bank mit Ausnahme der Zinsen auf den fremden Geldern bewilligt werden und kann sich entweder auf den vollen Betrag oder auf einen Teilbetrag erstrecken.

Art. 27

Der Bundesrat entscheidet über den Fälligkeitsaufschub nach Anhörung der Schweizerischen Nationalbank und der Bankenkommision.*) Die dabei zu treffenden Massnahmen werden in sinngemässer Anwendung der Vorschriften der Artikel 29 bis 35 jeweils im Einzelfalle festgesetzt. Der Aufschub ist zu befristen.

Art. 28

Stellt sich nachträglich heraus, dass die Bank die Voraussetzungen für den Fälligkeitsaufschub nicht mehr erfüllt, so wird der Bundesrat den Aufschub aufheben; die Bank kann das Verfahren nach Artikel 29 oder 35 Absatz 2 einleiten.

Zwölfter Abschnitt: Stundung

Art. 29

1 Eine Bank, die sich ausserstande sieht, ihre Verbindlichkeiten zeitgerecht zu erfüllen, kann beim zuständigen Gerichte die Gewährung einer Stundung nachsuchen. Dem Gesuche sind ein Status und die vorhandenen Jahresrechnungen sowie Geschäfts- und Revisionsberichte der letzten fünf Jahre beizulegen.

1^{bis} Das Gericht bestellt einen provisorischen Kommissär, dem bis zum Entscheid über das Gesuch oder bis zur Konkurseröffnung die gleichen Befugnisse wie dem ordentlichen Kommissär zustehen. Als provisorischer Kommissär kann die bankengesetzliche Revisionsstelle bezeichnet werden. Rechtshandlungen, welche die Bank nach Schliessung der Schalter oder nach Einreichung des Gesuches bis zur Bestellung des provisorischen Kommissärs vornimmt, sind ihren Gläubigern gegenüber ungültig.*)

26 1^{ter} Hat eine Bank ein Stundungsgesuch eingereicht, setzt das Kon-

kursgericht das Konkurserkennnis bis zur Erledigung dieses Gesuches aus.*)

2 Das Gericht bewilligt die Stundung für die Dauer eines Jahres, sofern sich aus dem Status ergibt, dass die Bank nicht überschuldet ist. Lassen es die Verhältnisse als geboten erscheinen, so kann die Stundung um ein weiteres Jahr verlängert werden.

3 Die Stundung ist öffentlich bekanntzumachen und dem Betreibungsamt, dem Konkursgericht und der Bankenkommission mitzuteilen.

4 Als Stundungsgericht haben die Kantonsregierungen eine einzige kantonale Instanz zu bestimmen.

Art. 30

1 Bewilligt das Gericht die Stundung, so bestellt es eine oder mehrere sachkundige Personen als Kommissäre der Bank. Als Kommissär kann auch eine juristische Person, insbesondere eine Bank oder eine Treuhandgesellschaft bestellt werden.

2 Der Kommissär steht unter der Aufsicht des Gerichtes und kann von diesem aus wichtigen Gründen abberufen werden.

3 Den Gläubigern und der Bank steht das Recht zu, gegen gesetzwidrige Verfügungen des Kommissärs beim Gericht Beschwerde zu erheben; die Beschwerde ist innert zehn Tagen nach Kenntnisnahme der Verfügung schriftlich einzureichen. Der Beschwerdeentscheid kann an das Bundesgericht weitergezogen werden.

Art. 31

Der Kommissär hat unverzüglich nach seiner Ernennung in Verbindung mit einer Revisionsstelle die Vermögenslage der Bank festzustellen, darüber dem Gericht und der Bank Bericht zu erstatten und die zur Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlichen Massnahmen zu treffen.

Art. 32

1 Die Stundung hat die in Artikel 297 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889¹ über Schuldbetreibung und Konkurs umschriebenen Wirkungen.*)

¹ SR 281.1.

2 Die Bank führt während der Stundung unter der Aufsicht des Kommissärs und nach dessen Weisungen ihr Geschäft weiter; doch darf sie keine Rechtshandlungen vornehmen, durch welche die berechtigten Interessen der Gläubiger beeinträchtigt oder einzelne Gläubiger zum Nachteil anderer begünstigt werden. Zahlungen an die Gläubiger dürfen nur mit Zustimmung des Kommissärs geleistet werden. Dieser ist ermächtigt, nach seinem Ermessen Auszahlungen an die Gläubiger mit fälligen Forderungen in bestimmter Höhe anzuordnen, wobei die Interessen der durch Rechtsgeschäft oder Gesetz privilegierten sowie der kleinen Gläubiger angemessen berücksichtigt werden sollen. Diese Auszahlungen dürfen die Hälfte derjenigen Beträge nicht übersteigen, für die nach der Vermögensfeststellung des Kommissärs Deckung vorhanden ist.

3 Das Gericht kann während der Stundung jederzeit weitere durch die Sachlage gebotene und im Interesse der Bank oder der Gläubiger liegende Massnahmen treffen. So kann es insbesondere anordnen, dass der Abschluss neuer Geschäfte, die Veräusserung von Liegenschaften, die Bestellung von Pfändern oder die Eingehung von Bürgschaften zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Kommissärs bedürfen; solche Anordnungen sind öffentlich bekanntzumachen.

4 Die Bank hat dem Gericht und dem Kommissär in sämtliche Bücher und Belege Einsicht zu gewähren sowie alle von ihr verlangten Aufschlüsse zu erteilen. Der Kommissär ist zu allen Verhandlungen der Organe der Bank rechtzeitig einzuladen; er kann solche Verhandlungen auch selbst anordnen.

Art. 33

1 Falls die Bank eine aussergerichtliche Sanierung oder einen Nachlassvertrag anstrebt, hat der Kommissär ihre Anträge zuhanden der Gesellschaftsorgane, der Gläubiger oder der Nachlassbehörde zu begutachten.

2 Erweist sich nach dem Ermessen des Kommissärs die Stundung nicht mehr als notwendig, so kann auf seinen Antrag das Gericht die Stundung als dahingefallen erklären; es hat dies öffentlich bekanntzumachen.

Art. 34

Auf Antrag des Kommissärs oder eines Gläubigers hat das Gericht die Stundung zu widerrufen und dies öffentlich bekanntzumachen:

- a. wenn die Bank die Stundung auf Grund unrichtiger Angaben erreicht hat;
- b. wenn die Bank den Weisungen des Kommissärs zuwiderhandelt, die berechtigten Interessen der Gläubiger beeinträchtigt oder einzelne Gläubiger zum Nachteil anderer begünstigt.

Art. 35

1 Zeigt sich während der Stundung, dass der Bank eine aussergerichtliche Sanierung möglich ist, so kann das Gericht die Stundung ausnahmsweise um weitere sechs Monate verlängern.

2 Erweist sich dagegen die Bank während der Stundung als überschuldet oder ergibt sich, dass sie nach Ablauf der Stundungsfrist nicht imstande sein wird, ihre Verbindlichkeiten zeitgerecht zu erfüllen oder eine aussergerichtliche Sanierung durchzuführen, so weist das Gericht den Kommissär an, beim Konkursgericht die sofortige Konkursöffnung zu beantragen, es sei denn, dass die Bank das Nachlassverfahren einleitet. Ein Aufschub des Konkurses nach den Artikeln 725 Absatz 4¹ und 903 Absatz 5 des Obligationenrechtes² ist nicht zulässig.*)

3 Im Konkurs ist der Kommissär Konkursverwalter; im Nachlassverfahren Sachwalter.

Dreizehnter Abschnitt: Besondere Vorschriften über das Konkurs- und Nachlassverfahren

Art. 36

1 Im Konkursverfahren ernennt das Konkursgericht die Konkursverwaltung, falls nicht schon ein Kommissär dafür bestellt ist.

¹ Heute: Art. 725a Abs. 1 und 2

² SR 220.

2 Die Konkursverwaltung übt sämtliche Rechte auch der Gläubigerversammlung aus. Gegen ihre Verfügungen kann innert zehn Tagen nach Kenntnisnahme derselben Beschwerde beim Konkursgericht als einziger kantonaler Instanz erhoben werden. Die Weiterziehung des Beschwerdeentscheides an das Bundesgericht bleibt vorbehalten.

3 Die aus den Büchern der Bank ersichtlichen Forderungen gelten als angemeldet.*)

4 Als Konkursgericht haben die Kantonsregierungen eine einzige kantonale Instanz zu bestimmen.*)

5 Das Bundesgericht kann für das Konkursverfahren weitere Vorschriften aufstellen, die vom Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz¹ abweichen dürfen.*)

Art. 37

1 Stellt eine Bank das Gesuch um Nachlassstundung, ernennt die Nachlassbehörde einen provisorischen Sachwalter, dem bis zum Entscheid über das Gesuch oder bis zur Konkurseröffnung die gleichen Befugnisse wie dem ordentlichen Sachwalter zustehen. Als provisorischer Sachwalter kann die bankengesetzliche Revisionsstelle bezeichnet werden. Ist bereits ein Kommissär bestellt worden, wird dieser provisorischer Sachwalter. Rechtshandlungen, welche die Bank nach Schliessung der Schalter oder nach Einreichung eines Gesuches um Nachlassstundung bis zur Bestellung des provisorischen Sachwalters vornimmt, sind ihren Gläubigern gegenüber ungültig.*)

1^{bis} Hat eine Bank ein Gesuch um Nachlassstundung eingereicht, setzt das Konkursgericht das Konkurserkenntnis bis zur Erledigung dieses Gesuches aus.*)

1^{ter} Entspricht die Nachlassbehörde dem Gesuch um Nachlassstundung, ernennt sie definitiv einen Sachwalter, falls nicht schon ein Kommissär dafür bestellt ist.*)

2 Gegen die Verfügungen des Sachwalters kann innert zehn Tagen nach Kenntnisnahme derselben Beschwerde bei der Nachlassbehörde als einziger kantonaler Instanz erhoben werden. Die Weiterziehung des Beschwerdeentscheides an das Bundesgericht bleibt vorbehalten.

3 Die Nachlassstundung beträgt sechs Monate; sie kann nötigenfalls um weitere sechs Monate verlängert werden.

4 Die aus den Büchern der Bank ersichtlichen Forderungen gelten als angemeldet.

5 Eine Gläubigerversammlung findet nicht statt. Die Gläubiger sind öffentlich aufzufordern, allfällige Einwendungen gegen den zu ihrer Einsicht aufzulegenden Nachlassvertragsentwurf geltend zu machen.

6 Der Nachlassvertrag ist nur zu genehmigen, wenn die Voraussetzungen von Artikel 306 des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes¹ erfüllt sind und wenn sich ausserdem nach Prüfung aller Verhältnisse ergibt, dass die Interessen der Gesamtheit der Gläubiger durch den Nachlassvertrag besser gewahrt werden als durch die Konkursliquidation.

7 Die durch Pfänder gedeckten Forderungen können im Nachlassvertrag angemessen gestundet werden.

8 Als Nachlassbehörde haben die Kantonsregierungen eine einzige kantonale Instanz zu bestimmen.

9 Das Bundesgericht kann für das Nachlassverfahren weitere Vorschriften aufstellen, die vom Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz¹ abweichen dürfen.*)

Vierzehnter Abschnitt: Verantwortlichkeits- und Strafbestimmungen

Art. 38

1 Für die Kantonalbanken bleiben die kantonalen Vorschriften über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit vorbehalten.

2 Für die Privatbankiers richtet sich die zivilrechtliche Verantwortlichkeit nach den Bestimmungen des Obligationenrechtes.²

¹ SR 281.1.

² SR 220.

3 Für die übrigen Banken gelten die Bestimmungen der Artikel 39 bis 45.

Art. 39¹

Sind bei der Gründung einer Bank oder bei der Ausgabe von Aktien, Stammeinlagen, Anteilscheinen oder Obligationen einer Bank in Prospekten oder Zirkularen oder ähnlichen Kundgebungen unrichtige oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechende Angaben gemacht oder verbreitet worden, so haftet jeder, der absichtlich oder fahrlässig dabei mitgewirkt hat, den einzelnen Gesellschaftern (Aktionären, Gesellschaftern einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Genossenschaffern) oder Obligationären für den dadurch verursachten Schaden.

Art. 40

Wer bei der Gründung einer Bank tätig ist, wird sowohl der Bank als den einzelnen Gesellschaftern und Gläubigern für den Schaden verantwortlich,

- a. wenn er absichtlich oder fahrlässig dabei mitgewirkt hat, dass die Einlage oder die Übernahme von Vermögensstücken oder eine Begünstigung einzelner Gesellschafter oder anderer Personen in den Statuten oder in einem Gründerbericht unrichtig oder unvollständig angegeben, verschwiegen oder verschleiert worden ist, oder wenn er bei der Genehmigung einer solchen Massnahme in anderer Weise dem Gesetze zuwidergehandelt hat;
- b. wenn er absichtlich oder fahrlässig dazu beigetragen hat, dass die Eintragung der Bank in das Handelsregister auf Grund einer Bescheinigung oder Urkunde erlangt worden ist, die unwahre Angaben enthält;
- c. wenn er wissentlich dazu beigetragen hat, dass die Zeichnungen zahlungsunfähiger Personen angenommen wurden.

¹ Fassung gemäss Art. 17 Ziff. 4 Schl.- und UeB zu den Tit XXIV-XXXIII OR, in Kraft seit 1. Juli 1937 (SR 220 am Schluss).

Art. 41

Die mit der Geschäftsführung oder mit der Oberleitung, Aufsicht und Kontrolle einer Bank betrauten Personen sind sowohl der Bank als den einzelnen Gesellschaftern und Gläubigern für den Schaden verantwortlich, den sie durch absichtliche oder fahrlässige Verletzung der ihnen obliegenden Pflichten verursachen.

Art. 42

Liquidatoren oder Kommissäre einer Bank, die absichtlich oder fahrlässig die ihnen durch Gesetz oder Statuten überbundenen Pflichten verletzen, sind der aufgelösten Bank und den Gesellschaftern und Gläubigern für den entstandenen Schaden in gleicher Weise wie die Bankorgane verantwortlich.

Art. 43

1 Soweit es sich bei der Haftung nach den Artikeln 40 bis 42 um den dem einzelnen Gesellschafter oder Gläubiger nur mittelbar, durch Schädigung der Bank verursachten Schaden handelt, geht der Anspruch nur auf Leistung des Ersatzes an die Bank.

2 Das den Gläubigern eingeräumte Klagerecht kann nur geltend gemacht werden, wenn über die Bank der Konkurs eröffnet worden ist.

3 Im Konkurse der Bank steht die Geltendmachung des Anspruches der einzelnen Gesellschafter und Gläubiger zunächst der Konkursverwaltung zu. Verzichtet sie darauf, so ist jeder Gesellschafter oder Gläubiger berechtigt, die Abtretung des Anspruches zu verlangen. Das Ergebnis ist nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 11. April 1889¹ über Schuldbetreibung und Konkurs zu verwenden.

4 Der Verantwortlichkeitsklage des Gesellschafters steht ein Entlastungsbeschluss der Generalversammlung nur entgegen, wenn der Gesellschafter der Beschlussfassung zugestimmt oder sein Gesellschaftsrecht seither in Kenntnis der Schlussnahme erworben hat,

¹ SR 281.1.

oder wenn er nicht binnen sechs Monaten seit der Schlussnahme die Klage angehoben hat.

Art. 44

Mehrere aus derselben Schadenszufügung ersatzpflichtige Personen haften solidarisch. Der Rückgriff unter mehreren Beteiligten wird vom Richter nach dem Grade des Verschuldens des einzelnen bestimmt.

Art. 45

1 Die Verantwortlichkeitsansprüche nach den Artikeln 39 bis 42 verjähren in fünf Jahren von dem Tage an, an dem der Geschädigte Kenntnis vom Schaden und von der Person des Ersatzpflichtigen erlangt hat, jedenfalls aber mit dem Ablaufe von zehn Jahren vom Tage der schädigenden Handlung an gerechnet.

2 Wird die Klage aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für die das Strafrecht eine längere Verjährung vorschreibt, so gilt diese auch für den Zivilanspruch.

Art. 46*)

1 Wer vorsätzlich

- a. ohne Bewilligung der Bankenkommision eine Bank eröffnet, einen Sitz, eine Zweigniederlassung oder eine Agentur einer ausländischen Bank betreibt oder für sie einen ständigen Vertreter bestellt,
- b. die für ausländisch beherrschte Banken vorgeschriebene Zusatzbewilligung nicht einholt,
- c. die mit der Bewilligung verbundenen Bedingungen verletzt,
- d. unbefugterweise in der Firma, in der Bezeichnung des Geschäftszweckes oder in Geschäftsreklamen den Ausdruck «Bank», «Bankier» oder «Sparen» verwendet,
- e. in der Werbung irreführende Angaben macht oder den schweizerischen Sitz einer Bank oder schweizerische Einrichtungen missbräuchlich verwendet,

- f. *unbefugterweise Publikums- oder Spareinlagen entgegennimmt,*
- g. Faustpfänder entgegen den Bestimmungen von Artikel 17 weiterverpfändet oder in Report gibt,
- h. ohne vorherige Mitteilung an die Schweizerische Nationalbank oder entgegen der Einsprache der Nationalbank oder entgegen den von ihr gestellten Bedingungen ein unter Artikel 8 fallendes Geschäft abschliesst,
- i. der Bankenkommission, der Revisionsstelle oder der Nationalbank falsche Auskünfte erteilt,
- k. als anerkannte Revisionsstelle bei der Revision oder bei Erstattung des Revisionsberichtes die ihm durch dieses Gesetz oder die Ausführungsbestimmungen auferlegten Pflichten grob verletzt, namentlich im Revisionsbericht unwahre Angaben macht oder wesentliche Tatsachen verschweigt oder eine vorgeschriebene Aufforderung an die revidierte Bank unterlässt oder einen vorgeschriebenen Bericht an die Bankenkommission nicht erstattet,
- l. die Geschäftsbücher nicht ordnungsgemäss führt oder Geschäftsbücher und Belege nicht vorschriftsgemäss aufbewahrt,

wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft.

2 Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zu 30 000 Franken.

Art. 47*)

1 Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Organ, Angestellter, Beauftragter, Liquidator oder Kommissär einer Bank, als Beobachter der Bankenkommission, als Organ oder Angestellter einer anerkannten Revisionsstelle anvertraut worden ist oder das er in dieser Eigenschaft wahrgenommen hat, wer zu einer solchen Verletzung des Berufsgeheimnisses zu verleiten sucht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft.

2 Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zu 30 000 Franken.

3 Die Verletzung des Berufsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des amtlichen oder dienstlichen Verhältnisses oder der Berufsausübung strafbar.

4 Vorbehalten bleiben die eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die Zeugnispflicht und über die Auskunftspflicht gegenüber einer Behörde.

Art. 48*)

Wer den Kredit einer Bank, der Schweizerischen Nationalbank oder der Pfandbriefzentralen wider besseres Wissen durch Behauptung oder Verbreitung unwahrer Tatsachen schädigt oder gefährdet, wird auf Antrag mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Art. 49*)

1 Wer vorsätzlich

- a. die Jahresrechnung oder eine Zwischenbilanz nicht nach den Vorschriften von Artikel 6 aufstellt und veröffentlicht,
- b. die Jahresrechnung nicht durch eine anerkannte Revisionsstelle prüfen oder eine von der Bankenkommision angeordnete Revision nicht vornehmen lässt,
- c. die ihm gegenüber der Revisionsstelle obliegenden Pflichten nicht erfüllt,
- d. einer durch die Bankenkommision ergangenen Aufforderung zur Herstellung des ordnungsgemässen Zustandes oder zur Beseitigung von Missständen nicht nachkommt,
- e. die vorgeschriebenen Meldungen an die Bankenkommision oder die Schweizerische Nationalbank nicht erstattet,
- f. Anteilscheine entgegen der Vorschrift des Artikels 12 zurückzahlt,

wird mit Haft oder mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft.

2 Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zu 10 000 Franken.

Art. 50¹

Wer trotz Mahnung und Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels einer Vorschrift dieses Gesetzes oder einer dazu erlassenen Verordnung oder einer auf Grund einer solchen Vorschrift getroffenen amtlichen Verfügung nicht nachkommt, wird mit Ordnungsbusse bis zu 5000 Franken bestraft.

Art. 50^{bis2}

Die besonderen Bestimmungen des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht³ (Art. 14 bis 18) sind anwendbar.

Art. 51¹

1 Auf die Widerhandlungen der Artikel 47 und 48 werden die allgemeinen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches⁴ angewendet.

2 Für die Widerhandlungen der Artikel 46, 49, 50 und 50^{bis} gelten die allgemeinen Bestimmungen des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht³ (Art. 2 bis 13).

3. Die Verfolgung von Übertretungen verjährt in fünf Jahren. Die Verjährungsfrist kann durch Unterbrechung nicht um mehr als die Hälfte hinausgeschoben werden.

Art. 51^{bis*1}

1 Verfolgung und Beurteilung der gemäss den Artikeln 47 und 48 mit Strafe bedrohten Handlungen obliegen den Kantonen.

2 Die Widerhandlungen der Artikel 46, 49, 50 und 50^{bis} werden nach den Verfahrensvorschriften des Bundesgesetzes über das Ver-

¹ Fassung gemäss Ziff. 22 des Anhangs zum VSrR, in Kraft seit 1. Jan. 1975 (SR 313.0).

² Eingefügt durch Ziff. 22 des Anhangs zum VSrR, in Kraft seit 1. Jan. 1975 (SR 313.0).

³ SR 313.0.

⁴ SR 311.0.

waltungsstrafrecht¹ vom Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement verfolgt und beurteilt.

Fünftehnter Abschnitt: Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 52²

Art. 53

1 Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden aufgehoben:

- a.*) die kantonalen Bestimmungen über Banken; vorbehalten bleiben die Bestimmungen über Kantonalbanken, die Bestimmungen über ein gesetzliches Pfandrecht zugunsten von Spareinlagen gemäss Artikel 16, die Bestimmungen über den gewerbmässigen Wertpapierhandel sowie die Bestimmungen über die Überwachung der Einhaltung kantonalrechtlicher Vorschriften gegen Missbräuche im Zinswesen;
- b. Artikel 57 des Schlusstitels zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch³.

2 Bisherige kantonale Bestimmungen über ein gesetzliches Pfandrecht zugunsten von Spareinlagen, die nicht innert drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes durch neue Vorschriften gemäss den Artikeln 15 und 16 ersetzt sind, fallen dahin.

Art. 54

Artikel 219 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889⁴ über Schuldbetreibung und Konkurs erhält folgenden Zusatz:

Dritte Klasse:

- b. ...⁵

Art. 55*)

¹ SR 313.0.

² Gegenstandslose UeB.

³ SR 210.

⁴ SR 281.1.

⁵ Text eingefügt im genannten BG.

Art. 56

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes und erlässt die zum Vollzug nötigen Vorschriften.

Datum des Inkrafttretens: 1. März 1935¹

Schlussbestimmungen der Änderung vom 11. März 1971²

II

1 Banken und Finanzgesellschaften, die vor Inkrafttreten des Gesetzes³ gegründet worden sind, brauchen keine neue Bewilligung zum Geschäftsbetrieb einzuholen.

2 Finanzgesellschaften, die neu dem Gesetz unterstehen, haben sich innert drei Monaten seit dessen Inkrafttreten³ bei der Eidgenössischen Bankenkommission zu melden.

3 Banken und Finanzgesellschaften haben sich innert zwei Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes³ den Vorschriften von Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben *a*, *c* und *d* sowie von Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe *c* anzupassen. Erfolgt die Anpassung nicht fristgemäss, kann die Bewilligung entzogen werden.

4 Um den Besonderheiten von Finanzgesellschaften und Kreditkassen mit Wartezeit Rechnung zu tragen, wird der Bundesrat ermächtigt, Sondervorschriften zu erlassen.

Schlussbestimmungen der Änderung vom 18. März 1994

II

1 Natürliche und juristische Personen, die bei Inkrafttreten der Änderung vom 18. März 1994 dieses Gesetzes unter das Verbot von

¹ BRB vom 26. Febr. 1935 (AS 51 137).

² AS 1971 808; BBl 1970 I 1144.

³ Das Gesetz ist am 1. Juli 1971 in Kraft getreten (Art. 1 des BRB vom 24. Juni 1971–SR 952.001).

Artikel 1 Absatz 2 fallende Publikumseinlagen halten, haben diese innert zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Änderung zurückzuzahlen. Die Bankenkommission kann die Frist im Einzelfall verlängern oder verkürzen, wenn besondere Verhältnisse vorliegen.

2 Bankähnliche Finanzgesellschaften, die sich vor Inkrafttreten dieser Änderung mit Bewilligung der Bankenkommission öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfohlen haben, brauchen keine neue Bewilligung zum Geschäftsbetrieb als Bank einzuholen. Sie haben innert einem Jahr nach Inkrafttreten dieser Änderung die Vorschriften nach den Artikeln 4^{bis} und 4^{ter} zu erfüllen.

3 Die Banken haben innert einem Jahr nach Inkrafttreten dieser Änderung die Vorschriften nach den Artikeln 3 Absatz 2 Buchstaben c^{bis} und d sowie 4 Absatz 2^{bis} zu erfüllen.

4 Die Kantone haben innert drei Jahren nach Inkrafttreten dieser Änderung die Einhaltung der Vorschriften der Artikel 3a Absatz 1 und 18 Absatz 1 sicherzustellen. Wird die Aufsicht gemäss Artikel 3a Absatz 2 vor Ablauf dieser Frist der Bankenkommission übertragen, so muss die Vorschrift nach Artikel 18 Absatz 1 bereits bei der Übertragung eingehalten werden.

5 Jede natürliche oder juristische Person, welche bei Inkrafttreten dieser Änderung an einer Bank eine qualifizierte Beteiligung nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c^{bis} hält, hat diese der Bankenkommission spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Änderung zu melden.

6 Die Banken haben der Bankenkommission die erste jährliche Meldung nach Artikel 3 Absatz 6 spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Änderung zu erstatten.

7 Nach schweizerischem Recht organisierte Banken haben der Bankenkommission innert drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Änderung alle im Ausland errichteten Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, Agenturen und Vertretungen zu melden.

Loi sur les banques

Introduction

Dans le contexte de l'adaptation du droit fédéral au droit de l'EEE (projet Eurolex), il était prévu de modifier un certain nombre d'articles de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934 (cf. Message complémentaire II au message relatif à l'Accord EEE du 15 juin 1992, FF 1992 V 673). Après le rejet de l'Accord sur l'EEE par le peuple et les cantons le 6 décembre 1992, le Conseil fédéral a repris ces modifications dans son programme Swisslex (cf. Message sur le programme consécutif au rejet de l'Accord EEE du 24 février 1993, FF 1993 I 918). Dans le cadre de l'examen de ce programme, la CFB et l'Association suisse des banquiers ont soumis à la Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats de nouvelles propositions relatives à la révision de la loi sur les banques, propositions qui n'étaient prévues ni dans le projet Eurolex ni dans le programme Swisslex. Ces propositions ont donné lieu en juillet 1993 à un Rapport complémentaire du Département fédéral des finances à l'intention de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats (FF 1994 I 73). Les modifications de la loi sur les banques ont été adoptées en votation finale du 18 mars 1994 après avoir été débattues aux sessions d'automne 1993 (BO Conseil des Etats 1993, p. 762 ss.), d'hiver 1993 (BO Conseil National 1993, p. 2491 ss.) et de mars 1994 (élimination des divergences).

Nous publions ci-après le texte complet de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne du 8 novembre 1934 tel qu'il se présente à notre connaissance avec les modifications Swisslex (en italique). Les modifications qui avaient été introduites par la loi fédérale du 11 mars 1971, en vigueur depuis le 1er juillet 1971 (RO 1971 808, FF 1970 I 1157), sont signalées quant à elles par un astérisque*). Nous précisons que seule la version qui sera publiée dans le Recueil officiel des lois fédérales fait foi.

Lors de la mise sous presse du présent Bulletin, la date de l'entrée en vigueur du texte modifié n'était pas encore connue.

Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne

(Loi sur les banques, LB)

du 8 novembre 1934

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu les articles 34^{ter}, 64 et 64^{bis} de la constitution fédérale¹;
vu le message du Conseil fédéral du 2 février 1934²,
arrête:

Chapitre premier: Champ d'application de la loi

Article premier*)

1 La présente loi régit les banques, les banquiers privés (raisons individuelles, sociétés en nom collectif et sociétés en commandite) et les caisses d'épargne. Toutes ces entreprises sont désignées ci-après sous le nom de banques.

2 Les personnes physiques ou morales qui ne sont pas assujetties à la présente loi ne peuvent accepter des dépôts du public à titre professionnel. Le Conseil fédéral peut prévoir des exceptions si la protection des déposants est garantie. L'émission d'emprunts n'est pas considérée comme acceptation de dépôts du public à titre professionnel.

3 La présente loi ne s'applique notamment pas:

- a. Aux agents de change et aux maisons de bourse qui se bornent à négocier les valeurs mobilières et à effectuer les opérations qui s'y rapportent directement, sans exercer d'activité bancaire;
- b. Aux gérants de fortune, aux notaires et aux agents d'affaires qui se bornent à administrer les fonds de leurs clients sans exercer d'activité bancaire.

4 Seuls les établissements qui ont reçu une autorisation de la Commission fédérale des banques (dénommée ci-après «Commission des banques») en tant que banques peuvent faire figurer le terme de

¹ RS 101. A la place de l'art. 34^{ter}, dans sa teneur à la date de la présente loi (RO 24 903) est actuellement applicable l'art. 31^{quater}.

² FF 1934 I 172.

«banque» ou de «banquier» dans leur raison sociale ou dans la désignation de leur but social ou encore s'en servir à des fins de publicité. L'article 2, 3^e alinéa, est réservé.

5 La Banque nationale suisse et les centrales d'émission de lettres de gage ne sont soumises à la présente loi qu'en tant que celle-ci le prescrit expressément.

Art. 2*)

1 Les dispositions de la présente loi s'appliquent par analogie aux sièges, succursales et agences de banques étrangères ainsi qu'aux représentants de banques étrangères qui exercent leur activité en Suisse.

2 La Commission des banques édicte les dispositions de détail. Elle peut en particulier exiger que les comptoirs disposent d'un capital de dotation suffisant et demander des sûretés.

3 Le Conseil fédéral est autorisé à conclure des traités internationaux basés sur le principe de reconnaissance mutuelle de réglementations équivalentes des activités bancaires et de mesures équivalentes prises dans le domaine de la surveillance des banques, qui prévoient que les banques des Etats parties au traité peuvent, sans requérir l'autorisation de la Commission des banques, exercer leurs activités en Suisse, soit directement, soit en ouvrant une succursale, une agence ou une représentation.

Chapitre II. Autorisation pour la banque d'exercer son activité*)

Art. 3*)

1 La banque ne peut commencer son activité qu'après en avoir obtenu l'autorisation de la Commission des banques; elle ne peut s'inscrire au registre du commerce avant d'avoir reçu cette autorisation.

2 L'autorisation est accordée lorsque les conditions suivantes sont réunies:

- a. Les statuts, les contrats de société et les règlements de la banque en définissent exactement le champ d'activité et prévoient l'organisation correspondant à cette activité; lorsque son but social ou l'importance de ses affaires l'exige, la banque doit instituer d'une part des organes de direction et, d'autre part, des organes préposés à la haute direction, à la surveillance et au contrôle, en délimitant les attributions de chacun d'entre eux de façon à garantir une surveillance appropriée de la gestion;
- b. *La banque fournit la preuve que le capital minimum fixé par le Conseil fédéral est entièrement libéré;*
- c. Les personnes chargées d'administrer et de gérer la banque jouissent d'une bonne réputation et présentent toutes garanties d'une activité irréprochable;
- c.^{bis} *Les personnes physiques ou morales qui détiennent dans une banque, directement ou indirectement, au moins 10 pour cent du capital ou des droits de vote, ou qui de toute autre manière peuvent exercer une influence notable sur la gestion de la banque (participation qualifiée), donnent la garantie que leur influence n'est pas susceptible d'être exercée au détriment d'une gestion prudente et saine de la banque;*
- d. *Les membres de la direction de la banque ont leur domicile en un lieu qui leur permet d'exercer la gestion effective des affaires et d'en assumer la responsabilité.*

3 La banque remettra à la Commission des banques ses statuts, ses contrats de société et ses règlements, et l'informera de toutes les modifications qui y seront apportées ultérieurement, en tant qu'elles ont trait au but social, à l'activité de l'établissement, au capital social ou à l'organisation interne. Les modifications ne pourront être inscrites au registre du commerce qu'après avoir été approuvées par la Commission des banques.

4 *Abrogé*

5 *Toute personne physique ou morale qui envisage de détenir, ou de cesser de détenir, directement ou indirectement, une participation qualifiée au sens du 2^e alinéa, lettre c^{bis}, dans une banque organisée selon le droit suisse, est tenue d'en informer préalablement la Commission des banques. Ce devoir d'information vaut également*

lorsqu'elle envisage d'augmenter ou de diminuer une telle participation et que ladite participation atteint ou dépasse les seuils de 20, 33 ou 50 pour cent du capital ou des droits de vote, ou descend en dessous de ceux-ci.

6 La banque annonce les personnes qui remplissent les conditions du 5^e alinéa dès qu'elle en a connaissance, mais au moins une fois par année.

7 Les banques organisées selon le droit suisse qui envisagent d'être actives à l'étranger par l'intermédiaire d'une filiale, d'une succursale, d'une agence ou d'une représentation en informent au préalable la commission des banques.

Art. 3a

1 Les 1^{er}, 2^e et 3^e alinéas de l'article 3 ne s'appliquent pas aux banques cantonales. Les cantons garantissent cependant l'observation d'exigences correspondantes. Sont réputées banques cantonales les banques créées en vertu d'un acte législatif cantonal et dont les engagements sont garantis par le canton, ainsi que les banques créées avant 1883 en vertu d'un acte législatif cantonal et qui sont administrées avec le concours des autorités cantonales alors même que leurs engagements ne sont pas garantis par le canton.

2 Les cantons peuvent transférer l'intégralité de la surveillance bancaire qu'ils exercent sur leurs banques cantonales à la Commission des banques. Dans ce cas, les banques cantonales doivent satisfaire aux exigences énumérées à l'article 3, 2^e et 3^e alinéas. La création et la liquidation des banques cantonales ainsi que la surveillance du respect des prescriptions légales cantonales demeurent du ressort des cantons.

Art. 3^{bis}*)

1 Une banque organisée selon le droit suisse mais qui est en mains étrangères n'est autorisée à s'établir en Suisse que si sont réunies de surcroît les conditions ci-après, qui valent également pour les sièges, succursales ou agences d'une banque étrangère ou en mains étrangères, ainsi que pour les représentants permanents d'une banque étrangère:

- a. La réciprocité est garantie par les Etats où les fondateurs étrangers de la banque ou les personnes physiques ou morales qui les dominent ont leur domicile civil ou leur siège;
- b. La raison sociale de la banque ne doit pas permettre de conclure au caractère suisse de l'établissement ni laisser présumer un tel caractère;
- c. *Abrogée*

2 La banque est tenue de renseigner la Banque nationale sur les affaires qu'elle traite ainsi que sur ses relations avec l'étranger.

3 *Les dispositions du 1^{er} alinéa s'appliquent à la banque organisée selon le droit suisse et dans laquelle les participations qualifiées étrangères directes ou indirectes s'élèvent à plus de la moitié des voix ou qui est dominée d'autre manière par des étrangers. Sont réputées étrangères:*

- a. Les personnes physiques qui n'ont pas la nationalité suisse ni ne sont au bénéfice du permis d'établissement;
- b. Les personnes morales et les sociétés de personnes qui ont leur siège à l'étranger ou qui, si elles ont leur siège en Suisse, sont dans les mains de personnes étrangères au sens défini sous lettre a.

Art. 3^{ter}*)

1 Les banques qui ont passé en mains étrangères doivent solliciter l'autorisation complémentaire prévue à l'article 3^{bis}.

2 La banque en mains étrangères est tenue de solliciter une nouvelle autorisation complémentaire si une modification intervient dans l'état des principaux actionnaires ou d'autres personnes exerçant également une influence prépondérante dans l'établissement.

3 Les membres de l'administration et de la direction de la banque sont tenus de communiquer à la Commission des banques tout fait permettant de conclure à une domination étrangère sur l'établissement ou à une modification dans l'état des personnes exerçant cette domination. L'obligation de s'annoncer incombe également à celui qui exerce la domination étrangère.

Art. 3^{quater}

1 *Le Conseil fédéral peut prévoir, dans des traités internationaux, que les conditions particulières d'autorisation conformément à l'article 3^{bis} et l'article 3^{ter} ne sont pas applicables, dans leur intégralité ou en partie, si des personnes physiques ressortissantes d'un Etat partie au traité ou des personnes morales ayant leur siège dans l'un de ces Etats fondent une banque organisée selon le droit suisse, en reprennent une ou acquièrent une participation qualifiée dans l'une d'elles. Il peut, sauf disposition internationale contraire, subordonner cette décision à l'octroi par l'Etat partie de la réciprocité.*

2 *Si la personne morale est elle-même dominée directement ou indirectement par des ressortissants d'un Etat tiers ou par des personnes morales ayant leur siège dans un Etat tiers, les dispositions mentionnées sont applicables.*

Chapitre III. Fonds propres, liquidité et autres règles de gestion*)

Art. 4

1 Les banques sont tenues de maintenir une proportion appropriée:

- a. Entre le montant de leurs fonds propres et celui de l'ensemble de leurs engagements;
- b. Entre leurs disponibilités et leurs actifs facilement mobilisables d'une part et leurs engagements à court terme d'autre part.

2 Le règlement d'exécution fixera les prescriptions à observer en des circonstances normales, en tenant compte du genre d'activité et de la nature des établissements; il définira les termes de «fonds propres», de «disponibilités», d'«actifs facilement réalisables» et d'«engagements à court terme.»*)

2^{bis} *Une banque ne peut détenir une participation qualifiée qui dépasse 15 pour cent de ses fonds propres dans une entreprise dont l'activité se situe hors du secteur financier ou des assurances. Le total de ces participations ne peut excéder 60 pour cent des fonds propres. Le Conseil fédéral règle les exceptions.*

3 La Commission des banques peut décider dans des cas spéciaux que les prescriptions prévues au 2^e alinéa seront assouplies ou au contraire renforcées.*)

4 *Abrogé*

Art. 4^{bis}*)

1 Les prêts et avances qu'une banque accorde à un client de même que les participations qu'elle prend dans une entreprise doivent être proportionnés à l'ampleur de ses fonds propres.

2 Le règlement d'exécution fixera la relation entre les prêts, avances et participations, d'une part, et les fonds propres, d'autre part, selon qu'il s'agit ou non de collectivités de droit public et d'après la valeur des sûretés.

3 *Abrogé*

Art. 4^{ter}*)

1 La banque ne peut accorder des crédits aux membres de ses organes, aux principaux actionnaires ainsi qu'aux personnes et sociétés qui leur sont proches qu'en vertu des principes généralement reconnus dans la branche.

2 *Abrogé*

Art. 4^{quater}*)

Tant dans le pays qu'à l'étranger, les banques s'abstiendront de toute publicité trompeuse et ne se prévaudront pas non plus de leur siège en Suisse ou d'institutions suisses pour faire une publicité intempestive.

Art. 4^{quinquies}

1 *Les banques sont autorisées à communiquer à leurs sociétés mères, qui sont elles-mêmes surveillées par une autorité de surveillance des banques ou des marchés financiers, les informations et documents non accessibles au public qui sont nécessaires à la surveillance consolidée, aux conditions suivantes:*

- a. *Ces informations sont utilisées exclusivement à des fins de contrôle interne ou de surveillance directe des banques ou d'autres intermédiaires financiers soumis à autorisation;*
 - b. *La société mère et l'autorité compétente pour la surveillance consolidée sont liées par le secret professionnel ou le secret de fonction;*
 - c. *Ces informations ne peuvent être transmises à des tiers qu'avec l'autorisation préalable de la banque ou une autorisation générale contenue dans un traité international.*
- 2 *Si la communication d'informations au sens du 1^{er} alinéa soulève des doutes, les banques peuvent requérir de la Commission des banques une décision autorisant ou interdisant leur transmission.*

Art. 5

1 Les banques sont tenues de verser au moins un vingtième de leur bénéfice annuel net à un fonds de réserve destiné à couvrir des pertes et à faire face à des amortissements. Les versements doivent être effectués jusqu'à ce que le fonds ait atteint un cinquième du capital social ou, pour les banques sans capital propre versé, un vingtième des fonds confiés par des tiers à l'établissement.

1^{bis} Sont aussi attribués, au fonds de réserve, quand bien même celui-ci aurait atteint le plafond légal:

- a. Le produit résultant, après déduction des dépenses, de l'émission d'actions ou de parts sociales au-dessus de leur valeur nominale;
- b. Un dixième des montants distribués aux ayants droit sur le bénéfice net après le versement habituel au fonds de réserve et après paiement d'un dividende ou d'un intérêt de 5 pour cent sur les parts sociales.*)

2 Le présent article ne s'applique ni aux banques cantonales ni aux banquiers privés qui ne font pas appel au public pour obtenir des dépôts de fonds.

Chapitre IV. Comptes annuels et bilans

Art. 6

1 *Les banques doivent établir pour chaque exercice un rapport de gestion qui se compose des comptes annuels et du rapport annuel. Le Conseil fédéral fixe les conditions dans lesquelles un compte de groupe doit être établi.*

2 *Le rapport de gestion sera dressé conformément aux prescriptions du code des obligations¹ sur les sociétés anonymes et à celles de la présente loi. Si la situation générale l'exige, le Conseil fédéral peut autoriser des dérogations. Sa décision sera publiée.*

3 *Le Conseil fédéral désigne les banques qui doivent établir des boucllements intermédiaires.*

4 *Les comptes annuels, les comptes de groupe et les boucllements intermédiaires doivent être publiés ou rendus accessibles au public.*

5 *Le Conseil fédéral détermine les éléments qui doivent figurer dans les comptes annuels, les comptes du groupe et dans les boucllements intermédiaires et prescrit la forme, l'étendue et les délais dans lesquels ils sont publiés ou rendus accessibles au public.*

6 Les 3^e et 4^e alinéas ne sont pas applicables aux banquiers privés qui ne font pas appel au public pour obtenir des dépôts de fonds.

Chapitre V. Relations des banques avec la Banque nationale suisse*)

Art. 7*)

1 Les banques sont tenues de remettre leurs comptes annuels à la Banque nationale suisse.

2 Si l'importance de l'établissement ou la nature de ses opérations le justifie, la Banque nationale peut en outre exiger des bilans semestriels détaillés et des bilans intermédiaires trimestriels ou mensuels.

3 La Banque nationale peut exiger des banques toute autre information se rapportant au bilan. Elle peut requérir d'autres informations encore, pour autant que celles-ci soient de nature à faciliter la tâche

qui lui incombe en vertu de l'article 2 de la loi fédérale du 23 décembre 1953¹ sur la Banque nationale suisse.

4 La Banque nationale, après avoir consulté les banques, fixe la procédure de notification; elle peut notamment prescrire l'emploi de formules types.

5 *La Banque nationale prend les mesures nécessaires afin de pouvoir surveiller l'évolution des opérations financières effectuées en francs suisses.*

Art. 8

1 *Si des sorties de capitaux à court terme et d'une ampleur exceptionnelle mettent sérieusement en danger la politique monétaire suisse, le Conseil fédéral peut exiger des banques qu'elles obtiennent une autorisation de la Banque nationale avant qu'elles ne concluent l'une des opérations suivantes ou n'y participent:*

- a. *Le placement ou l'achat d'obligations d'emprunt, de rescriptions ou d'autres obligations, émises par un débiteur ayant son domicile ou son siège à l'étranger, de droits ayant une fonction identique mais non incorporés dans un titre (droits-valeurs), ou d'instruments dérivés;*
- b. *La constitution, l'acquisition ou le transfert de créances comptables de toute nature sur un débiteur ayant son domicile ou son siège à l'étranger.*

2 *La Banque nationale peut refuser son autorisation ou la subordonner à certaines conditions si la conduite d'une politique monétaire conforme à l'objectif l'exige. L'examen des risques liés à ces opérations n'incombe pas à la Banque nationale.*

3 *La Banque nationale peut, le cas échéant, édicter des dispositions d'exécution en complément de l'ordonnance du Conseil fédéral.*

Art. 9*)

1 La Banque nationale suisse est tenue de garder le secret sur les informations et communications qu'elle reçoit.

¹ RS 951.11. Actuellement «loi sur la Banque nationale».

2 Elle publie des statistiques globales reproduisant en tout ou partie les comptes annuels, les bilans intermédiaires et les informations que les banques lui communiquent.

Art. 10

Abrogé

Chapitre VI. Remboursement du capital social; dispositions spéciales sur les banques coopératives

Art. 11

1 La réduction du capital social par le remboursement d'actions est régie, pour les sociétés anonymes et les sociétés en commandite par actions, par les articles y relatifs du code des obligations¹ sous réserve des dispositions suivantes:

- a. L'assemblée générale ne peut décider la réduction du capital que si un rapport de révision spécial constate que les créances sont entièrement couvertes par le capital réduit et que la liquidité reste assurée.
- b. La réduction du capital peut être effectuée à l'expiration de deux mois à compter du jour où la décision et la sommation aux créanciers ont été publiées dans les formes prescrites par les statuts, et après que les créanciers qui l'ont exigée dans ce même délai ont été payés ou ont obtenu des sûretés.
- c. Le bénéfice comptable qui résulte de la réduction de capital doit être versé au fonds de réserve, en tant qu'il n'est pas absorbé par l'amortissement d'actifs douteux ou par la constitution de réserves sur de tels actifs.

2 Les dispositions du 1^{er} alinéa sont applicables par analogie à la réduction du capital social d'une société à responsabilité limitée, ainsi qu'à la réduction ou à la suppression des parts sociales de sociétés coopératives.²

¹ RS 220.

² Introduit par l'art. 17 ch. 1 disp. fin. et trans. tit. XXIV à XXXIII CO, en vigueur depuis le 1^{er} juillet 1937 (RS 220 in fine).

Art. 12

1 Les banques constituées sous forme de sociétés coopératives ne peuvent rembourser les parts sociales des membres sortants qu'après l'approbation des comptes du quatrième exercice suivant la démission. Est assimilé à la démission tout autre fait entraînant la perte du droit de sociétaire.

2 Jusqu'à leur remboursement, les parts sociales des membres sortants répondent des dettes de la société.

3 Le remboursement ne peut avoir lieu que si les créances restent pleinement couvertes et que la liquidité est assurée.*)

Art. 13

1 Il ne peut être créé de banques commerciales sous la forme de sociétés coopératives.

2 Lorsqu'une banque, créée sous cette forme avant l'entrée en vigueur de la présente loi, prend le caractère d'une banque commerciale, la Commission des banques lui impartit un délai pour se transformer en société anonyme, en société en commandite par actions ou en société à responsabilité limitée.¹

3 Dans le doute, la Commission des banques décide si une banque a le caractère d'une banque commerciale.

Art. 14

1 Pour épargner la liquidation à une banque coopérative qui se transforme en société anonyme ou en société en commandite par actions, le Conseil fédéral est autorisé à faciliter cette transformation par des prescriptions d'ordre général ou d'espèce. Il peut, en tenant compte de façon équitable des intérêts des sociétaires et des créanciers, déroger au code des obligations² et à la loi fédérale du 11 avril 1889³ sur la poursuite pour dettes et la faillite.

¹ Nouvelle teneur selon l'art. 17 ch. 2 disp. fin. et trans. tit. XXIV à XXXIII CO, en vigueur depuis le 1^{er} juillet 1937 (RS 220 in fine).

² RS 220.

³ RS 281.1.

2 Les actions émises après conversion des parts sociales sont exonérées du droit d'émission prévu aux articles 18 à 20 de la loi fédérale du 4 octobre 1917¹ sur les droits de timbre à condition que le droit sur les parts sociales converties ait déjà été acquitté, que les actions ne soient remises qu'à d'anciens coopérateurs et que leur valeur nominale n'excède pas le montant libéré des parts sociales.

3 Lors du transfert des actifs de la société coopérative à la société par actions, la Confédération ni les cantons ne pourront prélever de droits de mutation ou d'enregistrement.

4 Les dispositions des 1^{er}, 2^e et 3^e alinéas sont applicables par analogie à la transformation d'une banque coopérative en une société à responsabilité limitée.²

Chapitre VII. Dépôts d'épargne

Art. 15

1 Seules les banques qui publient des comptes annuels peuvent accepter des dépôts portant, sous quelque forme que ce soit, la dénomination d'«épargne». Les autres entreprises ne sont pas autorisées à accepter de tels dépôts et il leur est interdit, à propos des fonds déposés chez elles, de faire figurer le mot d'«épargne» dans leur raison sociale ou dans la désignation de leur but social, ou encore de s'en servir à des fins de publicité.

2 Les dépôts d'épargne seront, en cas de faillite, colloqués dans la troisième classe jusqu'à concurrence de 5000 francs pour chaque déposant. Au-delà de ce montant, une nouvelle tranche sera colloquée dans la quatrième classe jusqu'à concurrence également de 5000 francs. Un seul et même livret ne donne droit qu'une fois à ces deux privilèges de 5000 francs, quel que soit le nombre de ses titulaires.*)

3 Les dispositions du 2^e alinéa ne sont pas applicables aux dépôts d'épargne garantis par un canton.

¹ [RS 6 103; RO 1966 385 art. 68 ch. I. RS 641.10 art. 53 al. 1 let. a]. Actuellement «prévu à l'art. 5 al. 1 let. a de la LF du 27 juin 1973» (RS 641.10).

² Introduit par l'art. 17 ch. 3 disp. fin. et trans. tit. XXIV à XXXIII CO, en vigueur depuis le 1^{er} juillet 1937 (RS 220 in fine).

Art. 16

1 Les cantons peuvent instituer en faveur des dépôts d'épargne au sens défini à l'article 15, 1^{er} alinéa, qui sont opérés pour le compte d'un comptoir bancaire établi sur leur territoire, un droit de gage légal à concurrence de 5000 francs sur les papiers-valeurs et autres créances du comptoir bancaire; ce privilège légal n'est pas soumis aux règles du code civil suisse¹ sur le gage mobilier.*)

2 Ce droit de gage doit sauvegarder suffisamment les droits des tiers, définir les valeurs susceptibles de servir de garantie et régler le mode de conservation des gages.

3 ...²

4 En cas de faillite d'un établissement dans un canton qui a institué un droit de gage légal, le produit de la liquidation du gage est déduit du montant privilégié en vertu de l'article 15, 2^e alinéa.

Chapitre VIII. Contrats de nantissement

Art. 17

1 Toute banque qui se réserve le droit d'engager les valeurs reçues en nantissement, ou de les placer en report, est tenue de se faire donner par un acte spécial le consentement du débiteur gagiste.

2 La banque ne doit à aucun moment engager les valeurs reçues en nantissement ni les placer en report pour un montant supérieur à celui dont elle est elle-même créancière à l'égard de son propre débiteur gagiste. Elle doit en outre veiller qu'aucun autre droit ne soit constitué au profit de tiers pour une valeur dépassant ce montant.

Chapitre IX. Contrôle et révision

Art. 18

1 Les banques sont tenues de soumettre chaque année leur

¹ RS 210.

² Abrogé par le ch. II 55 de la LF du 15 déc. 1989 relative à l'approbation d'actes législatifs des cantons par la Confédération (RO 1991 362; FF 1988 II 1293).

compte annuel au contrôle de réviseurs indépendants de l'établissement.

2 *Abrogé*

Art. 19

1 Les réviseurs s'assureront que les comptes annuels sont établis, tant à la forme qu'au fond, conformément aux prescriptions des lois, des statuts et des règlements. Ils veilleront aussi à ce que les dispositions de la présente loi et du règlement d'exécution y afférent ainsi que, le cas échéant, les dispositions cantonales régissant le droit de gage légal en faveur des dépôts d'épargne soient observées et à ce que soient respectées les conditions requises pour les autorisations.*)

2 La banque donnera aux réviseurs la possibilité de consulter en tout temps les livres et pièces comptables, tiendra à leur disposition les documents utilisés habituellement dans le système bancaire suisse en vue de la vérification et de l'évaluation des actifs et des engagements et enfin leur fournira tous les renseignements dont ils pourraient avoir besoin dans l'accomplissement de leur tâche.*)

3 Lorsqu'une banque possède déjà un inspectorat qualifié, elle doit en remettre les rapports aux réviseurs. On évitera autant que possible un double contrôle.

Art. 20

1 Seuls les syndicats de révision et les sociétés fiduciaires reconnus comme institutions de révision pour les banques peuvent être chargés de la révision. Le règlement d'exécution précise les conditions requises. La Commission des banques statue sur les cas d'espèce.

2 Les syndicats de révision et sociétés fiduciaires reconnus comme institutions de révision doivent s'occuper uniquement de révisions et d'affaires ayant un rapport direct avec ce genre d'activité, telles que contrôles, liquidations, réorganisations financières. Il leur est interdit d'effectuer des opérations de banque proprement dites et de se charger de gérances de fortunes. Un règlement de la Commission des banques délimitera le champ d'activité des institutions de révision.

3 L'institution chargée de la révision doit être indépendante de la direction et de l'administration de la banque.

4 Elle procédera avec toute la diligence requise d'un réviseur sérieux et qualifié.

5 Sauf envers les organes compétents de la banque intéressée et envers la Commission des banques, les institutions de révision garderont le secret sur les constatations faites au cours de leurs inspections.

Art. 21

1 Le rapport de révision doit mentionner le résultat des constatations faites sur les points prescrits à l'article 19, 1^{er} alinéa. Il doit en outre faire ressortir clairement la proportion entre les placements et crédits à l'étranger d'une part et le total du bilan d'autre part. Le règlement d'exécution édicte des prescriptions de détail sur les éléments qui doivent figurer dans ces rapports.

2 Le rapport sera communiqué aux organes préposés à la haute direction, à la surveillance et au contrôle en vertu de la loi, des statuts, du contrat de société ou du règlement. Si la banque a la personnalité juridique, le rapport sera également remis à l'organe de contrôle prévu par le code des obligations^{1.*})

3 Lorsque, au cours de leurs travaux, les réviseurs décèlent des infractions aux prescriptions légales ou d'autres irrégularités, ils doivent inviter la banque à régulariser sa situation dans un délai approprié. Si ce délai n'est pas observé, ils en réfèrent à la Commission des banques.*)

4 Lorsque les réviseurs jugent inutile de fixer un délai au sens du 3^e alinéa ou qu'ils décèlent des infractions pénales, de graves irrégularités, la perte de la moitié des fonds propres ou d'autres faits de nature à compromettre la sécurité des créanciers, ou enfin lorsqu'ils ne sont plus en mesure d'attester que les créanciers sont encore couverts par les actifs, ils sont tenus d'en informer aussitôt la Commission des banques.*)

¹ RS 220.

Art. 22*)

1 Chaque banque supporte les frais qu'occasionne la révision. Les frais seront calculés selon les tarifs approuvés par la Commission des banques.

2 Les créances de l'organe de révision nées en vertu du présent article seront, en cas de faillite, colloquées dans la troisième classe.

Chapitre X. Commission fédérale des banques

Art. 23*)

1 Le Conseil fédéral nomme une Commission fédérale des banques composée de sept à neuf membres, dont il désigne le président et les deux vice-présidents. La commission est chargée de surveiller de son propre chef les banques et les fonds de placement. Elle est assistée d'un secrétariat permanent.

2 La commission, qui peut se scinder en une chambre des banques et une chambre des fonds de placement, édicte un règlement intérieur qui est soumis à l'approbation du Conseil fédéral.

3 La commission présente au moins une fois l'an au Conseil fédéral un rapport sur son activité. Elle traite avec le Conseil fédéral par l'entremise du Département fédéral des finances et des douanes.

4 Les frais de la commission et de son secrétariat sont à la charge de la Confédération. La commission perçoit toutefois des émoluments pour ses décisions. Les dispositions de détail figureront dans le règlement d'exécution.

5 Les membres de la commission doivent être experts en la matière. Ni les présidents, vice-présidents, délégués ou membres du comité directeur du conseil d'administration d'une banque ni les membres de la direction d'un tel établissement, d'un organe de révision agréé ou encore de la direction d'un fonds de placement ne sont éligibles.

Art. 23^{bis}*)

1 La Commission des banques prend les décisions nécessaires à l'application de la loi et veille au respect des prescriptions légales.

2 La commission peut exiger des organes de révision et des banques tous les renseignements et tous les documents dont elle a besoin dans l'exécution de sa tâche; elle est autorisée à demander des rapports aux organes de révision, en particulier leur rapport de révision, comme aussi à ordonner des révisions extraordinaires.

Art. 23^{ter}*)

1 Lorsque la Commission des banques apprend que des infractions aux prescriptions légales ou d'autres irrégularités ont été commises, elle prend les mesures nécessaires au rétablissement de l'ordre légal et à la suppression des irrégularités.

1^{bis} Afin d'assurer l'application de l'article 3, 2^e alinéa, lettre c^{bis}, et 5^e alinéa, de la présente loi, la Commission des banques peut en particulier suspendre l'exercice des droits de vote attachés aux actions ou parts détenues par des actionnaires ou des associés ayant une participation qualifiée.

2 Si, en dépit d'une mise en demeure, la décision exécutoire de la commission n'est pas respectée dans le délai fixé, la commission peut prendre d'elle-même, mais aux frais de la banque défailiante, les mesures qu'elle lui avait prescrites.

3 Si une banque refuse de se soumettre à une décision exécutoire, la commission peut également la publier dans la *Feuille officielle suisse du commerce* ou la porter de toute autre manière à la connaissance du public. Une telle mesure devra être précédée d'une mise en demeure.

4 Lorsque la commission apprend l'existence d'une infraction aux articles 46, 49 et 50 de la présente loi, elle en informe sans tarder le Département fédéral des finances et des douanes. Si elle apprend l'existence d'infractions aux articles 47 et 48 de la présente loi ou de crimes ou délits de droit commun, elle en informe l'autorité cantonale compétente.

Art. 23^{quater}*)

1 La Commission des banques peut déléguer un expert, en qualité d'observateur, auprès d'une banque dont les créanciers risquent

d'être sérieusement lésés par des irrégularités graves. Cette tâche peut être confiée à l'organe de révision prévu par la présente loi. Les frais sont à la charge de la banque défailtante.

2 L'observateur surveille l'activité des organes dirigeants de la banque. Il veille en particulier à l'exécution des mesures ordonnées par la commission qu'il tient constamment au courant. Il jouit à cet effet d'un droit de regard illimité dans les affaires ainsi que dans les livres et les dossiers de la banque, sans pour autant être autorisé à intervenir dans l'activité même de l'établissement.

3 Les créances de l'observateur nées en vertu du présent article seront, en cas de faillite, colloquées dans la troisième classe.

Art. 23^{quinquies *}

1 La Commission des banques retire à la banque qui ne remplit plus les conditions requises ou qui viole gravement ses obligations légales l'autorisation d'exercer son activité.

2 Le retrait de l'autorisation entraîne, pour les personnes morales, les sociétés en nom collectif et les sociétés en commandite, la dissolution et, pour les raisons individuelles, la radiation au registre du commerce. La commission désigne le liquidateur et surveille son activité.

Art. 23^{sexies}

1 La Commission des banques peut demander aux autorités étrangères de surveillance des banques ou des marchés financiers de lui transmettre les informations et les documents nécessaires à l'application de la présente loi.

2 La Commission des banques peut transmettre aux autorités étrangères de surveillance des banques ou des marchés financiers des informations et des documents non accessibles au public si ces autorités:

- a. utilisent ces informations exclusivement à des fins de surveillance directe des banques ou d'autres intermédiaires financiers soumis à autorisation;*
- b. sont liées par le secret professionnel ou le secret de fonction et*

c. *ne transmettent ces informations à des autorités compétentes et à des organismes ayant des fonctions de surveillance dictées par l'intérêt public qu'avec l'autorisation préalable de la Commission des banques ou une autorisation générale contenue dans un traité international. Lorsque l'entraide internationale en matière pénale est exclue, aucune information ne peut être transmise à des autorités pénales. La Commission des banques décide en accord avec l'Office fédéral de la police.*

3 *La loi fédérale sur la procédure administrative¹ est applicable lorsque les informations à transmettre par la Commission des banques concernent des clients individuels d'une banque.*

Art. 24*)

Les décisions de la Commission des banques peuvent être déférées par la voie du recours de droit administratif au Tribunal fédéral, en vertu du titre cinquième de la loi fédérale d'organisation judiciaire du 16 décembre 1943.²

Chapitre XI. Prorogation des échéances

Art. 25

1 Les banques qui sont exposées à des retraits excessifs et continus peuvent demander au Conseil fédéral à être mises au bénéfice d'une prorogation d'échéances.

2 Les échéances ne peuvent être prorogées en faveur de banques que s'il est établi, par un rapport spécial de révision, que les créanciers sont entièrement couverts et que le service des intérêts pourra être maintenu pendant la durée de la prorogation.

Art. 26

La prorogation peut s'appliquer à la totalité des engagements de la banque ou à certaines catégories seulement, exception faite pour

¹ RS 172.021.

² RS 173.110.

les intérêts des fonds confiés par des tiers; elle peut porter sur le montant total ou sur des montants partiels des engagements.

Art. 27

Avant de se prononcer sur une demande de prorogation, le Conseil fédéral consulte la Banque nationale suisse et la Commission des banques.*) Les mesures de protection à prendre sont arrêtées dans chaque cas d'espèce par analogie aux articles 29 à 35. La durée de la prorogation doit être limitée.

Art. 28

S'il apparaît après coup qu'une banque a cessé de remplir les conditions requises pour obtenir la prorogation d'échéances, le Conseil fédéral révoque cette prorogation, et la banque peut engager la procédure prévue aux articles 29 ou 35, 2^e alinéa.

Chapitre XII. Sursis

Art. 29

1 Une banque hors d'état de remplir ses engagements à l'échéance peut demander un sursis au juge compétent; à la requête doivent être joints un état de situation, les comptes annuels, les rapports de gestion et les procès-verbaux existants des cinq dernières années.

1^{bis} Le juge désigne un commissaire provisoire qui, jusqu'à la décision prise sur la requête ou jusqu'à l'ouverture de la faillite, a la même compétence que le commissaire ordinaire. L'organe de révision prévu par la présente loi peut être désigné comme commissaire provisoire. Les actes juridiques accomplis par la banque entre la fermeture des guichets ou la présentation de la requête et la désignation du commissaire provisoire, sont nuls à l'égard des créanciers.*)

1^{ter} Lorsqu'une banque a présenté une demande de sursis, le juge de la faillite sursoit au jugement de faillite jusqu'à ce que la requête ait été examinée.*)

2 Le juge accorde le sursis pour un an, à condition qu'il ressorte de l'état de situation que les créanciers sont couverts. Si les circonstances le justifient, le juge peut prolonger le sursis d'un an.

3 Le juge rend le sursis public et communique sa décision à l'office des poursuites, au juge de la faillite et à la Commission des banques.

4 Les gouvernements cantonaux confieront à une seule autorité cantonale le soin de prononcer le sursis.

Art. 30

1 Si le juge accorde le sursis, il désigne comme commissaires une ou plusieurs personnes qualifiées. Une personne morale, notamment une banque ou une société fiduciaire, peut être désignée en qualité de commissaire.

2 Le commissaire est placé sous la surveillance du juge, qui peut le révoquer pour de justes motifs.

3 Les créanciers et la banque peuvent recourir auprès du juge contre toute décision illégale du commissaire; le recours doit être déposé par écrit dans les dix jours à partir de la date où ils en ont eu connaissance. La décision du juge peut elle-même être l'objet d'un recours au Tribunal fédéral.

Art. 31

Immédiatement après sa nomination, le commissaire dresse l'état de fortune de la banque, de concert avec une institution de révision. Il en réfère au juge et à la banque et prend les mesures nécessaires pour maintenir l'activité de l'établissement.

Art. 32

1 Le sursis a les effets définis à l'article 297 de la loi fédérale du 11 avril 1889¹ sur la poursuite pour dettes et la faillite.*)

2 Pendant le sursis, la banque continue ses opérations sous la surveillance du commissaire et en se conformant à ses instructions; il lui est toutefois interdit de procéder à des actes juridiques qui portent

¹ RS 281.1.

préjudice aux intérêts légitimes des créanciers ou qui avantagent certains de ces derniers. Tout remboursement est subordonné à l'assentiment du commissaire. Celui-ci peut ordonner, selon son appréciation, des remboursements de créances échues n'excédant pas une certaine limite; dans ce cas, il y aura lieu de tenir compte, dans une mesure équitable, des intérêts des créanciers privilégiés en vertu d'une loi ou d'un contrat ainsi que de ceux des petits créanciers. Ces paiements ne devront pas excéder la moitié des montants qui sont couverts d'après l'état de fortune dressé par le commissaire.

3 Durant le sursis, le juge peut en tout temps prendre d'autres mesures dictées par la situation et répondant aux intérêts de la banque ou des créanciers. Il peut notamment prescrire que la conclusion de nouvelles opérations, l'aliénation d'immeubles, la constitution de gages ou les cautionnements doivent être validés par le commissaire; ces décisions doivent être publiées.

4 La banque présentera au juge et au commissaire tous ses livres et pièces comptables et leur fournira tous les renseignements qui lui sont demandés. Le commissaire doit être invité à temps à prendre part à toutes les délibérations des organes de la banque. Il peut lui-même provoquer de telles délibérations.

Art. 33

1 Lorsque la banque se propose d'opérer un assainissement extrajudiciaire ou de conclure un concordat, le commissaire doit joindre son préavis aux propositions destinées aux organes de la société, aux créanciers ou à l'autorité compétente pour connaître de la demande de concordat.

2 Lorsque le commissaire estime que le sursis n'est plus nécessaire, le juge peut, sur sa proposition, le déclarer expiré; cette décision devra être publiée.

Art. 34

Sur la proposition du commissaire ou d'un créancier, le juge doit révoquer le sursis et publier sa décision:

a. Lorsque la banque a obtenu le sursis en alléguant des faits inexacts;

- b. Lorsque la banque enfreint les instructions du commissaire, ou lèse les intérêts légitimes des créanciers, ou avantage certains de ces derniers.

Art. 35

1 S'il apparaît, durant le sursis, qu'un assainissement extrajudiciaire peut être effectué, le juge peut prolonger exceptionnellement le sursis de six mois.

2. Si, en revanche, il apparaît durant le sursis que la banque est surendettée ou qu'elle ne sera pas en mesure, à l'expiration du sursis, de remplir ses engagements à l'échéance ni de procéder à un assainissement extrajudiciaire, le juge charge le commissaire de requérir la déclaration immédiate de faillite auprès du juge compétent, à moins que la banque ne dépose une demande de concordat. L'ajournement de la déclaration de faillite, prévu aux articles 725, 4^e alinéa¹, et 903, 5^e alinéa, du code des obligations², n'est pas autorisé.*)

3 En cas de faillite, le commissaire remplit les fonctions attribuées à l'administration de la faillite; en cas de concordat, il en est le commissaire.

Chapitre XIII. Prescriptions particulières en matière de faillite et de concordat

Art. 36

1 Dans la procédure de faillite, l'administration est nommée par le juge de la faillite, à moins qu'un commissaire n'ait été désigné à cet effet.

2 L'administration de la faillite exerce tous les droits, y compris ceux de l'assemblée des créanciers. Ses décisions peuvent être déferées, dans les dix jours à partir de la date où l'intéressé en a eu connaissance, au juge de la faillite, seule instance cantonale de recours. La décision du juge de la faillite peut elle-même être portée devant le Tribunal fédéral.

¹ Actuellement: art. 725a al. 1 et 2.

² RS 220.

3 Les créances inscrites dans les livres de la banque sont réputées avoir été produites.*)

4 Les gouvernements cantonaux désigneront une seule autorité cantonale comme juge de la faillite.*)

5 Le Tribunal fédéral peut encore édicter, pour la procédure de faillite, d'autres prescriptions s'écartant de la loi fédérale du 11 avril 1889¹ sur la poursuite pour dettes et la faillite.*)

Art. 37

1 Lorsqu'une banque présente une demande de sursis concordataire, l'autorité concordataire désigne une administration provisoire qui, jusqu'à la décision prise sur la requête ou jusqu'à l'ouverture de la faillite, aura la même compétence que l'administration ordinaire. L'organe de révision prévu par la présente loi peut être désigné comme administration provisoire. Si un commissaire a déjà été désigné, c'est lui qui sera administrateur provisoire. Les actes juridiques accomplis par la banque entre la fermeture des guichets ou entre la présentation d'une demande de sursis concordataire et la désignation de l'administration provisoire, sont nuls à l'égard des créanciers.*)

1^{bis} Lorsqu'une banque a présenté une demande de sursis concordataire, le juge de la faillite sursoit au jugement de faillite jusqu'à ce que la requête ait été examinée.*)

1^{ter} Si l'autorité concordataire fait droit à la demande de sursis concordataire, elle désigne à titre définitif un administrateur, à moins qu'un commissaire n'ait déjà été institué à cet effet.*)

2 Les décisions de l'administration peuvent être déférées, dans les dix jours à partir de la date où l'intéressé en a eu connaissance, à l'autorité concordataire, seule instance cantonale de recours. La décision de cette autorité peut elle-même être portée devant le Tribunal fédéral.

3 Le sursis concordataire est de six mois; en cas de nécessité, il peut être prolongé de la même durée.

4 Les créances inscrites dans les livres de la banque sont considérées comme produites.

5 Il n'y a pas d'assemblée de créanciers. Une fois le projet de concordat déposé, les créanciers doivent être invités par des publications à faire valoir leurs objections.

6 Le concordat ne sera homologué que si les conditions fixées à l'article 306 de la loi fédérale du 11 avril 1889¹ sur la poursuite pour dettes et la faillite sont remplies et s'il ressort en outre de toutes les circonstances concomitantes que les intérêts de l'ensemble des créanciers seront mieux sauvegardés par le concordat que par la faillite.

7 Le concordat peut proroger pour une durée appropriée les créances gagées.

8 Les gouvernements cantonaux désigneront une seule instance cantonale comme autorité concordataire.

9 Le Tribunal fédéral peut encore édicter, pour la procédure concordataire, d'autres prescriptions s'écartant de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite^{1.*})

Chapitre XIV. Responsabilité et dispositions pénales

Art. 38

1 Demeurent réservées à l'égard des banques cantonales les prescriptions de droit cantonal sur la responsabilité civile.

2 La responsabilité civile des banquiers privés est régie par le code des obligations.²

3 Pour les autres banques, les dispositions des articles 39 à 45 sont applicables.

Art. 39³

Celui qui, soit lors de la fondation d'une banque, soit lors de l'émission d'actions, de participations, de parts sociales ou d'obliga-

¹ RS 281.1.

² RS 220.

³ Nouvelle teneur selon l'art. 17 ch. 4 disp. fin. et trans. tit. XXIV à XXXIII CO, en vigueur depuis le 1^{er} juillet 1937 (RS 220 in fine).

tions d'une banque, aura, intentionnellement ou par négligence, inséré ou répandu des assertions inexactes ou des indications contraires aux exigences de la loi dans des prospectus, circulaires ou documents analogues, ou participé à de tels actes, répondra envers chaque sociétaire (actionnaire, sociétaire d'une société à responsabilité limitée, coopérateur) ou porteur d'obligations du dommage causé.

Art. 40

Celui qui coopère à la fondation d'une banque répond à l'égard de la banque, de même qu'envers chaque sociétaire ou créancier du dommage qu'il leur aura causé:

- a. En concourant intentionnellement ou par négligence à définir de manière inexacte ou incomplète, à omettre ou à dissimuler dans les statuts ou dans le rapport des fondateurs des apports, des reprises de biens, des avantages concédés soit à certains sociétaires, soit à d'autres personnes, ou en agissant de quelque autre manière illégale lors de l'approbation d'une semblable mesure;
- b. En contribuant intentionnellement ou par négligence à faire inscrire la banque au registre du commerce sur la foi d'une attestation ou de quelque autre document qui renferme des assertions mensongères;
- c. En contribuant sciemment à ce que soient acceptées des souscriptions émanant de personnes insolvables.

Art. 41

Les personnes chargées de la direction ou de la direction supérieure de la surveillance et du contrôle d'une banque répondent, à l'égard de celle-ci de même qu'envers chaque sociétaire ou créancier de la banque, du dommage qu'elles leur causent en manquant intentionnellement ou par négligence à leurs devoirs.

Art. 42

Les liquidateurs ou les commissaires d'une banque qui, intentionnellement ou par négligence, manquent aux devoirs que leur imposent la loi ou les statuts, répondent de la même manière que

les organes de la banque du dommage causé à celle-ci, à ses sociétaires ou à ses créanciers.

Art. 43

1 Lorsque la responsabilité au sens des articles 40 à 42 est en cause, et qu'il s'agit d'un dommage éprouvé par la banque elle-même, mais subi d'une manière seulement indirecte par des sociétaires ou des créanciers, ceux-ci ne peuvent réclamer que les dommages-intérêts dus à la banque.

2 Les créanciers ne peuvent faire valoir leurs droits qu'après l'ouverture de la faillite.

3 Dans la faillite, les droits des sociétaires et des créanciers sont exercés en premier lieu par l'administration de la masse. Si celle-ci y renonce, tout sociétaire ou créancier peut demander à exercer lui-même son droit. Ce qu'il retire doit être employé conformément aux dispositions de la loi fédérale du 11 avril 1889¹ sur la poursuite pour dettes et la faillite.

4 Lorsque l'assemblée générale a déchargé de leur responsabilité ceux qui pourraient être recherchés en paiement de dommages-intérêts, cette décision n'est opposable à l'action en responsabilité d'un sociétaire que si celui-ci y a adhéré, ou s'il a acquis sa qualité de sociétaire postérieurement à la décision et en parfaite connaissance de cause, ou s'il n'a pas ouvert action dans les six mois à partir de la décision.

Art. 44

Les personnes qui répondent d'un même dommage en sont tenues solidairement. Le droit de recours de chacun des participants sera déterminé par le juge selon le degré de gravité de la faute qu'il a commise.

Art. 45

1 Les actions en responsabilité visées aux articles 39 à 42 se prescrivent par cinq ans à compter du jour où la partie lésée a eu connais-

¹ RS 281.1.

sance du dommage et a appris qui en est l'auteur et, dans tous les cas, par dix ans dès le jour où le fait dommageable s'est produit.

2 Si les dommages-intérêts dérivent d'une infraction soumise par les lois pénales à une prescription de plus longue durée, cette prescription s'applique à l'action civile.

Art. 46*)

1 Celui qui, intentionnellement:

- a. Aura, sans en avoir reçu l'autorisation de la Commission des banques, ouvert une banque, exploité un siège, une succursale ou une agence d'une banque étrangère ou encore nommé un représentant permanent d'une banque étrangère;
- b. Aura omis de solliciter l'autorisation complémentaire requise pour les banques en mains étrangères;
- c. Aura enfreint les conditions mises à l'autorisation;
- d. Aura indûment utilisé, dans sa raison sociale, dans la désignation du but social ou dans sa publicité, le terme de «banque», de «banquier» ou d'«épargne»;
- e. Aura fait une publicité trompeuse ou se sera prévalu du siège suisse de la banque ou d'institutions suisses pour faire une publicité abusive;
- f. *Aura indûment accepté des dépôts du public ou des dépôts d'épargne;*
- g. Aura constitué un nouveau droit de gage sur nantissement ou placé ce gage en report, contrairement aux dispositions de l'article 17;
- h. Aura conclu une opération visée à l'article 8 sans avoir consulté la Banque nationale suisse, ou nonobstant son opposition ou les conditions par elle imposées;
- i. Aura donné de faux renseignements à la Commission des banques, à l'organe de révision ou à la Banque nationale;
- k. Aura, en exécutant le contrôle ou en établissant le rapport y afférent, violé de manière grossière les obligations que la présente

loi ou les dispositions d'exécution lui assignent en qualité d'organe de révision agréé, et aura en particulier fourni dans le rapport de révision de fausses indications ou dissimulé des faits importants ou encore omis d'adresser à la banque ayant fait l'objet de la révision le rappel prescrit par la loi ou d'établir le rapport qu'il doit présenter à la Commission des banques;

1. N'aura pas dûment tenu les livres ni conservé les livres et les pièces justificatives conformément aux prescriptions;

sera puni de l'emprisonnement pour six mois au plus ou de l'amende jusqu'à concurrence de 50 000 francs.

2. Si le délinquant a agi par négligence, la peine sera l'amende jusqu'à concurrence de 30 000 francs.

Art. 47*)

1. Celui qui, en sa qualité de membre d'un organe, d'employé, de mandataire, de liquidateur ou de commissaire de la banque, d'observateur de la Commission des banques, ou encore de membre d'un organe ou d'employé d'une institution de révision agréée, aura révélé un secret à lui confié ou dont il avait eu connaissance à raison de sa charge ou de son emploi, celui qui aura incité autrui à violer le secret professionnel, sera puni de l'emprisonnement pour six mois au plus ou de l'amende jusqu'à concurrence de 50 000 francs.

2. Si le délinquant a agi par négligence, la peine sera l'amende jusqu'à concurrence de 30 000 francs.

3. La violation du secret demeure punissable alors même que la charge ou l'emploi a pris fin ou que le détenteur du secret n'exerce plus sa profession.

4. Sont réservées les dispositions de la législation fédérale et cantonale statuant l'obligation de renseigner l'autorité et de témoigner en justice.

Art. 48*)

Celui qui, en produisant ou en répandant des allégations qu'il savait fausses, aura porté atteinte au crédit d'une banque; de la Ban-

que nationale suisse ou des centrales d'émission de lettres de gage ou encore l'aura compromis, sera puni, sur plainte, de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 49*)

- 1 Celui qui, intentionnellement:
 - a. N'aura pas établi ou publié les comptes annuels ou les bilans intermédiaires conformément aux prescriptions de l'article 6;
 - b. N'aura pas soumis ses comptes annuels au contrôle de l'organe de révision agréé ou aura omis de faire procéder à la révision exigée par la Commission des banques;
 - c. N'aura pas rempli ses obligations envers l'organe de révision;
 - d. N'aura pas obtempéré à une injonction de la Commission des banques l'invitant à rétablir l'ordre légal et à supprimer les irrégularités;
 - e. Aura omis de fournir à la Commission des banques ou à la Banque nationale suisse les informations qu'il était tenu de lui communiquer;
 - f. Aura remboursé des parts sociales à l'encontre des dispositions de l'article 12;

sera puni des arrêts ou de l'amende jusqu'à concurrence de 20 000 francs.

- 2 Si l'auteur a agi par négligence, la peine sera l'amende jusqu'à concurrence de 10 000 francs.

Art. 50¹

Celui qui, en dépit d'un avertissement et bien qu'il ait été menacé de la peine prévue au présent article, ne se conforme pas à une disposition de la présente loi ou d'une ordonnance d'exécution de cette loi ou à une décision officielle fondée sur une telle disposition sera puni d'une amende d'ordre de 5000 francs au plus.

¹ Nouvelle teneur selon le ch. 22 de l'annexe au DPA, en vigueur depuis le 1^{er} janv. 1975 (RS 313.0).

Art. 50^{bis1}

Les dispositions spéciales de la loi fédérale sur le droit pénal administratif² (art. 14 à 18) sont applicables.

Art. 51³

1 Les dispositions générales du code pénal suisse⁴ sont applicables aux infractions réprimées par les articles 47 et 48.

2 Les dispositions générales de la loi fédérale sur le droit pénal administratif² (art. 2 à 13) sont applicables aux infractions réprimées par les articles 46, 49, 50 et 50^{bis}.

3 En matière de contraventions, l'action pénale se prescrit par cinq ans. En cas d'interruption, elle sera en tout cas prescrite lorsque le délai ordinaire sera dépassé de moitié.

Art. 51^{bis *}³

1 Il appartient aux cantons de poursuivre et de juger les infractions réprimées par les articles 47 et 48.

2 Le Département fédéral des finances et des douanes est l'autorité administrative compétente pour poursuivre et juger les infractions réprimées par les articles 46, 49, 50 et 50^{bis} selon la procédure prévue par la loi fédérale sur le droit pénal administratif.²

Chapitre XV. Dispositions transitoires et finales

Art. 52⁵

¹ Introduit par le ch. 22 de l'annexe au DPA, en vigueur depuis le 1^{er} janv. 1975 (RS 313.0).

² RS 313.0.

³ Nouvelle teneur selon le ch. 22 de l'annexe au DPA, en vigueur depuis le 1^{er} janv. 1975 (RS 313.0).

⁴ RS 311.0.

⁵ Disp. trans. sans objet.

Art. 53

1 A l'entrée en vigueur de la présente loi sont abrogés:

a.*) Les dispositions cantonales sur les banques, à l'exception toutefois de celles qui visent les banques cantonales, de celles qui instituent un privilège légal en faveur des dépôts d'épargne conformément à l'article 16, de celles qui régissent le commerce, à titre professionnel, des papiers-valeurs et de celles qui règlent la surveillance de l'application des prescriptions de droit cantonal contre les abus en matière d'intérêts;

b. L'article 57 du titre final du code civil suisse.¹

2 Les dispositions cantonales sur le privilège légal en faveur des dépôts d'épargne cessent leur effet si elles n'ont pas été remplacés, dans les trois ans à partir de l'entrée en vigueur de la présente loi, par de nouvelles dispositions conformes aux articles 15 et 16.

Art. 54

L'article 219 de la loi fédérale du 11 avril 1889² sur la poursuite pour dettes et la faillite est complété par l'adjonction suivante:

Troisième classe

b. ...³

Art. 55*)

Art. 56

Le Conseil fédéral fixera la date de l'entrée en vigueur de la présente loi et édictera les prescriptions nécessaires à son exécution.

Date de l'entrée en vigueur: 1^{er} mars 1935⁴

¹ RS 210.

² RS 281.1.

³ Texte inséré dans ladite loi.

⁴ ACF du 26 févr. 1935 (RO 51 141).

Dispositions finales de la modification du 11 mars 1971¹

II

1 Les banques et les sociétés financières fondées avant l'entrée en vigueur de la présente loi² ne sont pas tenues de solliciter une nouvelle autorisation pour poursuivre leur activité.

2 Les sociétés financières qui sont désormais soumises à la présente loi s'annonceront à la Commission fédérale des banques dans les trois mois qui suivent son entrée en vigueur.²

3 Les banques et les sociétés financières sont tenues de s'adapter, dans les deux ans qui suivent l'entrée en vigueur de la présente loi², aux prescriptions de l'article 3, 2^e alinéa, lettres *a*, *c* et *d*, ainsi qu'à celles de l'article 3^{bis}, 1^{er} alinéa, lettre *c*. A défaut, l'autorisation peut leur être retirée.

4 A l'effet de tenir compte du caractère propre aux sociétés financières et aux caisses de crédit à terme différé, le Conseil fédéral est autorisé à édicter des prescriptions particulières.

Dispositions finales de la modification du 18 mars 1994

II

1 Les personnes physiques ou morales qui, au moment de l'entrée en vigueur de la modification du 18 mars 1994 de la présente loi, détiennent des dépôts du public de façon non conforme à l'article 1^{er}, 2^e alinéa, doivent les rembourser dans le délai de deux ans dès l'entrée en vigueur de la présente modification. La Commission des banques peut, le cas échéant, prolonger ou raccourcir ce délai lorsque des circonstances particulières le justifient.

2 Les sociétés financières à caractère bancaire qui, avant l'entrée en vigueur de la présente modification, ont fait appel au public pour recevoir des fonds en dépôt avec l'autorisation de la Commission des banques, sont dispensées de requérir une nouvelle autorisation pour

¹ RO 1971, 808; FF 1970 I 1157.

² Cette loi est entrée en vigueur le 1^{er} juillet 1971 (art. 1^{er} de l'ACF du 24 juin 1971 – RS 952.001).

exercer une activité bancaire. Elles doivent se conformer aux prescriptions des articles 4^{bis} et 4^{ter} dans un délai d'une année à compter de l'entrée en vigueur de la présente modification.

3 Dans un délai d'une année à compter de l'entrée en vigueur de la présente modification, les banques sont tenues de se conformer aux dispositions de l'article 3, 2^e alinéa, lettres c^{bis} et d, et de l'article 4 alinéa 2^{bis}.

4 Dans un délai de trois ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente modification, les cantons doivent assurer le respect des dispositions de l'article 3a, 1^{er} alinéa, et de l'article 18, 1^{er} alinéa. Lorsque la surveillance au sens de l'article 3^a, 2^e alinéa, est transférée à la Commission des banques avant l'expiration de ce délai, la condition requise à l'article 18, 1^{er} alinéa doit être remplie au moment du transfert.

5 Toute personne physique ou morale qui détient dans une banque une participation qualifiée au sens de l'article 3, 2^e alinéa, lettre c^{bis}, doit communiquer celle-ci à la Commission des banques dans un délai d'une année qui suit l'entrée en vigueur de la présente modification.

6 Les banques sont tenues de procéder à la communication annuelle conformément à l'article 3, 6^e alinéa, la première fois une année au plus tard après l'entrée en vigueur de la présente modification.

7 Les banques organisées selon le droit suisse doivent, dans un délai de trois mois à compter de l'entrée en vigueur de la présente modification, communiquer à la Commission des banques toutes les filiales, succursales, agences et représentations qu'elles ont créées à l'étranger.

Legge sulle banche

Introduzione

Nel contesto dell'adattamento del diritto federale al diritto dello SEE (progetto Eurolex), era previsto di modificare alcuni disposti della legge federale su le banche e le casse di risparmio dell'8 novembre 1934 (cf. Messaggio complementare II al messaggio SEE, FF 1992 V 539). Dopo il rigetto dell'Accordo sullo SEE da parte del popolo e dei cantoni il 6 dicembre 1992, il Consiglio federale ha ripreso dette modificazioni nel suo programma Swisslex (Messaggio sul programma di governo dopo il no allo SEE del 24 febbraio 1993, FE 1993 I 609). Nel contesto dell'esame di questo programma, la CFB e l'Associazione svizzera dei banchieri hanno sottoposto alla Commissione degli affari economici e dei contributi pubblici del Consiglio degli Stati delle nuove proposte in merito alla revisione della legge sulle banche, proposte che non erano previste né nel progetto Eurolex, né nel programma Swisslex. Queste proposte hanno dato luogo nel luglio 1993 ad un Rapporto complementare del Dipartimento federale delle finanze redatto all'intenzione della Commissione degli affari economici e dei contributi pubblici del Consiglio degli Stati (FE 1994 I 65). Le modificazioni della legge sulle banche sono state adottate con voto finale del 18 marzo 1994 dopo dibattiti avuti luogo durante le sessioni d'autunno 1993 (Boll. uff. Consiglio degli Stati 1993, 762 segg.), d'inverno 1993 (Boll. uff. Consiglio nazionale 1993, 2491 segg.) come pure della primavera 1994.

Qui di seguito, pubblichiamo il testo completo della legge federale sulle banche e le casse di risparmio dell'8 novembre 1934 nella versione a noi conosciuta comprendente le modificazioni Swisslex (in *italico*). Le modificazioni introdotte dalla legge federale dell'11 marzo 1971, in vigore dal 1° luglio 1971 (RU 1971 809, FE 1970 I 885) sono segnalate con un asterisco*). Teniamo a precisare che fa fede solo la versione che verrà pubblicata nella Raccolta ufficiale delle leggi federali.

Al momento in cui il presente Bollettino è pubblicato, non si conosce ancora la data dell'entrata in vigore del testo di legge modificato.

Legge federale sulle banche e le casse di risparmio (Legge sulle banche, LBCR)

dell'8 novembre 1934

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera, visti gli articoli 34^{ter}, 64 e 64^{bis} della Costituzione federale¹; visto il messaggio del Consiglio federale del 2 febbraio 1934, decreta:

Capo primo: Sfera d'applicazione

Art. 1*)

1 La presente legge si applica alle banche, ai banchieri privati (ditte individuali, società in nome collettivo e società in accomandita) e alle casse di risparmio, qui di seguito designate tutte col nome di banche.

2 *Le persone fisiche e giuridiche che non sottostanno alla presente legge non sono legittimate ad accettare depositi del pubblico a titolo professionale. Il Consiglio federale può prevedere eccezioni, purché la protezione dei depositanti sia garantita. L'emissione di prestiti non è considerata accettazione di depositi del pubblico a titolo professionale.*

3 Non soggiacciono alla legge, segnatamente:

- a. gli agenti e le ditte di borsa che esercitano soltanto negozio di cartevalori e operazioni direttamente connesse, ma non attività bancaria;
- b. gli amministratori di beni, i notai e gli agenti d'affari che si limitano ad amministrare i capitali dei loro clienti, senza esercitare un'attività bancaria.

4 *Le espressioni «banca» o «banchiere», isolate o in una parola composta, possono essere utilizzate nella ragione sociale, nella designazione dello scopo sociale e nella pubblicità d'affari soltanto dagli istituti che hanno ricevuto un'autorizzazione come banche dalla Com-*

¹ RS 101. In luogo dell'art. 34^{ter}, nel testo in vigore alla data della presente L (RU 24 873I), vale ora l'art 31^{quater}.

missione federale delle banche (Commissione delle banche), fatto salvo l'articolo 2 capoverso 3.

5 La Banca nazionale svizzera e le centrali d'emissione di obbligazioni fondiari soggiacciono alla presente legge soltanto in quanto quest'ultima lo disponga esplicitamente.

Art. 2*)

1 Le disposizioni della presente legge si applicano per analogia alle sedi, succursali ed agenzie istituite in Svizzera da banche estere, come pure ai rappresentanti delle banche estere che esercitano la loro attività in Svizzera.

2 La Commissione delle banche emana le opportune disposizioni. Essa può, segnatamente, esigere che i suddetti uffici siano sufficientemente dotati di capitali e chiedere che siano prestate garanzie.

3 Il consiglio federale è autorizzato a concludere trattati internazionali fondati sul principio del mutuo riconoscimento di normative equivalenti delle attività bancarie e di misure equivalenti nel settore della vigilanza sulle banche, i quali prevedano che le banche degli Stati contraenti possono esercitare la loro attività in Svizzera, senza l'autorizzazione della commissione delle banche, aprendo una succursale, un'agenzia o una rappresentanza.

Capo secondo: Autorizzazione a esercitare l'attività*)

Art. 3*)

1 La banca, per iniziare la propria attività, deve aver ottenuto l'autorizzazione della Commissione delle banche; essa non può essere iscritta nel registro di commercio prima d'averla ottenuta.

2 L'autorizzazione è concessa se:

- a. la banca delimita esattamente, in statuti, contratti di società e regolamenti, la sfera degli affari e prevede una organizzazione proporzionata all'importanza degli affari; essa deve, quando lo scopo aziendale o l'importanza degli affari lo esiga, istituire organi per la direzione, da una parte, e organi per la direzione

superiore, la vigilanza e il controllo, dall'altra, come anche determinare le singole attribuzioni in modo da garantire un'efficace vigilanza sulla gestione;

- b. *la banca fornisce la prova che il capitale minimo stabilito dal Consiglio federale è interamente liberato;*
- c. le persone incaricate dell'amministrazione e direzione della banca godono di ottima reputazione e garantiscono un'attività irreprensibile;
- c^{bis}. le persone fisiche e giuridiche che partecipano direttamente o indirettamente alla banca con almeno il 10 per cento del capitale o dei diritti di voto o possono influenzare notevolmente in altro modo la gestione della banca (partecipazione qualificata), devono fornire la garanzia che tale influsso non viene esercitato a danno di una gestione sana e prudente;*
- d. *le persone incaricate della direzione della banca sono domiciliate in un luogo che consenta di esercitare la gestione effettiva e di assumerne le responsabilità.*

3 La banca sottopone alla Commissione delle banche lo statuto, i contratti di società e i regolamenti e l'informa di tutte le modificazioni ulteriori in quanto concernono lo scopo aziendale, l'attività dell'istituto, il capitale sociale o l'organizzazione interna. Le modificazioni possono essere iscritte nel registro di commercio soltanto dopo l'approvazione della Commissione delle banche.

4 Abrogato

5 *Prima di acquistare o di alienare direttamente o indirettamente una partecipazione qualificata ai sensi del capoverso 2 lettera c^{bis} in una banca organizzata secondo il diritto svizzero, tutte le persone fisiche e giuridiche devono informarne la Commissione delle banche. L'obbligo di informazione è dato anche se una simile partecipazione qualificata viene aumentata o ridotta, nel senso che essa supera o scende al disotto della soglia del 20, 33 o 50 per cento del capitale.*

6 *La banca annuncia appena ne ha conoscenza, ma almeno una volta all'anno, le persone che adempiono le esigenze del capoverso 5.*

7 *Le banche organizzate secondo il diritto svizzero informano la*

Commissione delle banche prima di aprire all'estero una filiale, una succursale, un'agenzia o una rappresentanza.

Art. 3a

1 I capoversi 1, 2 e 3 dell'articolo 3 non si applicano alle banche cantonali. I Cantoni garantiscono l'osservanza delle esigenze corrispondenti. Si considerano banche cantonali le banche istituite mediante un atto legislativo cantonale e i cui impegni sono garantiti dal Cantone, nonché le banche create prima del 1883 in virtù di un atto legislativo cantonale che sono amministrate con il concorso delle autorità cantonali, senza però essere garantite dai Cantoni per i loro impegni.

2 I Cantoni possono delegare la totalità della vigilanza sulle loro banche cantonali alla Commissione delle banche. In tal caso, le banche cantonali devono soddisfare le esigenze di cui all'articolo 3 capoversi 2 e 3. L'istituzione e lo scioglimento delle banche cantonali nonché la sorveglianza dell'osservanza delle norme legali cantonali rimangono di competenza dei Cantoni.

Art. 3^{bis}*)

1 Una banca organizzata secondo il diritto svizzero ma dominata da stranieri è autorizzata a stabilirsi in Svizzera soltanto se soddisfa inoltre le esigenze qui appresso, valide parimenti per le sedi, succursali o agenzie di una banca straniera o dominata da stranieri, come pure per i rappresentanti permanenti di una banca straniera:

- a. garanzia della reciprocità da parte degli Stati nei quali hanno domicilio o sede i fondatori stranieri della banca o le persone fisiche o giuridiche che la dominano;
- b. impiego di una ditta che non faccia riferimento al carattere svizzero della banca né lo lasci presumere;
- c. *Abrogata*

2 La banca deve dare informazioni alla Banca nazionale svizzera, quanto alla sfera d'affari e ai rapporti con l'estero.

3 *Le disposizioni del capoverso 1 si applicano alla banca organizzata secondo il diritto svizzero le cui partecipazioni qualificate stra-*

niere, dirette o indirette, ammontano a più della metà dei diritti di voto oppure a quella dominata in altro modo da stranieri. Si considerano straniere:

- a. le persone fisiche che non hanno né la cittadinanza svizzera né il permesso di residenza in Svizzera;
- b. le persone giuridiche o le società di persone che hanno sede all'estero o che, se hanno sede in Svizzera, sono dominate dagli stranieri di cui alla lettera a.

Art. 3^{ter*}

1 Le banche passate in dominio straniero devono sollecitare una autorizzazione suppletiva, conformemente all'articolo 3^{bis}.

2 È necessaria una nuova autorizzazione completa qualora in una banca sotto dominio straniero subentrino modificazioni quanto alla composizione del gruppo degli azionisti determinanti o delle persone che esercitano altrimenti un'influenza preponderante sull'istituto.

3 I membri dell'amministrazione e della direzione della banca devono informare la Commissione delle banche di tutti i fatti che inducono a presumere un dominio straniero nella banca o una modificazione nella composizione del gruppo delle persone che esercitano il dominio. L'obbligo d'informare vale anche per coloro i quali esercitano il dominio straniero.

Art. 3^{quater}

1 *Il Consiglio federale può dichiarare nei trattati internazionali che le esigenze particolari di autorizzazione conformemente agli articoli 3^{bis} e 3^{ter} non sono in parte applicabili se cittadini di uno Stato contraente o persone giuridiche con sede in uno Stato contraente creano una banca organizzata secondo il diritto svizzero, la rilevano o vi acquistano una partecipazione qualificata. Fatte salve le norme internazionali contrarie, esso può subordinare la sua decisione alla concessione della reciprocità da parte dell'altro Stato contraente.*

2 *Le disposizioni menzionate sono applicabili se la persona giuridica è a sua volta dominata direttamente o indirettamente da cittadini di uno Stato terzo e da persone giuridiche con sede in uno Stato terzo.*

Capo terzo: Fondi propri, liquidità e altre prescrizioni sulla gestione*)

Art. 4

1 Le banche hanno l'obbligo di mantenere un'adeguata proporzione:

- a. fra l'ammontare dei loro fondi propri e quello del complesso dei loro impegni;
- b. fra le loro disponibilità e i loro attivi facilmente realizzabili, da una parte, ed i loro impegni a breve scadenza, dall'altra.

2 Il regolamento d'esecuzione stabilisce le direttive da osservare nelle circostanze normali, tenendo conto del genere d'attività e della natura degli istituti; esso definisce i concetti «fondi propri», «disponibilità», «attivi facilmente realizzabili» e «impegni a breve scadenza».*)

2^{bis} La partecipazione qualificata di una banca in un'impresa estranea al suo settore finanziario o assicurativo non deve superare il 15 per cento dei suoi fondi propri. L'importo totale di queste partecipazioni non deve superare il 60 per cento dei fondi propri. Il Consiglio federale disciplina le eccezioni.

3 In casi speciali la Commissione delle banche può allentare o inasprire le direttive.*)

4 *Abrogato*

Art. 4^{bis}*)

1 I prestiti e le anticipazioni concessi da una banca a singoli clienti come anche le partecipazioni a singole imprese devono essere proporzionati ai fondi propri.

2 Il regolamento d'esecuzione stabilisce tale proporzione, tenuto conto dei prestiti e delle anticipazioni a corporazioni di diritto pubblico e del tipo di copertura.

3 *Abrogato*

Art. 4^{ter}*)

1 I crediti ai membri degli organi della banca, agli azionisti determinanti come anche alle persone e società a loro vicine possono essere

concessi soltanto secondo i criteri generalmente riconosciuti dal ramo bancario.

2 Abrogato

Art. 4^{quater*}

Le banche devono astenersi, in Svizzera o all'estero, dal fare una pubblicità fallace o insistente, ostentando la loro sede in Svizzera o le istituzioni svizzere.

Art. 4^{quinquies}

1 *Le banche sono autorizzate a comunicare alle loro società madri, a loro volta sottoposte alla vigilanza da parte di un'autorità di sorveglianza sulle banche o sui mercati finanziari, le informazioni e i documenti non accessibili al pubblico e necessari alla vigilanza su base consolidata, alle seguenti condizioni:*

- a. *le informazioni sono utilizzate unicamente a scopi di controllo interno o di vigilanza diretta sulle banche o su altri mediatori finanziari sottoposti al regime dell'autorizzazione;*
- b. *la società madre e l'autorità competente in materia di vigilanza su base consolidata sono vincolate dal segreto professionale o dal segreto d'ufficio;*
- c. *le informazioni possono essere trasmesse a terzi soltanto previa autorizzazione della banca o in virtù di un'autorizzazione generale sancita da un trattato internazionale.*

2 *Se la comunicazione di informazioni ai sensi del capoverso 1 è posta in forse, le banche possono richiedere dalla Commissione delle banche una decisione che autorizzi o vieti detta comunicazione.*

Art. 5

1 Le banche hanno l'obbligo di devolvere almeno un ventesimo del loro utile netto a un fondo di riserva destinato a sopperire alle perdite e di eseguire degli ammortamenti. I versamenti al fondo di riserva devono continuare fino a che esso abbia raggiunto un quinto del capitale sociale o, trattandosi di banche senza capitale proprio versato, un ventesimo dei capitali affidati ad esse da terzi.

1^{bis} Al fondo di riserva, ancorché raggiunto l'importo legale, devono essere devoluti:

- a. l'eccedenza realizzata nell'emissione di azioni o di certificati di quota a prezzo superiore al nominale, dopo copertura dei costi d'emissione;
- b. un decimo degli importi distribuiti agli aventi diritto all'utile netto, dopo la devoluzione ordinaria al fondo di riserva e il versamento d'un dividendo o di un interesse del 5 per cento sui certificati di quota.*)

2 Questo articolo non si applica né alle banche cantonali né ai banchieri privati che non si rivolgono al pubblico per raccogliere depositi di capitali.

Capo quarto: Conti annuali e bilanci

Art. 6

1 Le banche devono allestire per ogni esercizio un rapporto di gestione che comprenda i conti annuali ed il rapporto annuale. Il Consiglio federale stabilisce in quali casi debba inoltre essere allestito un conto di gruppo.

2 Il rapporto di gestione deve essere allestito conformemente alle disposizioni del Codice delle obbligazioni¹ e a quelle della presente legge. Ove la situazione generale lo esiga, il Consiglio federale può autorizzare deroghe. La sua decisione verrà pubblicata.

3 Il Consiglio federale designa le banche che devono allestire una chiusura intermedia.

4 I conti annuali, i conti di gruppo e le chiusure intermedie devono essere pubblicati o resi accessibili al pubblico.

5 Il Consiglio federale stabilisce quali elementi devono figurare nei conti annuali, nei conti di gruppo e nelle chiusure intermedie e prescrive in quale forma ed entro quali termini essi debbano essere pubblicati o resi accessibili al pubblico.

¹ RS 220.

6 I capoversi 3 e 4 non si applicano ai banchieri privati che non si rivolgono al pubblico per raccogliere depositi di capitali.

Capo quinto: Relazioni delle banche con la Banca nazionale svizzera*)

Art. 7*)

1 Le banche devono presentare i loro conti annuali alla Banca nazionale svizzera.

2 Se l'importanza o il genere d'attività d'una banca lo giustifichi, la Banca nazionale può, inoltre, esigere che le siano presentati bilanci semestrali dettagliati e bilanci intermedi trimestrali o mensili.

3 La Banca nazionale può esigere dalle banche ulteriori schiarimenti su questi bilanci. Essa può inoltre chiedere altre informazioni ma unicamente allo scopo di agevolare l'adempimento del compito assegnatole dall'articolo 2 della legge federale del 23 dicembre 1953¹ sulla Banca nazionale svizzera.

4 La Banca nazionale disciplina, dopo aver consultato le banche, la procedura d'informazione; essa può, segnatamente, prescrivere l'impiego di moduli uniformi.

5 La Banca nazionale prende i provvedimenti necessari per poter sorvegliare l'evolversi delle operazioni finanziarie effettuate in franchi svizzeri.

Art. 8

1 In caso di efflussi eccezionali di capitali a breve scadenza che possono minacciare seriamente la politica monetaria e valutaria svizzera, il Consiglio federale può ordinare alle banche l'ottenimento dell'autorizzazione della Commissione delle banche prima della conclusione o della partecipazione alle seguenti operazioni:

a. collocamento o assunzione di obbligazioni di prestito, di mandati di pagamento o di altri titoli obbligazionari emessi da debitori con domicilio o sede all'estero oppure di diritti aventi la medesima

¹ RS 951.11. Ora: L sulla Banca nazionale.

funzione, ma non incorporati in un titolo (diritti-valori), o di altri strumenti derivati (derivati);

b. costituzione, acquisto a trasferimento di crediti contabili di qualsiasi natura nei confronti di debitori con domicilio o sede all'estero.

2 La Banca nazionale può negare la propria autorizzazione o subordinarla a determinate esigenze se l'attuazione di una politica monetaria e valutaria conforme lo esige. L'esame dei rischi vincolati a un'operazione non spetta alla Banca nazionale.

3 La Banca nazionale può, se del caso, emanare disposizioni di esecuzione dell'ordinanza del Consiglio federale.

Art. 9*)

1 La Banca nazionale svizzera deve serbare il segreto sulle informazioni e comunicazioni che riceve.

2 Essa pubblica statistiche che ricapitolano, globalmente o per gruppi, i conti annuali, i bilanci intermedi e le informazioni delle banche.

Art. 10

Abrogato

Capo sesto: Rimborso del capitale sociale; disposizioni speciali sulle banche cooperative

Art. 11

1 Per la riduzione del capitale sociale mediante il riscatto di azioni, le banche costituite in società anonime o in società in accomandita per azioni, devono osservare le disposizioni a ciò relative del Codice delle obbligazioni¹, con riserva delle norme seguenti:

a. l'assemblea generale non può decidere la riduzione del capitale, se non quando dal rapporto speciale di revisione risulti accertato

¹ RS 220.

che anche dopo quest'operazione i crediti dei terzi rimarranno integralmente coperti e la liquidità della banca resterà assicurata;

- b. la riduzione del capitale può essere eseguita quando siano spirati due mesi a contare dal giorno in cui la decisione e la diffida ai creditori sono state pubblicate nelle forme prescritte dallo statuto e dopo che i creditori, che abbiano notificato i loro crediti entro questo termine, sono stati pagati o hanno ottenuto delle garanzie;
- c. l'utile contabile che risultasse dalla riduzione del capitale deve essere versato al fondo di riserva in quanto non sia assorbito dall'ammortamento di attivi pericolanti o dalla costituzione di riserve per tali attivi.

2 Le disposizioni del capoverso 1 si applicano per analogia alla riduzione del capitale sociale d'una società a garanzia limitata, come pure alla riduzione o alla soppressione dei certificati di quota di una società cooperativa.¹

Art. 12

1 Le banche costituite in forma di società cooperative non possono rimborsare le quote dei soci uscenti se non dopo che siano stati approvati i conti del quarto anno d'esercizio successivo alla dichiarazione di recesso. È equiparata a questa dichiarazione qualsiasi altra causa di perdita della qualità di socio.

2 Fino a che siano rimborsate, le quote dei soci uscenti rispondono dei debiti della società.

3 Il rimborso può essere eseguito soltanto se i crediti risultano pienamente coperti ed è garantita la liquidità.*)

Art. 13

1 Una banca commerciale non può più essere istituita in forma di società cooperativa.

¹ Introdotta dall'art. 17 n. 1 disp. fin. e trans. tit. XXIV-XXXIII CO, in vigore dal 1° lug. 1937 (RS 220 in fine).

2 Allorché una società cooperativa già esistente assume in seguito il carattere di una banca commerciale, la Commissione delle banche le assegna un termine per trasformarsi in società anonima, in società in accomandita per azioni o in società a garanzia limitata.¹

3 Nel dubbio, spetta alla Commissione delle banche decidere se una banca abbia il carattere di una banca commerciale.

Art. 14

1 Per evitare la liquidazione a una banca cooperativa che si trasformi in società anonima o in società in accomandita per azioni, il Consiglio federale è autorizzato ad emanare norme di carattere generale o per singoli casi, che facilitino questa trasformazione. Può, tenendo conto in modo adeguato degli interessi dei soci e dei creditori, derogare al Codice delle obbligazioni² e alla legge federale dell'11 aprile 1889³ sulla esecuzione e sul fallimento.

2 Le azioni emesse dopo la conversione delle quote sociali sono esentate dalla tassa di emissione prevista dagli articoli 18 a 20 della legge federale del 4 ottobre 1917⁴ sulle tasse di bollo, a condizione che la tassa sulle quote sociali convertite sia già stata pagata, che le azioni non siano state date se non a vecchi soci di cooperativa e che il loro valore nominale non superi il capitale versato a titolo di quote sociali convertite.

3 Per il trapasso degli attivi della società cooperativa alla società per azioni, né la Confederazione né i Cantoni potranno prelevare tasse di mutazione o di registrazione.

4 Le norme dei capoversi 1, 2 e 3 si applicano per analogia alla trasformazione d'una banca cooperativa in una società a responsabilità limitata.⁵

¹ Nuovo testo giusta l'art. 17 n. 2 disp. fin. e trans. tit. XXIV-XXXIII CO, in vigore dal 1° lug. 1937 (RS 220 in fine).

² RS 220.

³ RS 281.1.

⁴ [CS 6 105; RU 1966 384 art. 68 n. 1. RS 641.10 art. 53 cpv. 1 lett. a]. Ora: prevista dall'art. 5 cpv. 1 lett. a della LF del 27 giu. 1973 (RS 641.10).

⁵ Introdotto dall'art. 17 n. 3 disp. fin. e trans. tit. XXIV-XXXIII CO, in vigore dal 1° lug. 1937 (RS 220 in fine).

Capo settimo: Depositi a risparmio

Art. 15

1 *I depositi designati con l'espressione «risparmio» in qualunque combinazione di parole possono essere accettati soltanto dalle banche che pubblicano i loro conti. Tutte le altre imprese non sono legittimate ad accettare depositi a risparmio e non hanno il diritto di utilizzare l'espressione «risparmio» nella ragione sociale, nella designazione dello scopo sociale e nella pubblicità d'affari in relazione con i depositi effettuati presso di loro.*

2 Nel caso di fallimento della banca, i depositi a risparmio sono collocati nella terza classe dei crediti fino a un importo di cinquemila franchi per ogni deponente. I depositi a risparmio, in quanto superino questa somma, sono collocati nella quarta classe dei crediti fino a un altro importo di cinquemila franchi. Anche se il libretto è intestato a più persone, esso è considerato come se fosse d'un solo deponente.*)

3 Le disposizioni del capoverso 2 non sono applicabili ai depositi a risparmio garantiti da un Cantone.

Art. 16

1 I Cantoni sono autorizzati a istituire in favore dei depositi a risparmio di cui all'articolo 15 capoverso 1, versati sul conto d'un ufficio bancario esistente sul loro territorio, un diritto di pegno legale fino all'importo di cinquemila franchi, sopra le cartevalori e sopra gli altri crediti degli uffici bancari che ricevono questi depositi; questo diritto è dispensato dalle formalità prescritte dal Codice civile svizzero¹ circa il pegno mobiliare.*)

2 I Cantoni che istituiscono questo privilegio devono definire con la debita chiarezza gli oggetti di pegno in modo da garantire sufficientemente i diritti dei terzi, ed emanare le necessarie norme sui valori ammessi come garanzia e sulla conservazione della garanzia stessa.

3 ...²

¹ RS 210.

² Abrogato dal n. II 55 della LF del 15 dic. 1989 concernente l'approvazione di atti legislativi dei Cantoni da parte della Confederazione (RU 1991 362; FF 1988 II 1149).

4 Nel caso di fallimento d'un istituto in un Cantone che ha istituito un diritto di pegno legale, il ricavo della liquidazione del pegno è dedotto dall'importo privilegiato in virtù dell'articolo 15 capoverso 2.

Capo ottavo: Contratti di pegno

Art. 17

1 Una banca che vuol riservarsi il diritto d'impegnare i valori da essa stessa ricevuti in pegno o di darli a riporto, deve procurarsi, mediante atto speciale, il consenso di chi li ha costituiti in pegno.

2 La banca non deve mai dare in pegno ad altri valori impegnati né darli a riporto per una somma superiore a quella di cui era essa stessa creditrice verso il suo proprio debitore pignoratizio. Essa deve inoltre aver cura che nessun altro diritto venga costituito in favore di terzi per un valore che superi la detta somma.

Capo nono: Vigilanza e revisione

Art. 18

1 Le banche hanno l'obbligo di far verificare ogni anno i loro conti annuali da revisori estranei all'istituto.

2 *Abrogato*

Art. 19

1 I revisori accertano se i conti annuali sono allestiti, tanto dal lato formale quanto da quello materiale, in conformità delle norme legali, degli statuti e dei regolamenti, delle disposizioni della presente legge e del regolamento esecutivo nonché delle disposizioni di diritto cantonale sul privilegio legale in favore dei depositi a risparmio e se sono state rispettate le condizioni d'autorizzazione.*)

2 La banca ha l'obbligo di mettere in ogni momento a disposizione dei revisori tutti i libri, i documenti giustificativi e gli atti usualmente impiegati nel sistema bancario svizzero per la verifica e valuta-

zione degli attivi e passivi, come anche di fornire i ragguagli di cui hanno bisogno per l'adempimento del loro compito.*)

3 Se la banca possiede già un organo di controllo che presenti garanzie sufficienti di competenza, i rapporti di quest'ultimo devono essere sottoposti ai revisori. Si eviterà, per quanto possibile, un doppio controllo.

Art. 20

1 Le revisioni possono essere affidate soltanto a sindacati di revisione e a società fiduciarie riconosciute come uffici di revisione per le banche. I requisiti per il riconoscimento di questi uffici sono stabiliti dal regolamento esecutivo. Spetta alla Commissione delle banche decidere se i requisiti esistano nei singoli casi.

2 I sindacati di revisione e le società fiduciarie riconosciute come uffici di revisione devono unicamente occuparsi di revisioni e di affari che siano in diretta relazione con questo genere di attività, come operazioni di controllo, di liquidazione, di assestamento finanziario. È loro vietato di assumere operazioni bancarie vere e proprie e l'amministrazione di beni. La Commissione delle banche delimiterà in un regolamento la sfera d'attività degli uffici di revisione.

3 L'ufficio incaricato della revisione dev'essere indipendente dalla direzione e dall'amministrazione della banca da verificarsi.

4 La revisione sarà compiuta con tutta la diligenza che si richiede da un revisore serio e qualificato.

5 Salvo che verso gli organi competenti della banca verificata e verso la Commissione delle banche, gli uffici di revisione osserveranno il segreto sugli accertamenti fatti durante la loro ispezione.

Art. 21

1 Il rapporto di revisione deve contenere il risultato degli accertamenti fatti in conformità dell'articolo 19 capoverso 1. Da esso si deve inoltre poter desumere in modo chiaro la proporzione esistente fra gli investimenti e i crediti all'estero, da una parte, e la somma complessiva del bilancio, dall'altra. Il regolamento esecutivo stabilisce norme particolareggiate circa gli elementi che devono figurare in questi rapporti.

2 Il rapporto di revisione è comunicato agli organi della direzione superiore, della vigilanza e del controllo, responsabili secondo la legge, lo statuto, il contratto di società o il regolamento. Se la banca è una persona giuridica, il rapporto di revisione è consegnato anche all'organo di controllo previsto dal Codice delle obbligazioni¹.*)

3 I revisori, ove accertino infrazioni alle prescrizioni legali o altre irregolarità, devono invitare la banca a rimediare alla situazione entro un termine adeguato. Trascorso invano questo termine, essi devono far rapporto alla Commissione delle banche.*)

4 Se appare inutile stabilire un termine giusta il capoverso 3 o se i revisori accertano reati, irregolarità gravi, la perdita della metà dei fondi propri o altri fatti tali da compromettere la sicurezza dei creditori oppure se non possono più confermare che i crediti sono ancora coperti dagli attivi, ne riferiscono senz'indugio alla Commissione delle banche.*)

Art. 22*)

1 Le spese della revisione sono sostenute dalla banca interessata. Il calcolo avviene secondo le tariffe approvate dalla Commissione delle banche.

2 In caso di fallimento della banca, le pretese dei revisori fondate sul presente articolo sono collocate nella terza classe dei crediti.

Capo decimo: Commissione federale delle banche

Art. 23*)

1 Il Consiglio federale nomina una Commissione federale delle banche composta di 7 a 9 membri e ne designa il presidente e i due vicepresidenti. Ad essa è affidata in proprio la vigilanza su le banche e i fondi d'investimento. La Commissione dispone di una segreteria permanente.

2 La Commissione, che può articolarsi in una camera delle banche

¹ RS 220.

e in una camera dei fondi d'investimento, emana un regolamento interno che deve essere approvato dal Consiglio federale.

3 Essa presenta almeno una volta ogni anno al Consiglio federale un rapporto sulla propria attività. Essa tratta con il Consiglio federale per il tramite del Dipartimento federale delle finanze e delle dogane.

4 Le spese della Commissione e della sua segreteria sono a carico della Confederazione. La Commissione riscuote nondimeno degli emolumenti per le proprie decisioni. Le disposizioni particolareggiate sono contenute nel regolamento d'esecuzione.

5 I membri della Commissione devono essere versati in materia. I presidenti, vicepresidenti, delegati o membri del comitato direttivo del consiglio d'amministrazione di una banca, come pure i membri della direzione d'una banca, di un ufficio di revisione riconosciuto o della direzione di un fondo d'investimento non possono far parte della Commissione.

Art. 23^{bis}*)

1 La Commissione delle banche prende le decisioni necessarie all'applicazione della legge e vigila sull'osservanza delle prescrizioni legali.

2 La Commissione può richiedere ai revisori e alle banche tutte le informazioni e i documenti che le occorrono per l'adempimento del proprio compito; essa ha facoltà di chiedere rapporti ai revisori, segnatamente il rapporto di revisione d'una banca, e di ordinare revisioni straordinarie.

Art. 23^{ter}*)

1 La Commissione delle banche, se accerta violazioni della legge o viene a conoscenza di altre irregolarità, ingiunge i provvedimenti necessari al ripristino dell'ordine legale e alla soppressione delle irregolarità.

1^{bis} Ai fini dell'esecuzione dell'articolo 3 capoverso 2 lettera c^{bis} e capoverso 5 della presente legge, la Commissione delle banche può in particolare sospendere il diritto di voto vincolato alle azioni o alle quote di un azionista o di un socio avente una partecipazione qualificata.

2 La Commissione può prendere essa stessa, a spese della banca in mora, i provvedimenti prescritti qualora, nonostante l'ingiunzione, una sua decisione esecutiva non sia rispettata entro il termine stabilito.

3 Se una banca rifiuta di sottoporsi a una decisione esecutiva, la Commissione può anche pubblicarla nel *Foglio ufficiale svizzero di commercio* o renderla nota in altro modo. Siffatto provvedimento deve essere dapprima comminato.

4 La Commissione, qualora venga a conoscenza di violazioni degli articoli 46, 49 e 50 della presente legge, ne informa senz'indugio il Dipartimento federale delle finanze e delle dogane. Se essa viene a conoscenza di violazioni degli articoli 47 e 48 della presente legge o di crimini o delitti di diritto comune, ne informa l'autorità cantonale competente.

Art. 23^{quater} *)

1 La Commissione delle banche può delegare un perito come osservatore presso una banca i cui creditori rischiano d'essere seriamente lesi nei propri interessi da gravi irregolarità. Il compito può essere affidato all'ufficio di revisione previsto nella presente legge. Le spese sono a carico della banca.

2 L'osservatore vigila sull'attività degli organi direttivi della banca, segnatamente sull'esecuzione dei provvedimenti ordinati dalla Commissione che egli tiene costantemente informata. Per tale scopo egli gode del diritto illimitato di prendere visione degli affari, dei libri e degli atti della banca senza pertanto essere autorizzato a intervenire nell'attività dell'istituto.

Art. 23^{quinquies} *)

1 La Commissione delle banche revoca l'autorizzazione d'esercitare alla banca che non adempie più le condizioni richieste o che viola gravemente i propri obblighi legali.

2 La revoca dell'autorizzazione provoca lo scioglimento delle persone giuridiche, delle società in nome collettivo e di quelle in accomandita e la cancellazione delle ditte individuali dal registro di commercio. La Commissione designa il liquidatore e vigila sull'attività di quest'ultimo.

Art. 23^{sexies}

1 *Ai fini dell'esecuzione della presente legge, la Commissione delle banche può chiedere informazioni e documenti alle autorità estere di vigilanza delle banche e dei mercati finanziari.*

2 *La Commissione delle banche può trasmettere alle autorità estere di vigilanza sulle banche o sui mercati finanziari informazioni e documenti non accessibili al pubblico, a condizione che tali autorità:*

- a. *utilizzino queste informazioni esclusivamente per la vigilanza diretta di banche o di altri intermediari finanziari sottoposti al regime dell'autorizzazione;*
- b. *siano vincolate dal segreto d'ufficio o dal segreto professionale; e*
- c. *queste informazioni non vengano trasmesse a autorità competenti e a organismi incaricati di compiti di vigilanza nell'interesse pubblico senza il consenso della Commissione delle banche o in virtù di un'autorizzazione generale fondata su un trattato internazionale. La trasmissione di informazioni alle autorità penali non è ammessa quando l'assistenza giudiziaria in materia penale è esclusa. La Commissione delle banche decide d'intesa con l'Ufficio federale di polizia.*

3 *La legge federale sulla procedura amministrativa¹ è applicabile se le informazioni che devono essere trasmesse dalla Commissione delle banche concernono singoli clienti di una banca.*

Art. 24*)

Contro le decisioni della Commissione delle banche è ammesso il ricorso di diritto amministrativo al Tribunale federale, in conformità del titolo quinto della legge federale del 16 dicembre 1943² sull'organizzazione giudiziaria.

¹ RS 172.021.

² RS 173.110.

Capo undicesimo: Proroga delle scadenze

Art. 25

1 Le banche che devono far fronte in modo prolungato a ritiri di denaro straordinariamente forti, possono chiedere al Consiglio federale d'essere messe al beneficio di una proroga delle scadenze.

2 Le scadenze non possono essere prorogate in favore di banche se non quando sia stabilito, da un rapporto speciale di revisione, che i creditori sono interamente coperti e che il servizio degli interessi sui capitali affidati da terzi potrà essere continuato durante la proroga.

Art. 26

La proroga può essere concessa per il complesso degli impegni della banca o per certe categorie di essi, ad eccezione degli interessi sui capitali affidati da terzi; essa può estendersi all'importo totale o ad importi parziali degli impegni.

Art. 27

Prima di pronunciarsi su di una domanda di proroga, il Consiglio federale consulta la Banca nazionale e la Commissione delle banche.*) Le misure di protezione da prendere sono fissate in ogni singolo caso, applicando per analogia gli articoli 29 a 35. La proroga dev'essere limitata.

Art. 28

Ove risultati, successivamente, che la banca non adempie più alle condizioni per ottenere la proroga delle scadenze, il Consiglio federale revoca questa proroga e la banca può iniziare la procedura prevista negli articoli 29 o 35 capoverso 2.

Capo dodicesimo: Moratoria

Art. 29

1 Una banca che non è in grado di soddisfare alla scadenza i propri impegni può chiedere al giudice competente di concederla una

moratoria. A questo scopo, essa deve allegare alla domanda uno stato della situazione, i conti annuali, i rapporti di gestione e i processi verbali esistenti degli ultimi cinque anni.

1^{bis} Il giudice designa un commissario provvisorio al quale è attribuita la medesima competenza di quello ordinario fino alla decisione sulla domanda di moratoria o all'apertura del fallimento. L'ufficio di revisione previsto nella presente legge può essere designato commissario provvisorio. Gli atti giuridici compiuti dalla banca nel periodo fra la chiusura degli sportelli o la presentazione della domanda di moratoria e la designazione del commissario provvisorio sono considerati nulli nei confronti dei creditori.*)

1^{ter} Se una banca ha chiesto la moratoria, il giudice del fallimento differisce la dichiarazione di fallimento finché la domanda di moratoria sia decisa.*)

2 Il giudice concede la moratoria per un anno, a condizione che risulti dallo stato della situazione che i crediti sono coperti. Ove le circostanze lo giustifichino, la moratoria può essere dal giudice prorogata di un anno.

3 Il giudice rende pubblica la moratoria e notifica la sua decisione all'ufficio d'esecuzione, al giudice del fallimento e alla Commissione delle banche.

4 I Governi cantonali istituiranno un'unica istanza cantonale come giudice della moratoria.

Art. 30

1 Se il giudice concede la moratoria, designa una o più persone idonee per le funzioni di commissario. Può essere designata come commissario anche una persona giuridica, in particolar modo una banca o una società fiduciaria.

2 Il commissario è posto sotto la vigilanza del giudice, che può revocarlo per motivi gravi.

3 Contro le decisioni illegali del commissario, i creditori e la banca possono ricorrere al giudice; il ricorso dev'essere presentato in iscritto entro dieci giorni da che hanno avuto notizia della decisione. Contro la decisione del giudice è ammesso il ricorso al Tribunale federale.

Art. 31

Immediatamente dopo nominato, il commissario stabilisce la situazione patrimoniale della banca col concorso d'un ufficio di revisione. Ne riferisce il risultato al giudice e alla banca e prende le misure necessarie per la continuazione dell'esercizio dell'istituto.

Art. 32

1 La moratoria ha gli effetti enunciati nell'articolo 297 della legge federale dell'11 aprile 1889¹ sulla esecuzione e sul fallimento.*)

2 Durante la moratoria, la banca continua le sue operazioni sotto la vigilanza del commissario e conformandosi alle sue istruzioni; è però ad essa vietato di compiere atti giuridici tali da nuocere agli interessi legittimi dei creditori o da favorire certi creditori a detrimento degli altri. Qualsiasi rimborso ai creditori è subordinato al consenso del commissario. Questo può ordinare, secondo il suo prudente criterio, dei rimborsi di crediti scaduti che non eccedano un certo limite; in questo caso si dovrà tener conto, in adeguata misura, degli interessi dei creditori privilegiati in virtù d'una legge o d'un contratto, come pure di quelli dei piccoli creditori. Questi pagamenti non dovranno essere superiori alla metà delle somme che sono coperte secondo lo stato patrimoniale allestito dal commissario.

3 Durante la moratoria, il giudice può in ogni tempo prendere altre misure determinate dalla situazione e conformi agli interessi della banca o dei creditori. Può, in modo particolare, disporre che la conclusione di nuovi affari, l'alienazione di fondi, la costituzione di pegni o la presentazione di fidejussioni abbisognino, per la loro validità, del consenso del commissario; siffatte misure devono essere pubblicate.

4 La banca ha l'obbligo di presentare al giudice tutti i suoi registri e documenti giustificativi, nonché di fornirgli tutti gli schiarimenti che le sono richiesti. Il commissario deve essere per tempo invitato a prendere parte alle deliberazioni degli organi della banca. Egli stesso può provocare queste deliberazioni.

Art. 33

1 Allorché la banca intenda operare un risanamento stragiudiziale

¹ RS 281.1.

o concludere un concordato, il commissario deve allegare il suo preavviso alle proposte destinate agli organi della società, ai creditori o all'autorità dei concordati.

2 Ove il commissario reputi che la moratoria non è più necessaria, può proporre al giudice di dichiararla estinta; questa decisione dev'essere pubblicata.

Art. 34

Su proposta del commissario o di un creditore, il giudice deve revocare la moratoria e pubblicare la sua decisione:

- a. allorché la banca ha ottenuto la moratoria allegando dei fatti inesatti;
- b. allorché la banca contravviene alle istruzioni del commissario o lede gli interessi legittimi dei creditori o favorisce certi creditori a detrimento degli altri.

Art. 35

1 Qualora, durante la moratoria, un risanamento stragiudiziale risulti attuabile, il giudice può, eccezionalmente, prorogare di sei mesi la moratoria.

2 Al contrario, ove risulti, durante la moratoria, che la banca è oberrata o che allo spirare della moratoria essa non sarà in grado di soddisfare alla scadenza i propri impegni o di attuare un risanamento extragiudiziale, il giudice incarica il commissario di chiedere al giudice competente l'immediata dichiarazione di fallimento, salvo che la banca presenti una domanda di concordato. Non è ammesso il differimento della dichiarazione di fallimento, previsto negli articoli 725 capoverso 4¹ e 903 capoverso 5 del Codice delle obbligazioni².*)

3 Nel caso di fallimento, il commissario esercita le funzioni attribuite all'amministrazione del fallimento; nel caso di concordato, egli ne è il commissario.

¹ Ora: art. 725a cpv. 1 e 2.

² RS 220.

Capo tredicesimo: Norme speciali in materia di fallimento e di concordato

Art. 36

1 Nel caso di fallimento, il giudice che ne pronuncia la dichiarazione, nomina l'amministrazione della massa, a meno che non sia già stato designato a questo scopo un commissario.

2 L'amministrazione del fallimento esercita tutti i diritti, compresi quelli dell'assemblea dei creditori. Contro le sue decisioni è ammesso, entro dieci giorni a contare da che se ne ha avuto notizia, il ricorso al giudice del fallimento che è l'unica istanza cantonale di ricorso. Contro la decisione di questo ultimo è ammesso il ricorso al Tribunale federale.

3 I crediti risultanti dai libri della banca sono considerati come notificati.*)

4 I Governi cantonali istituiscono un'unica istanza cantonale come giudice del fallimento.*)

5 Il Tribunale federale può emanare, per la procedura di fallimento, altre norme che derogano alla legge federale dell'11 aprile 1889¹ sulla esecuzione e sul fallimento.*)

Art. 37

1 Se una banca presenta domanda di concordato, l'autorità competente nomina un'amministrazione provvisoria cui è attribuita la medesima competenza dell'amministrazione ordinaria, fino alla decisione sulla domanda o all'apertura del fallimento. L'ufficio di revisione previsto nella presente legge può essere designato come amministrazione provvisoria. Se è già stato designato un commissario, egli fungerà anche da amministratore provvisorio. Gli atti giuridici compiuti dalla banca nel periodo fra la chiusura degli sportelli o la presentazione di una domanda di concordato e la designazione dell'amministrazione provvisoria sono considerati nulli nei confronti dei creditori.*)

¹bis Se una banca ha chiesto il concordato, il giudice del fallimento differisce la dichiarazione di fallimento finché la domanda di moratoria sia decisa.*)

¹ RS 281.1.

1^{ter} L'autorità competente, se concede il concordato, nomina definitivamente un amministratore, a meno che non sia già stato designato a questo scopo un commissario.*)

2 Contro le decisioni dell'amministrazione è ammesso, entro dieci giorni da che se ne ha avuto notizia, il ricorso all'autorità dei concordati, come unica istanza cantonale di ricorso. Contro le decisioni di quest'autorità cantonale è ammesso il ricorso al Tribunale federale.

3 La moratoria in materia di concordato è di sei mesi; ove occorra, essa può essere prorogata di altri sei mesi.

4 I crediti risultanti dai libri della banca sono considerati come notificati.

5 Non vi è assemblea di creditori. I creditori devono essere invitati mediante pubblicazione a far valere le loro obiezioni contro il progetto di concordato depositato.

6 Il concordato non sarà omologato se non quando le condizioni stabilite nell'articolo 306 della legge federale dell'11 aprile 1889¹ sulla esecuzione e sul fallimento siano adempite e risulti inoltre da tutte le circostanze concomitanti che gli interessi del complesso dei creditori saranno meglio salvaguardati col concordato che con la liquidazione in via di fallimento.

7 Il concordato può prorogare per una durata adeguata i crediti coperti da pegni.

8 I Governi cantonali istituiranno un'unica istanza come autorità dei concordati.

9 Il Tribunale federale può emanare, per la procedura di concordato, altre norme che derogano alla legge federale sulla esecuzione e sul fallimento^{1.*})

Capo quattordicesimo: Responsabilità e disposizioni penali

Art. 38

1 Per le banche cantonali rimangono riservate le norme di diritto cantonale sulla responsabilità civile.

2 Per i banchieri privati la responsabilità civile è retta dal Codice delle obbligazioni.¹

3 Per le altre banche si applicano le disposizioni degli articoli 39 a 45.

Art. 39²

Chiunque, all'atto della fondazione di una banca o dell'emissione di azioni di quote sociali, di certificati di quota o di obbligazioni della banca, ha, sia intenzionalmente sia per negligenza cooperato a dare o a diffondere in programmi, manifesti, circolari o pubblicazioni analoghe, notizie inesatte o non conformi alle disposizioni legali, è responsabile verso i singoli soci (azionisti, soci d'una società a garanzia limitata, cooperativisti) od obbligazionisti del danno loro cagionato.

Art. 40

Chiunque ha preso parte alla fondazione di una banca è tenuto al risarcimento dei danni sia verso la banca stessa, sia verso i singoli soci e creditori:

1. se abbia intenzionalmente o per negligenza contribuito a che nello statuto o in una relazione dei promotori fossero incompletamente o inesattamente indicati, taciuti o dissimulati dei conferimenti ovvero delle assunzioni di beni o dei vantaggi accordati a singoli soci o ad altre persone, o se abbia in altro modo violato la legge all'atto dell'approvazione di una misura di tal genere;
2. se abbia intenzionalmente o per negligenza cooperato a far iscrivere la banca nel registro di commercio sulla base d'una attestazione o d'un documento contenente indicazioni non vere;
3. se abbia intenzionalmente cooperato a far accettare sottoscrizioni di persone insolventi.

Art. 41

Le persone incaricate della direzione vera e propria degli affari, o della direzione superiore, della vigilanza e del controllo d'una

¹ RS 220.

² Nuovo testo giusta l'art. 17 n. 4 disp. fin. e trans. tit. XXIV-XXXIII CO, in vigore dal 1° lug. 1937 (RS 220 in fine).

banca, rispondono sia verso la banca stessa sia verso i singoli soci e creditori del danno che ad essi hanno cagionato mancando, intenzionalmente o per negligenza, ai loro doveri.

Art. 42

I liquidatori o i commissari di una banca che, intenzionalmente o per negligenza, mancano ai doveri che sono loro imposti dalla legge o dallo statuto, rispondono nello stesso modo degli organi della banca del danno cagionato a quest'ultima, ai suoi soci o ai suoi creditori.

Art. 43

1 Quando la responsabilità di cui agli articoli 40 a 42 si riferisce ad un danno sofferto dalla banca e che non lede se non indirettamente un socio o un creditore di essa, questi non può chiedere se non il risarcimento dovuto alla banca.

2 I creditori della banca non possono far valere i loro diritti se non dopo la dichiarazione di fallimento.

3 Nel fallimento della banca, i diritti dei soci e dei creditori sono esercitati in primo luogo dall'amministrazione della massa. Se questa vi rinuncia, ogni socio o creditore può chiedere di esercitare egli stesso il proprio diritto. Ciò ch'egli ricava dev'essere attribuito in conformità della legge federale dell'11 aprile 1889¹ sulla esecuzione e sul fallimento.

4 Allorché l'assemblea generale ha liberato dalla responsabilità coloro che potrebbero essere azionati per risarcimento di danni, questa decisione non è opponibile all'azione di responsabilità di un socio se non quando questi vi abbia aderito, od abbia acquistato la sua qualità di socio posteriormente alla decisione e con perfetta conoscenza di causa, o quando non abbia intentato azione entro sei mesi a contare dalla decisione.

Art. 44

Le persone che rispondono di uno stesso danno rimangono obbligate solidalmente. Il diritto di regresso tra più interessati sarà determinato dal giudice secondo il grado di colpa di ciascuno di essi.

Art. 45

1 Le azioni di responsabilità di cui agli articoli 39 a 42 si prescrivono in cinque anni a contare dal giorno in cui la parte lesa è venuta a conoscenza del danno e di chi ne è l'autore, e, in ogni caso, in dieci anni dal giorno in cui il fatto dannoso si è verificato.

2 Se il risarcimento del danno deriva da un'infrazione sottoposta dalla legge ad una più lunga prescrizione, quest'ultima si applica all'azione civile.

Art. 46*)

- 1 Chiunque intenzionalmente:
 - a. senza aver ricevuto l'autorizzazione della Commissione delle banche, apre una banca, gestisce una sede, una succursale o un'agenzia di una banca estera o nomina un rappresentante permanente d'una banca estera;
 - b. omette di sollecitare l'autorizzazione suppletiva richiesta per le banche in mano straniera;
 - c. viola le condizioni poste all'autorizzazione;
 - d. usa indebitamente, nella ditta, nella designazione dello scopo dell'azienda o nella pubblicità, l'espressione «banca», «banchiere» o «risparmio»;
 - e. fa una pubblicità fallace o insistente ostentando la sede svizzera della banca o istituzioni svizzere;
 - f. *accetta indebitamente depositi del pubblico o depositi a risparmio;*
 - g. impegna i valori ricevuti in pegno o li dà a riporto, contrariamente all'articolo 17;

- h. conchiude un'operazione che rientra nell'articolo 8 senza averne prima informato la Banca nazionale o nonostante la sua opposizione o non osservando le condizioni poste da essa;
 - i. dà informazioni false alla Commissione delle banche, all'ufficio di revisione o alla Banca nazionale;
 - k. quale ufficio di revisione riconosciuto viola gravemente, eseguendo il controllo o allestendo il rispettivo rapporto, gli obblighi impostigli dalla presente legge o dalle disposizioni d'esecuzione segnatamente fornisce, nel rapporto di revisione, indicazioni false, dissimula fatti importanti, omette d'ingiungere alla banca sottoposta a revisione l'avvertimento prescritto dalla legge o non allestisce il rapporto che deve presentare alla Commissione delle banche;
 - l. non tiene regolarmente i libri della banca o non conserva conformemente alle prescrizioni i libri e i documenti giustificativi;
è punito con la detenzione fino a sei mesi o con la multa fino a 50 000 franchi.
- 2 Se il colpevole ha agito per negligenza, la pena è della multa fino a 30 000 franchi.

Art. 47*)

- 1 Chiunque rivela un segreto, che gli è confidato o di cui ha notizia nella sua qualità di membro di un organo, impiegato, mandatario, liquidatore o commissario, osservatore della Commissione delle banche o membro di un organo o impiegato di un ufficio di revisione riconosciuto, ovvero tenta di indurre a siffatta violazione del segreto professionale, è punito con la detenzione fino a sei mesi o con la multa fino a 50 000 franchi.
- 2 Se il colpevole ha agito per negligenza, la pena è della multa fino a 30 000 franchi.
- 3 La rivelazione del segreto è punibile anche dopo la cessazione della carica, della funzione o dell'esercizio della professione.

4 Restano riservate le disposizioni delle legislazioni federali e cantonali sull'obbligo di dare informazioni all'autorità o di testimoniare in giudizio.

Art. 48*)

Chiunque, in mala fede, danneggia, o compromette il credito d'una banca, della Banca nazionale svizzera o delle Centrali d'emissione di obbligazioni fondiarie asserendo o divulgando cose non vere è punito, su querela di parte, con la detenzione o la multa.

Art. 49*)

1 Chiunque, intenzionalmente:

- a. non allestisce o non pubblica i conti annui o i bilanci intermedi, conformemente alle prescrizioni dell'articolo 6;
- b. non sottopone i conti annui al controllo dell'ufficio di revisione riconosciuto od omette di far procedere alla revisione chiesta dalla Commissione delle banche;
- c. non adempie i propri obblighi verso l'ufficio di revisione;
- d. non ottempera a un'ingiunzione della Commissione delle banche intesa a ripristinare l'ordine legale o a sopprimere le irregolarità;
- e. omette di dare alla Commissione delle banche o alla Banca nazionale svizzera le debite informazioni;
- f. rimborsa quote dei soci contrariamente alle disposizioni dell'articolo 12; è punito con l'arresto o la multa fino a 20 000 franchi.

2 Se il colpevole ha agito per negligenza, la pena è della multa fino a 10 000 franchi.

Art. 50'

Chiunque, nonostante diffida con comminatoria della pena prevista nel presente articolo, disattende una norma della presente legge

¹ Nuovo testo giusta il n. 22 dell'all. al DPA, in vigore dal 1° gen. 1975 (RS 313.0).

o di una pertinente ordinanza o una decisione ufficiale presa in virtù di norme siffatte, è punito con una multa disciplinare fino a 5000 franchi.

Art. 50^{bis1}

Le disposizioni speciali della legge federale sul diritto penale amministrativo² (art. 14 a 18) sono applicabili.

Art. 51³

1 Alle infrazioni contemplate negli articoli 47 e 48 si applicano le disposizioni generali del Codice penale svizzero.⁴

2 Alle infrazioni contemplate negli articoli 46, 49, 50 e 50^{bis} si applicano le disposizioni generali della legge federale sul diritto penale amministrativo² (art. 2 a 13).

3 L'azione penale per le contravvenzioni si prescrive in cinque anni. In caso d'interruzione della prescrizione, il termine della stessa non può essere prolungato di più della metà.

Art. 51^{bis *}3

1 Il procedimento e il giudizio per le azioni punibili in conformità degli articoli 47 e 48 incombono ai Cantoni.

2 Le infrazioni contemplate negli articoli 46, 49, 50 e 50^{bis} sono perseguite e giudicate dal Dipartimento federale delle finanze e delle dogane, secondo le norme procedurali della legge federale sul diritto penale amministrativo.²

Capo quindicesimo: Disposizioni transitorie e finali

Art. 52⁵

¹ Introdotto dal n. 22 dell'all. al DPA, in vigore dal 1° gen. 1975 (RS 313.0).

² RS 313.0.

³ Nuovo testo giusta il n. 22 dell'all. al DPA, in vigore dal 1° gen. 1975 (RS 313.0).

⁴ RS 311.0.

⁵ Disp. trans. priva d'oggetto.

Art. 53

1 Con l'entrata in vigore della presente legge sono abrogati:

a.*) le disposizioni cantonali sulle banche, ad eccezione di quelle che si riferiscono alle banche cantonali, delle disposizioni sul diritto di pegno legale in favore dei depositi a risparmio conformi all'articolo 16, di quelle che disciplinano il commercio, a titolo professionale, delle cartevalori, come anche le disposizioni concernenti la vigilanza sul rispetto delle norme di diritto cantonale contro gli abusi in materia d'interesse;

b. l'articolo 57 del titolo finale del Codice civile svizzero.¹

2 Le disposizioni cantonali sul privilegio legale in favore dei depositi a risparmio cessano di essere valide se, entro tre anni a contare dall'entrata in vigore della presente legge, non sono state sostituite da nuove disposizioni che siano conformi agli articoli 15 e 16.

Art. 54

All'articolo 219 della legge federale dell'11 aprile 1889² sulla esecuzione e sul fallimento è fatta l'aggiunta seguente:

Terza classe

b. ...³

Art. 55*)

Art. 56

Il Consiglio federale fissa il giorno in cui la presente legge entra in vigore ed emana le disposizioni necessarie per la sua esecuzione.

Data dell'entrata in vigore: 1° marzo 1935⁴

¹ RS 210.

² RS 281.1.

³ Testo inserito nella L menzionata.

⁴ DCF del 26 feb. 1935 (RU 51 151).

Disposizione finale della modificazione dell'11 marzo 1971¹

II

1 Le banche e le società finanziarie fondate prima dell'entrata in vigore della presente legge² non devono sollecitare una nuova autorizzazione per continuare l'attività.

2 Le società finanziarie che d'ora in poi soggiacciono alla presente legge devono notificarsi alla Commissione federale delle banche entro tre mesi a contare dall'entrata in vigore della legge.²

3 Le banche e le società finanziarie devono adeguarsi, nel biennio successivo all'entrata in vigore della presente legge², alle prescrizioni dell'articolo 3 capoverso 2 lettere *a*, *c* e *d* e a quelle dell'articolo 3^{bis} capoverso 1 lettera *c*, altrimenti l'autorizzazione può essere revocata.

4 Per tener conto del carattere particolare delle società finanziarie e delle casse di credito a termine differito, il Consiglio federale è autorizzato a emanare prescrizioni speciali.

Disposizione finale della modificazione dell'18 marzo 1994

II

1 Le persone fisiche o giuridiche che, al momento dell'entrata in vigore della modificazione del 18 marzo 1994 della presente legge, detengono depositi del pubblico illegittimi ai sensi dell'articolo 1 capoverso 2, devono rimborsarli entro due anni dall'entrata in vigore della modificazione. La Commissione delle banche può, se sussistono circostanze particolari, prolungare o abbreviare il termine nei singoli casi.

2 Le società finanziarie di carattere bancario che, prima dell'entrata in vigore della presente modificazione e con l'autorizzazione della Commissione delle banche, si sono rivolte al pubblico per raccogliere depositi di capitali, sono dispensate dal richiedere una nuova autoriz-

¹ RU 1971 809; FF 1970 I 885.

² Questa legge è entrata in vigore il 1° lug. 1971 (art. 1 del DCF del 24 giu. 1971 – RS 952.001).

zazione per l'esercizio di un'attività bancaria. Esse devono soddisfare le disposizioni di cui agli articoli 4^{bis} e 4^{ter} entro un anno dall'entrata in vigore della legge.

3 Entro un anno dall'entrata in vigore della presente modificazione, le banche devono soddisfare le disposizioni dell'articolo 3 capoverso 2 lettere c^{bis} e d e dell'articolo 4 capoverso 2^{bis}.

4 Entro tre anni dall'entrata in vigore della presente modificazione, i cantoni devono garantire l'osservanza delle disposizioni dell'articolo 3a capoverso 1 e dell'articolo 18 capoverso 1. Ove la vigilanza ai sensi dell'articolo 3a capoverso 2 fosse trasferita alla Commissione delle banche prima dello spirare di questo termine, la condizione posta dall'articolo 18 capoverso 1 deve essere soddisfatta al momento del trasferimento.

5 Le persone fisiche o giuridiche che detengono, direttamente o indirettamente, una partecipazione qualificata ai sensi dell'articolo 3 capoverso 2 lettera c^{bis}, devono annunciarla alla Commissione delle banche entro un anno dall'entrata in vigore della presente modificazione.

6 Le banche sono tenute a procedere al primo annuncio annuale ai sensi dell'articolo 3 capoverso 6 al più tardi entro un anno dall'entrata in vigore della presente modificazione.

7 Entro tre mesi dall'entrata in vigore della presente modificazione, le banche organizzate secondo il diritto svizzero devono annunciare alla Commissione delle banche tutte le filiali, succursali, agenzie ed uffici di rappresentanza che hanno istituito all'estero.

Bundesgesetz über die Anlagefonds

Einleitung

Am 14. Dezember 1992 veröffentlichte der Bundesrat seine Botschaft an das Parlament zum revidierten Bundesgesetz über die Anlagefonds (BBl 1993 I 217). Die Kammern stimmten diesem Entwurf zu einem total revidierten Gesetz mit einigen Änderungen in ihrer Schlussabstimmung vom 18. März 1994 zu.

Nachstehend publizieren wir einen Text des neuen Anlagefondsgesetzes, welcher nach unseren Kenntnissen alle vom Parlament beschlossenen Änderungen enthält. Rechtskraft besitzt jedoch ausschliesslich der in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts voraussichtlich im Verlaufe dieses Jahres publizierte Text.

Bei Drucklegung des Bulletins stand das Datum des Inkrafttretens des neuen Gesetzes noch nicht fest.

Bundesgesetz über die Anlagefonds (Anlagefondsgesetz, AFG)

vom 18. März 1994

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 31^{bis} Absatz 2, 31^{quater}, 31^{sexies} Absatz 1, 64 und
64^{bis} der Bundesverfassung¹,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 14. Dezember
1992²,
beschliesst:*

1. Kapitel: Zweck, Begriffe und Geltungsbereich

Art. 1 *Zweck*

Dieses Gesetz bezweckt den Schutz des Anlegers.

Art. 2 *Begriffe*

1 Der Anlagefonds ist ein Vermögen, das aufgrund öffentlicher Werbung von den Anlegern zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage aufgebracht und von der Fondsleitung in der Regel nach dem Grundsatz der Risikoverteilung für Rechnung der Anleger verwaltet wird.

2 Als öffentlich gilt ohne Rücksicht auf die Form jede Werbung, die sich nicht bloss an einen eng umschriebenen Kreis von Personen richtet. Die bestehende Kundschaft eines Unternehmens gilt nicht zum vornherein als eng umschriebener Personenkreis.

Art. 3 *Geltungsbereich*

1 Diesem Gesetz sind Vermögen unterstellt, die aufgrund eines Kollektivanlagevertrags verwaltet werden.

¹ SR 101.

² BBl 1993 I 217.

2 Vermögen, die in anderer Form, insbesondere in gesellschaftsrechtlicher verwaltet werden, unterstehen diesem Gesetz nicht.

3 Ausländische Anlagefonds, deren Anteile in der Schweiz vertrieben werden, sind unabhängig von ihrer rechtlichen Ausgestaltung den einschlägigen Bestimmungen dieses Gesetzes unterstellt.

4 Der Bundesrat kann den Anlagefonds ähnliche Sondervermögen ganz oder teilweise dem Gesetz unterstellen oder diesem Gesetz unterstellte Vermögen von der Unterstellung ganz oder teilweise befreien, soweit der Schutzzweck des Gesetzes dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Art. 4 *Bankinterne Sondervermögen*

1 Banken dürfen zur kollektiven Verwaltung von Vermögen bestehender Kunden Sondervermögen schaffen.

2 Sie dürfen für diese Sondervermögen nicht öffentlich werben.

3 Sie beteiligen Kunden ausschliesslich aufgrund eines schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrags an einem bankinternen Sondervermögen. Sie dürfen keine Anteilscheine ausgeben.

4 Sachen und Rechte, die zum Sondervermögen gehören, fallen im Konkurs der Bank nicht in die Konkursmasse, sondern werden zugunsten der Anleger abgesondert.

5 Der Bundesrat kann einzelne Vorschriften dieses Gesetzes auf bankinterne Sondervermögen anwendbar erklären, insbesondere hinsichtlich Vertragsänderungen, Kündigungsrecht, Revision, Rechnungslegung sowie Informations- und Publikationsvorschriften.

Art. 5 *Schutz der Bezeichnung*

Für Vermögen, die nicht diesem Gesetz unterstehen, sowie für bankinterne Sondervermögen dürfen Bezeichnungen wie «Anlagefonds», «Investmentfonds» oder ähnliche Ausdrücke, die zu Täuschung oder Verwechslung Anlass geben können, nicht verwendet werden.

2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

1. Abschnitt: Kollektivanlagevertrag

Art. 6 *Begriff*

1 Durch den Kollektivanlagevertrag verpflichtet sich die Fondsleitung, den Anleger nach Massgabe der von ihm erworbenen Fondsanteile an einem Anlagefonds zu beteiligen und diesen gemäss den Bestimmungen des Fondsreglementes und des Gesetzes selbständig zu verwalten.

2 Die Depotbank nimmt nach Massgabe der ihr durch Gesetz und Fondsreglement übertragenen Aufgaben am Vertrag teil.

Art. 7 *Fondsreglement*

1 Die Fondsleitung stellt gemeinsam mit der Depotbank das Fondsreglement auf und unterbreitet es der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung.

2 Das Fondsreglement umschreibt die Rechte und Pflichten von Fondsleitung, Depotbank und Anleger.

3 Es enthält insbesondere die Bestimmungen über:

- a. den Namen des Anlagefonds sowie Firma und Sitz der Fondsleitung und der Depotbank;
- b. die Richtlinien der Anlagepolitik; ist sie mit besonderen Risiken verbunden, so müssen diese ausdrücklich erwähnt und für den Anleger erkennbar sein;
- c. die Berechnung der Preise für Ausgabe und Rücknahme von Fondsanteilen;
- d. die Verwendung des Reinertrags und der Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Sachen und Rechten;
- e. die Art und die Berechnung aller Vergütungen an die Fondsleitung und an die Depotbank, einschliesslich der Emissions- und Rücknahmekommissionen, sowie die Courtagen oder die besonderen Spesenvergütungen, die in Rechnung gestellt werden dürfen;

- f. das Rechnungsjahr;
 - g. die Stellen, bei denen der Prospekt, das Fondsreglement und der Rechenschaftsbericht aufliegen und bezogen werden können;
 - h. die Publikationsorgane (Schweizerisches Handelsamtsblatt sowie mindestens eine Tages- oder Wochenzeitung) und die Form der Veröffentlichungen, die den Anlagefonds betreffen;
 - i. die Laufzeit des Anlagefonds und die Kündigungsfrist für die Fondsleitung und die Depotbank;
 - k. die Unterteilung des Fonds in Segmente;
 - l. die Rechnungseinheit des Anlagefonds;
 - m. die Kündigungsfrist für Immobilien- und Hypothekarfonds;
 - n. die Voraussetzungen des Rückzahlungsaufschubes.
- 4 Der Name des Anlagefonds darf nicht zu Täuschungen oder Verwechslungen Anlass geben.

Art. 8 *Änderung des Fondsreglementes*

1 Auf gemeinsames Gesuch von Fondsleitung und Depotbank hin prüft die Aufsichtsbehörde eine Änderung des Fondsreglementes.

2 Die Fondsleitung muss eine vorgesehene Reglementsänderung im voraus je zweimal in den Publikationsorganen des Anlagefonds sowie nachträglich einmal im Jahres- oder Halbjahresbericht bekanntgeben. Dabei sind die Anleger auf die Möglichkeit hinzuweisen, bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen seit der letzten Publikation Einwendungen zu erheben oder die Auszahlung ihrer Anteile in bar zu verlangen.

3 Erheben Anleger Einwendungen, so überweist die Aufsichtsbehörde die Akten an den zuständigen Richter. Andernfalls entscheidet sie endgültig.

4 Die Aufsichtsbehörde oder der Richter veröffentlichen ihren Entscheid in den Publikationsorganen des Fonds.

2. Abschnitt: Fondsleitung

Art. 9 *Organisation*

- 1 Die Fondsleitung muss eine Aktiengesellschaft mit Sitz und Hauptverwaltung in der Schweiz sein. Zweck der Gesellschaft darf ausschliesslich die Ausübung des Fondsgeschäfts sein.
- 2 Sie muss ein Mindestkapital aufweisen. Der Bundesrat bestimmt den Betrag.
- 3 Das Aktienkapital ist in Namenaktien aufzuteilen.
- 4 Die Fondsleitung muss eine für die Erfüllung ihrer Aufgaben geeignete Organisation haben.
- 5 Die geschäftsführenden Personen der Fondsleitung müssen einen guten Ruf geniessen sowie nach Ausbildung und Erfahrung zur Erfüllung ihrer Aufgaben fähig sein.
- 6 Die geschäftsführenden Personen der Fondsleitung und der Depotbank müssen von der jeweils anderen Gesellschaft unabhängig sein.

Art. 10 *Bewilligungs- und Meldepflicht*

- 1 Die Fondsleitung bedarf zur Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit einer Bewilligung der Aufsichtsbehörde. Diese wird erteilt, wenn die Voraussetzungen betreffend Organisation, eigene Mittel und berufliche Qualifikation erfüllt sind.
- 2 Die Fondsleitung meldet der Aufsichtsbehörde die natürlichen und juristischen Personen, die an ihr direkt oder indirekt mit einem Mindestanteil an Kapital und Stimmen beteiligt sind oder die ihre Geschäftstätigkeit unmittelbar oder mittelbar massgebend beeinflussen können.

Art. 11 *Aufgaben*

- 1 Die Fondsleitung verwaltet den Anlagefonds für Rechnung der Anleger selbständig und in eigenem Namen; sie entscheidet insbesondere über die Ausgabe von Anteilen, die Anlagen, setzt Ausgabe-

und Rücknahmepreise sowie Gewinnausschüttungen fest und macht alle zum Anlagefonds gehörenden Rechte geltend.

2 Sie kann die Anlageentscheide sowie weitere Teilaufgaben delegieren, soweit dies im Interesse einer sachgerechten Verwaltung liegt. Für Handlungen der Beauftragten haftet sie wie für eigenes Handeln.

Art. 12 *Treuepflicht*

1 Die Fondsleitung und ihre Beauftragten wahren ausschliesslich die Interessen der Anleger.

2 Im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräusserung von Sachen und Rechten für den Anlagefonds darf die Fondsleitung weder für sich noch für Dritte Retrozessionen oder andere Vermögensvorteile irgendwelcher Art entgegennehmen, ausgenommen die im Fondsreglement vorgesehenen Vergütungen.

3 Die Fondsleitung und die für sie handelnden sowie die ihr nahestehenden natürlichen und juristischen Personen dürfen vom Fonds Anlagen auf eigene Rechnung nur zum Marktpreis übernehmen und ihm Anlagen aus eigenen Beständen nur zum Marktpreis abtreten. Die Übernahme oder Abtretung von Immobilienwerten ist untersagt.

Art. 13 *Eigene Mittel*

1 Zwischen den eigenen Mitteln der Fondsleitung und dem Gesamtvermögen der von ihr verwalteten Anlagefonds muss ein angemessenes Verhältnis bestehen. Der Bundesrat regelt dieses Verhältnis.

2 Die Fondsleitung darf die vorgeschriebenen eigenen Mittel weder in Fondsanteilen anlegen, die sie selber ausgegeben hat, noch ihren Aktionären oder diesen nahestehenden natürlichen und juristischen Personen ausleihen.

Art. 14 *Rechte*

1 Die Fondsleitung hat Anspruch auf die im Fondsreglement vorgesehenen Vergütungen, auf Befreiung von den Verbindlichkeiten, die sie in richtiger Erfüllung des Kollektivanlagevertrags eingegangen ist, und auf Ersatz der Aufwendungen, die sie zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten gemacht hat.

2 Diese Ansprüche werden aus Mitteln des Anlagefonds erfüllt; die persönliche Haftung der Anleger ist ausgeschlossen.

Art. 15 *Wechsel der Fondsleitung*

1 Die Rechte und Pflichten der Fondsleitung können von einer anderen Fondsleitung übernommen werden.

2 Der Übernahmevertrag zwischen der bisherigen und der neuen Fondsleitung bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form sowie der Zustimmung der Depotbank und der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

3 Die Aufsichtsbehörde genehmigt den Wechsel der Fondsleitung, wenn die gesetzlichen Vorschriften eingehalten sind und die Fortführung des Anlagefonds im Interesse der Anleger liegt.

4 Die bisherige Fondsleitung gibt den geplanten Wechsel vor der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde je zweimal in den Publikationsorganen des Anlagefonds sowie einmal im Jahres- oder Halbjahresbericht bekannt. Dabei sind die Anleger darauf hinzuweisen, dass sie bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen seit der letzten Publikation Einwendungen erheben oder die Auszahlung ihrer Anteile in bar verlangen können.

5 Erheben Anleger Einwendungen, so überweist die Aufsichtsbehörde die Akten an den zuständigen Richter. Andernfalls entscheidet sie endgültig.

6 Die Aufsichtsbehörde beziehungsweise der Richter veröffentlicht den Entscheid in den Publikationsorganen des Fonds.

Art. 16 *Absonderung des Fondsvermögens*

1 Sachen und Rechte, die zum Anlagefonds gehören, fallen im Konkurs der Fondsleitung nicht in die Konkursmasse, sondern werden zugunsten der Anleger abgesondert. Vorbehalten bleiben die Ansprüche der Fondsleitung (Art. 14).

2 Schulden der Fondsleitung, die sich nicht aus dem Kollektivanlagevertrag ergeben, können nicht mit Forderungen, die zum Anlagefonds gehören, verrechnet werden.

3. Abschnitt: Depotbank

Art. 17 *Organisation*

- 1 Die Depotbank muss eine Bank im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen¹ sein.
- 2 Sie muss eine für die Erfüllung ihrer Aufgaben geeignete Organisation haben.

Art. 18 *Bewilligungspflicht*

Die Depotbank bedarf zur Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit einer Bewilligung der Aufsichtsbehörde. Diese wird erteilt, wenn die organisatorischen Anforderungen (Art. 17) erfüllt sind.

Art. 19 *Aufgaben*

- 1 Die Depotbank bewahrt das Fondsvermögen auf. Sie kann das Fondsvermögen bei Dritten im In- oder Ausland aufbewahren. Die Haftung der Depotbank wird dadurch nicht aufgehoben.
- 2 Die Depotbank sorgt dafür, dass die Fondsleitung das Gesetz und das Fondsreglement beachtet, namentlich hinsichtlich:
 - a. der Anlageentscheide;
 - b. der Berechnung des Wertes der Anteile;
 - c. der Verwendung der Erträge des Fondsvermögens.
- 3 Die Depotbank besorgt die Ausgabe und Rücknahme der Fondsanteile sowie den Zahlungsverkehr für den Anlagefonds.
- 4 Im Fondsreglement können der Depotbank weitere Pflichten auferlegt werden.

Art. 20 *Treuepflicht*

- 1 Die Depotbank und ihre Beauftragten wahren ausschliesslich die Interessen der Anleger.

2 Im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Sachen und Rechten für den Anlagefonds darf die Depotbank weder für sich noch für Dritte Vermögensvorteile irgendwelcher Art entgegennehmen, ausgenommen die im Fondsreglement vorgesehenen Vergütungen.

3 Die Depotbank und die für sie handelnden sowie die ihr nahestehenden natürlichen und juristischen Personen dürfen vom Fonds Anlagen auf eigene Rechnung nur zum Marktpreis übernehmen und ihm Anlagen aus eigenen Beständen nur zum Marktpreis abtreten. Die Übernahme oder Abtretung von Immobilienwerten ist untersagt.

Art. 21 *Wechsel der Depotbank*

1 Die Rechte und Pflichten einer Depotbank können von einer anderen Depotbank übernommen werden.

2 Der Übernahmevertrag zwischen der bisherigen und der neuen Depotbank bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form sowie der Zustimmung der Fondsleitung und der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

3 Die Aufsichtsbehörde genehmigt den Wechsel der Depotbank, wenn die gesetzlichen Vorschriften eingehalten sind und die Fortführung des Anlagefonds im Interesse der Anleger liegt.

4 Die Fondsleitung gibt den geplanten Wechsel der Depotbank vor der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde je zweimal in den Publikationsorganen des Anlagefonds sowie einmal im Jahres- oder Halbjahresbericht bekannt. Dabei sind die Anleger darauf hinzuweisen, dass sie bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen seit der letzten Publikation Einwendungen erheben oder die Auszahlung ihrer Anteile in bar verlangen können.

5 Erheben Anleger Einwendungen, so überweist die Aufsichtsbehörde die Akten an den zuständigen Richter. Andernfalls entscheidet sie allein.

6 Die Aufsichtsbehörde beziehungsweise der Richter veröffentlicht den Entscheid in den Publikationsorganen des Fonds.

4. Abschnitt: Vertriebsträger

Art. 22 *Bewilligungspflicht*

- 1 Wer gewerbsmässig Anteile eines Anlagefonds anbietet oder vertreibt, ohne der Fondsleitung oder der Depotbank anzugehören, bedarf dazu einer Bewilligung der Aufsichtsbehörde.
- 2 Der Bundesrat legt die Bewilligungsvoraussetzungen fest.
- 3 Er kann die Bewilligung insbesondere von ausreichenden finanziellen und beruflichen Garantien der Vertriebsträger abhängig machen.
- 4 Er kann Vertriebsträger, die bereits einer anderen staatlichen Aufsicht unterstehen, von der Bewilligungspflicht befreien.

5. Abschnitt: Anleger

Art. 23 *Erwerb von Anteilen*

- 1 Der Anleger erwirbt durch seine Einzahlung Forderungen gegen die Fondsleitung auf Beteiligung am Vermögen und am Ertrag des Anlagefonds.
- 2 Bei Anlagefonds mit verschiedenen Segmenten ist der Anleger nur am Vermögen und am Ertrag jenes Segmentes berechtigt, an dem er beteiligt ist.
- 3 Der Ausgabepreis der Anteile wird wie folgt festgesetzt: Verkehrswert des Fondsvermögens im Zeitpunkt der Ausgabe geteilt durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile.
- 4 Der Anleger kann die Aushändigung eines Anteilscheins verlangen.

Art. 24 *Recht auf Kündigung*

- 1 Der Anleger kann den Kollektivanlagevertrag jederzeit kündigen und die Auszahlung seines Anteils am Anlagefonds in bar verlangen. Sofern Anteilscheine ausgegeben wurden, hat er diese zurückzugeben.

2 Der Bundesrat kann bei Fonds mit erschwerter Bewertung oder beschränkter Marktgängigkeit Ausnahmen vom Recht auf jederzeitige Kündigung vorsehen.

3 Der Bundesrat bestimmt, in welchen Fällen das Fondsreglement im Interesse der Gesamtheit der Anleger einen befristeten Aufschub für die Rückzahlung der Anteile vorsehen kann.

4 Die Aufsichtsbehörde kann in ausserordentlichen Verhältnissen im Interesse der Gesamtheit der Anleger einer Fondsleitung einen befristeten Aufschub für die Rückzahlung der Anteile gewähren.

5 Der Rücknahmepreis ist nach den gleichen Grundsätzen wie der Ausgabepreis auf den Tag der Auszahlung zu berechnen.

Art. 25 *Kündigungsrecht bei Hypothekarfonds*

1 Abweichend von Artikel 24 kann das Recht auf Kündigung von Anteilen eines Hypothekenanlagefonds durch das Fondsreglement ausgeschlossen werden. In der Werbung, im Fondsreglement und im Prospekt ist darauf hinzuweisen.

2 Anteile an Hypothekarfonds müssen an einer Börse kotiert sein; andernfalls müssen Fondsleitung oder Depotbank regelmässig die Kurse bekanntgeben, zu denen sie sich verpflichten, Anteile zu erwerben oder zu veräussern.

Art. 26 *Recht auf Auskunft*

1 Die Fondsleitung muss dem Anleger jederzeit die erforderlichen Auskünfte über die Grundlagen für die Berechnung des Ausgabe- und Rücknahmepreises der Anteile erteilen. Macht der Anleger ein berechtigtes Interesse an näheren Angaben über einzelne Geschäftsvorfälle vergangener Jahre geltend, so hat ihm die Fondsleitung auch darüber jederzeit Auskunft zu erteilen.

2 Der Richter kann verfügen, dass die Revisionsstelle oder ein anderer Sachverständiger den abklärungsbedürftigen Sachverhalt untersucht und dem Anleger darüber Bericht erstattet.

Art. 27 *Recht auf Erfüllung des Vertrags*

1 Erfüllen die Fondsleitung oder die Depotbank ihre vertraglichen

Pflichten nicht oder nicht gehörig, so kann der Anleger auf Erfüllung klagen, auch wenn das Urteil Auswirkungen auf alle Anleger haben kann.

2 Haben die Fondsleitung, die Depotbank sowie die für sie handelnden oder ihnen nahestehenden natürlichen oder juristischen Personen dem Anlagefonds widerrechtlich Vermögenswerte entzogen oder Vermögensvorteile vorenthalten oder diesem auf andere Weise Schaden zugefügt, so geht die Klage auf Leistung an den Anlagefonds.

Art. 28 *Vertreter der Anlegergemeinschaft*

1 Der Richter kann einen Vertreter der Anleger ernennen, wenn Schadenersatzansprüche auf Leistung an den Anlagefonds glaubhaft gemacht werden.

2 Er veröffentlicht die Ernennung in den Publikationsorganen des Anlagefonds.

3 Der Vertreter hat dieselben Rechte wie die Anleger.

4 Klagt der Vertreter auf Leistung an den Anlagefonds, so können die einzelnen Anleger dieses Klagerecht nicht mehr ausüben.

5 Die Kosten des Vertreters gehen zu Lasten des Anlagefonds, sofern sie nicht durch ein Urteil anders verteilt werden.

6. Abschnitt: Auflösung des Anlagefonds

Art. 29 *Auflösungsgründe*

1 Der Anlagefonds wird aufgelöst:

a. wenn er auf unbestimmte Zeit besteht: durch Kündigung der Fondsleitung oder der Depotbank. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens einen Monat;

b. wenn er auf eine bestimmte Laufzeit beschränkt ist: durch Zeitablauf, oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt, auf Antrag der Fondsleitung oder der Depotbank durch Verfügung der Aufsichtsbehörde über die vorzeitige Auflösung;

- c. durch Verfügung der Aufsichtsbehörde, wenn der Fondsleitung oder der Depotbank die Bewilligung zur Geschäftstätigkeit entzogen worden ist und nicht eine neue Fondsleitung oder Depotbank eingesetzt wird.
- 2 Die Fondsleitung gibt die Auflösung in den Publikationsorganen bekannt.

Art. 30 *Ausschluss der Rücknahme und der Ausgabe von Fondsanteilen*

Fondsanteile dürfen weder neu ausgegeben noch zurückgenommen werden, nachdem:

- a. die Fondsleitung oder die Depotbank gekündigt haben;
- b. die Auflösung des Fonds verfügt worden ist;
- c. der Fondsleitung oder der Depotbank die Bewilligung zur Geschäftsführung entzogen worden ist.

3. Kapitel: Anlagevorschriften

1. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmung

Art. 31

Die Fondsleitung darf Anlagen, die sie für den Anlagefonds erwirbt, weder direkt noch indirekt mit Fondsanteilen bezahlen.

2. Abschnitt: Effektenfonds

Art. 32 *Zugelassene Anlagen*

- 1 Die Fondsleitung von Effektenfonds darf nur in massenweise ausgegebene Wertpapiere und in nicht verkündete Rechte mit gleicher Funktion (Wertrechte) investieren, die an einer Börse oder an einem

andern geregelt, dem Publikum offenstehenden Markt gehandelt werden.

2 Der Bundesrat kann für Effektenfonds weitere Anlagen zulassen, namentlich solche, die nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft für Effektenfonds zugelassen sind.

3 Die Fondsleitung darf in begrenztem Umfang auch andere Wertpapiere und Wertrechte sowie angemessene flüssige Mittel halten.

Art. 33 *Verteilung der Anlagen*

1 Die Fondsleitung von Effektenfonds muss bei ihren Anlagen die Grundsätze der Risikoverteilung einhalten. Sie darf in der Regel nur einen bestimmten Höchstanteil des Fondsvermögens beim gleichen Schuldner oder Unternehmen anlegen.

2 Die mit den Wertpapieren oder Wertrechten erworbenen Stimmrechte bei einem Schuldner oder Unternehmen dürfen einen bestimmten Höchstanteil nicht überschreiten.

Art. 34 *Anlagetechniken und -instrumente*

1 Anlagen in Anteilen eines andern Anlagefonds sind bis zu einer bestimmten Höchstgrenze zulässig, unabhängig davon, ob diese Fonds von derselben oder von einer fremden Fondsleitung verwaltet werden.

2 Die Fondsleitung darf:

- a. Anlagen aus dem Fondsvermögen nur unter bestimmten Bedingungen ausleihen;
- b. für Rechnung des Fonds keine Leerverkäufe tätigen;
- c. Kredite nur vorübergehend und bis zu einer bestimmten Höchstgrenze aufnehmen;
- d. das Fondsvermögen nur im Rahmen der ordentlichen Verwaltung und bis zu einer bestimmten Höchstgrenze mit Pfandrechten belasten oder zur Sicherung übereignen;
- e. Anlagetechniken und spezielle Anlageinstrumente nur im Rahmen der ordentlichen Verwaltung einsetzen.

3. Abschnitt: Übrige Fonds

Art. 35

1 Anlagefonds, die weder Effektenfonds (2. Abschnitt) noch Immobilienfonds (4. Abschnitt) sind, gelten als übrige Fonds im Sinne dieses Abschnitts.

2 Die Fondsleitungen übriger Fonds dürfen auch in Anlagen investieren, die nur beschränkt marktgängig sind, hohen Kursschwankungen unterliegen, begrenzte Risikoverteilung aufweisen oder deren Bewertung erschwert ist.

3 Zulässig sind insbesondere Anlagen in Edelmetallen, Massenwaren (Commodities), Optionen, Terminkontrakten, in Anteilen anderer Anlagefonds sowie in anderen Rechten.

4 Die Fondsleitungen übriger Fonds müssen den beabsichtigten Anlagen entsprechend qualifiziert sein.

5 Der Bundesrat bezeichnet die zulässigen Anlagearten und legt die sich aus ihren Besonderheiten ergebenden Bedingungen fest.

6 Enthalten Anlagen der übrigen Fonds ein besonderes Risiko, das nicht mit dem Risiko von Effektenfonds vergleichbar ist, so ist darauf in Verbindung mit dem Fondsnamen sowie im Prospekt und in der Werbung hinzuweisen. Die Anteile solcher Fonds dürfen nur aufgrund eines schriftlichen Vertrags verkauft werden, in welchem auf das besondere Risiko hingewiesen wird.

4. Abschnitt: Immobilienfonds

Art. 36 *Zulässige Anlagen*

1 Die Fondsleitung eines Immobilienfonds legt die Mittel unter Wahrung des Grundsatzes der Risikoverteilung in Immobilienwerten an. Der Bundesrat kann Anlagen im Ausland zulassen, wenn deren Wert hinreichend beurteilt werden kann.

2 Als Immobilienwerte gelten:

- a. Grundstücke einschliesslich Zugehör; sie werden im Grundbuch auf den Namen der Fondsleitung eingetragen, unter Anmerkung der Zugehörigkeit zum Immobilienfonds;
 - b. Beteiligungen an und Forderungen gegen Immobiliengesellschaften, deren Zweck einzig Erwerb und Verkauf, Vermietung und Verpachtung eigener Grundstücke ist, sofern mindestens zwei Drittel ihres Kapitals und der Stimmen im Anlagefonds vereinigt sind.
- 3 Miteigentum an Grundstücken ist als Immobilienwert zulässig, sofern die Fondsleitung einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.
- 4 Die Fondsleitung muss zur Sicherstellung ihrer Verbindlichkeiten einen angemessenen Teil ihres Fondsvermögens in kurzfristigen festverzinslichen Effekten oder in kurzfristig verfügbaren Mitteln halten.

Art. 37 *Verteilung der Anlagen*

Die Fondsleitung eines Immobilienfonds muss ihre Anlagen insbesondere nach Objekten, deren Nutzungsart, Alter, Bausubstanz und Lage verteilen.

Art. 38 *Besondere Pflichten der Fondsleitung*

- 1 Die Fondsleitung haftet dem Anleger dafür, dass die Immobiliengesellschaften, die zum Anlagefonds gehören, die Vorschriften dieses Gesetzes und des Fondsreglementes einhalten, soweit nicht zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.
- 2 Die Leistungen der Immobiliengesellschaften an die Mitglieder ihrer Verwaltung, die Geschäftsführung und das Personal sind auf die Vergütungen anzurechnen, auf welche die Fondsleitung nach dem Fondsreglement Anspruch hat.

Art. 39 *Beizug von Schätzungsexperten*

- 1 Die Fondsleitung ernennt mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde ständige und unabhängige Schätzungsexperten.
- 2 Die Fondsleitung muss den Wert jedes Grundstücks, das sie erwerben oder veräussern will, durch mindestens einen ständigen

Experten schätzen lassen. Sie muss die Veräußerung unter oder den Erwerb über dem Schätzungswert gegenüber der Revisionsstelle begründen.

3 Sie lässt bei Bauvorhaben prüfen, ob die voraussichtlichen Kosten marktkonform und angemessen sind.

4 Auf den Abschluss jedes Rechnungsjahres lässt die Fondsleitung den Verkehrswert aller Grundstücke, die zum Anlagefonds gehören, durch die Experten überprüfen. Übernimmt sie den Schätzungswert nicht unverändert in ihre Rechnung, so hat sie dies gegenüber der Revisionsstelle zu begründen.

5 Der Schätzungsexperte hat seine Schätzungsmethode gegenüber der Revisionsstelle zu begründen.

6 Der Bundesrat umschreibt die Anforderungen an die Schätzungsexperten und an die Verkehrswertschätzungen.

Art. 40 *Sonderbefugnisse der Fondsleitung*

1 Die Fondsleitung darf zur Beschaffung von Kapitalanlagen für Rechnung des Anlagefonds Bauten erstellen lassen, sofern das Fondsreglement dies ausdrücklich vorsieht.

2 In diesem Fall darf sie für die Zeit der Vorbereitung und des Baues der Ertragsrechnung des Anlagefonds für Bauland und angefangene Bauten einen Bauzins zum marktüblichen Satz gutschreiben, sofern dadurch die Anlagekosten den geschätzten Verkehrswert nicht übersteigen.

3 Die Fondsleitung darf Grundstücke verpfänden; die Belastung darf jedoch im Durchschnitt aller Grundstücke die Hälfte des Verkehrswertes nicht übersteigen.

Art. 41 *Ausgabe und Rücknahme von Anteilen*

1 Die Fondsleitung muss neue Anteile zuerst den bisherigen Anlegern anbieten.

2 Der Anleger kann seinen Anteil jeweils auf das Ende eines Rechnungsjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten kündigen. Im übrigen bleibt Artikel 24 Absatz 4 vorbehalten.

Art. 42 *Handel*

Die Depotbank sorgt für einen regelmässigen börslichen oder ausserbörslichen Handel von Immobilienfondsanteilen.

5. Abschnitt: Ausführungsbestimmungen

Art. 43

- 1 Der Bundesrat konkretisiert und ergänzt die Anlagevorschriften für die einzelnen Fondsarten. Er berücksichtigt dabei die Grundsätze der Risikoverteilung sowie der Sicherheit und der Liquidität der Anlagen.
- 2 Die Aufsichtsbehörde regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.
- 3 Bei den Anlagevorschriften für die Effektenfonds sind die massgebenden Anforderungen des Rechtes der Europäischen Gemeinschaft zu beachten.

4. Kapitel: Ausländische Anlagefonds

Art. 44 *Begriff*

- 1 Als ausländische Anlagefonds gelten:
 - a. Vermögen, die aufgrund eines Kollektivanlagevertrags oder eines andern Vertrags mit ähnlicher Wirkung geäuftet wurden und von einer Fondsleitung mit Sitz und Hauptverwaltung im Ausland verwaltet werden;
 - b. Gesellschaften mit Sitz und Hauptverwaltung im Ausland, deren Zweck die kollektive Kapitalanlage ist und bei denen der Anleger gegenüber der Gesellschaft selbst oder einer ihr nahestehenden Gesellschaft das Recht auf Auszahlung seines Anteils hat.
- 2 Unterstehen andere ausländische Vermögen oder ausländische Gesellschaften in ihrem Herkunftsland einer Aufsicht über Anlagefonds, so sind sie hinsichtlich des Vertriebes ihrer Anteile in der Schweiz diesem Gesetz unterstellt.

Art. 45 *Bewilligung*

1 Wer gewerbsmässig Anteile ausländischer Anlagefonds in der Schweiz oder von der Schweiz aus anbietet oder vertreibt, bedarf dazu einer Bewilligung der Aufsichtsbehörde.

2 Die Bewilligung wird erteilt, wenn der Anlagefonds im Sitzstaat der Fondsleitung oder der Gesellschaft einer dem Anlegerschutz dienenden öffentlichen Aufsicht untersteht und die Organisation sowie die Anlagepolitik hinsichtlich des Anlegerschutzes mit den Bestimmungen dieses Gesetzes gleichwertig sind.

3 Die Bewilligung wird einer natürlichen oder juristischen Person mit Sitz in der Schweiz erteilt (Vertreter). Der Bundesrat kann die Bewilligung von ausreichenden finanziellen und beruflichen Garantien abhängig machen.

4 Die Bewilligung wird nur erteilt, wenn der Anlagefonds einen Namen trägt, der nicht zu Täuschung oder Verwechslung Anlass gibt, und wenn mit Bezug auf die in der Schweiz vertriebenen Anteile Zahlstelle, Erfüllungsort und Gerichtsstand am Sitz des Vertreters begründet worden sind.

5 Der Bundesrat ist befugt, auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung gleichwertiger Regelungen und Massnahmen Staatsverträge abzuschliessen, welche vorsehen, dass Anlagefonds aus den Vertragsstaaten keiner Bewilligung bedürfen, sondern den beabsichtigten Vertrieb in der Schweiz der Aufsichtsbehörde lediglich anzeigen müssen.

6 Ausländische Anlagefonds, die im Herkunftsland keiner der schweizerischen ähnlichen Aufsicht unterstehen und vor dem 31. Dezember 1991 eine Bewilligung zur Geschäftstätigkeit erhalten haben, brauchen keine Bewilligung nach diesem Artikel.

Art. 46 *Pflichten des Vertreters*

1 Der Vertreter des ausländischen Anlagefonds vertritt diesen in der Schweiz gegenüber Anlegern und Aufsichtsbehörde. Die Vertretungsbefugnis darf nicht beschränkt werden.

2 Erfüllungsort und Gerichtsstand bestehen auch nach einem

Bewilligungsentzug oder nach der Auflösung des ausländischen Anlagefonds am Sitz des Vertreters weiter.

3 Für Veröffentlichungen und Werbung in der Schweiz ist der Vertreter verantwortlich. Seine Identität ist in jeder Publikation zu nennen.

5. Kapitel: Rechenschaftsablage und Publikationspflichten

Art. 47 *Buchführungspflicht*

1 Die Fondsleitung muss für jeden von ihr verwalteten Anlagefonds gesondert Buch führen.

2 Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Buchführungspflicht. Er kann diese Zuständigkeit ganz oder teilweise der Aufsichtsbehörde übertragen.

Art. 48 *Jahresbericht*

1 Die Fondsleitung veröffentlicht für jeden von ihr verwalteten Anlagefonds innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres einen Jahresbericht; der Jahresbericht enthält namentlich nachstehende Angaben samt Erläuterungen:

- a. die Jahresrechnung, bestehend aus einer Vermögensrechnung zu Verkehrswerten und der Erfolgsrechnung, sowie die Angaben über die Verwendung des Erfolges;
- b. die Zahl der im Berichtsjahr zurückgenommenen und der neu ausgegebenen Anteile sowie den Schlussbestand der ausgegebenen Anteile;
- c. das Inventar des Fondsvermögens zu Verkehrswerten und den daraus errechneten Wert (Inventarwert) eines Anteils am Fonds auf den letzten Tag des Rechnungsjahres;
- d. eine Aufstellung der Käufe und Verkäufe, welche die Fondsleitung im Berichtsjahr für Rechnung des Anlagefonds abgeschlossen hat;
- e. Hinterlegungsstellen;

- f. die Namen von Personen, an die Anlageentscheide delegiert sind;
- g. Auskünfte über Angelegenheiten von besonderer wirtschaftlicher oder rechtlicher Bedeutung, mit denen sich die Fondsleitung im Berichtsjahr befasste, insbesondere über die Änderung des Fondsreglementes oder über wesentliche Fragen der Auslegung von Gesetz und Fondsreglement;
- h. einen Kurzbericht der Revisionsstelle zu den vorstehenden Angaben, bei Immobilienfonds ebenfalls zu den Angaben nach Artikel 49.

2 Innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf der ersten Hälfte des Rechnungsjahres veröffentlicht die Fondsleitung einen Halbjahresbericht. Dieser enthält eine ungeprüfte Vermögens- und Erfolgsrechnung sowie Angaben nach Absatz 1 Buchstaben b, c und d.

3 Die Fondsleitung reicht die Jahres- und Halbjahresberichte spätestens gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Aufsichtsbehörde ein. Sie hält sie während zehn Jahren Interessenten kostenlos zur Einsicht zur Verfügung.

Art. 49 *Jahresbericht der Immobilienfonds*

1 Die Jahresrechnung eines Immobilienfonds besteht aus einer konsolidierten Gesamtrechnung von Vermögen und Ertrag des Anlagefonds und der Immobiliengesellschaften, die zu ihm gehören.

2 Die Grundstücke sind in der Vermögensrechnung zu den Verkehrswerten einzustellen.

3 Im Inventar des Fondsvermögens sind die Gestehungskosten, die Versicherungswerte und die geschätzten Verkehrswerte der einzelnen Grundstücke aufzuführen.

4 Der Jahresbericht eines Immobilienfonds enthält die Identität der Schätzungsexperten, Angaben über die Schätzungsmethoden und die angewandten Kapitalisierungssätze.

5 In der Aufstellung der Käufe und Verkäufe sind die Immobilienwerte einzeln aufzuführen.

Art. 50 *Prospekt*

- 1 Die Fondsleitung veröffentlicht für jeden von ihr verwalteten Anlagefonds einen Prospekt. Dieser enthält den Inhalt des Fondsreglementes sowie zusätzliche Angaben, die der Bundesrat nach Massgabe des Rechtes der Europäischen Gemeinschaft festlegt.
- 2 Die Fondsleitung muss den Prospekt einem künftigen Anleger vor Vertragsabschluss kostenlos zur Verfügung stellen. Sie verweist in jeder Werbung für einen Anlagefonds auf den Prospekt und gibt an, wo er erhältlich ist.
- 3 Sie reicht den Prospekt und jede Änderung unaufgefordert der Aufsichtsbehörde ein.

Art. 51 *Ausgabe- und Rücknahmepreise*

Die Fondsleitung veröffentlicht die Ausgabe- und Rücknahmepreise zusammen und in regelmässigen Abständen.

6. Kapitel: Revision und Aufsicht

1. Abschnitt: Revision

Art. 52 *Revisionsstelle*

- 1 Eine von der Aufsichtsbehörde anerkannte, unabhängige Revisionsstelle prüft jährlich alle Anlagefonds, die von der gleichen Fondsleitung verwaltet werden, sowie deren eigene Geschäftstätigkeit. Der Bundesrat bestimmt die Voraussetzungen der Anerkennung.
- 2 Die Fondsleitung meldet der Aufsichtsbehörde die Ernennung und den Wechsel ihrer Revisionsstelle. Wenn die Interessen der Anleger gefährdet erscheinen, kann die Aufsichtsbehörde verlangen, dass eine andere Revisionsstelle ernannt oder die bisherige beibehalten wird.
- 3 Die Entschädigung für die ordentliche Revision darf dem Anlagefonds belastet werden.

Art. 53 *Pflichten der Revisionsstelle*

1 Die Revisionsstelle prüft, ob Fondsleitung und Depotbank die gesetzlichen Vorschriften und die Bestimmungen des Fondsreglementes einhalten; sie prüft namentlich:

- a. die Jahresrechnungen der Anlagefonds und der zum Anlagefonds gehörenden Immobiliengesellschaften;
- b. weitere zur Publikation bestimmte Aufstellungen wie zum Beispiel den Prospekt;
- c. die Jahresrechnung der Fondsleitung.

2 Die Revisionsstelle verfasst über ihre Prüfungen einen eingehenden Bericht; sie stellt ihn der Fondsleitung, der Depotbank und der Aufsichtsbehörde zu.

3 Stellt die Revisionsstelle Verstösse gegen das Gesetz oder das Fondsreglement oder Missstände fest, so benachrichtigt sie sogleich die Aufsichtsbehörde.

4 Die Aufsichtsbehörde regelt die Durchführung der Revision und die Erstellung des Revisionsberichts.

Art. 54 *Revisionsgeheimnis*

1 Der Revisionsstelle ist untersagt, Informationen, die ihr bei ihrer Tätigkeit anvertraut wurden oder die sie dabei wahrgenommen hat, den Anlegern oder Dritten weiterzugeben.

2 Vorbehalten bleiben die eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die Zeugnis- und Auskunftspflicht gegenüber Behörden.

Art. 55 *Auskunftspflichten von Fondsleitung und Depotbank*

1 Die Fondsleitung und die Depotbank sowie die Immobiliengesellschaften, die zum Anlagefonds gehören, gewähren der Revisionsstelle vollständige Einsicht in die Bücher, Belege sowie in die Berichte der Schätzungsexperten und erteilen ihr alle Auskünfte, die zur Erfüllung der Prüfungspflicht erforderlich sind.

2 Die bankengesetzliche Revisionsstelle der Depotbank und die Revisionsstelle der Fondsleitung arbeiten zusammen.

2. Abschnitt: Aufsicht

Art. 56 *Aufsichtsbehörde*

- 1 Aufsichtsbehörde über die Anlagefonds ist die Eidgenössische Bankenkommission.
- 2 Sie überwacht die Einhaltung des Gesetzes und der Fondsreglemente.
- 3 Sie überprüft die geschäftspolitische Zweckmässigkeit der Entscheide der Fondsorgane nicht.
- 4 Die Aufsichtsbehörde veröffentlicht ihre Praxis in der Auslegung des Gesetzes in Rundschreiben.

Art. 57 *Entzug der Bewilligung*

- 1 Die Aufsichtsbehörde entzieht die erteilten Bewilligungen, wenn die Bewilligungsinhaber die gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten grob verletzen.
- 2 Die Bewilligungen erlöschen, wenn die Bewilligungsinhaber in Konkurs fallen.
- 3 Mit dem Wegfall der Bewilligung verliert die Fondsleitung das Verfügungsrecht über die Sachen und Rechte ihrer Anlagefonds.

Art. 58 *Andere Massnahmen*

- 1 Stellt die Aufsichtsbehörde Verletzungen des Gesetzes, des Fondsreglementes oder Missstände fest, so erlässt sie die zur Herstellung des ordnungsgemässen Zustandes notwendigen Verfügungen.
- 2 Sie kann der Fondsleitung eines unbewilligten Anlagefonds vorschreiben, den Fonds in eine den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechende Form umzuwandeln, oder sie kann dessen Auflösung verfügen.
- 3 Wenn die Rechte der Anleger gefährdet erscheinen, kann sie die Fondsleitung, die Depotbank oder bei ausländischen Anlagefonds auch den Vertreter zu Sicherheitsleistungen verpflichten.

4 In begründeten Fällen kann sie die Grundstückswerte von Immobilienfonds durch weitere Experten (Art. 39) schätzen lassen. Sie kann die ständigen Schätzungsexperten abberufen.

5 Erhält die Aufsichtsbehörde Kenntnis von einer durch dieses Gesetz mit Strafe bedrohten Handlung, so erstattet sie Anzeige beim Eidgenössischen Finanzdepartement. Erhält sie Kenntnis von anderen strafbaren Handlungen, so benachrichtigt sie die zuständigen Strafverfolgungsbehörden.

Art. 59 *Einsetzung eines Beobachters*

1 Die Aufsichtsbehörde kann einen Beobachter über eine Fondsleitung einsetzen, wenn die Rechte der Anleger ernstlich gefährdet erscheinen.

2 Der Beobachter überwacht die Geschäftstätigkeit der Fondsleitung, insbesondere die Durchführung der von der Aufsichtsbehörde angeordneten Massnahmen. Er erstattet der Aufsichtsbehörde laufend Bericht.

3 Er hat gegenüber der überwachten Gesellschaft vollumfängliche Einsichts- und Auskunftsrechte. Er übt selber keine Geschäftstätigkeit aus.

4 Die überwachte Gesellschaft trägt die Kosten des Beobachters. Sie darf diese nicht auf den Anlagefonds abwälzen.

Art. 60 *Ernennung eines Sachwalters*

1 Die Aufsichtsbehörde ernennt für die geschäftsunfähige Fondsleitung oder Depotbank einen Sachwalter. Sie veröffentlicht die Ernennung in den Publikationsorganen des Anlagefonds.

2 Der Sachwalter stellt innerhalb eines Jahres der Aufsichtsbehörde Antrag auf Bezeichnung einer neuen Fondsleitung oder einer neuen Depotbank oder auf Auflösung des Anlagefonds.

3 Die Aufsichtsbehörde entscheidet über die Vergütung an den Sachwalter und bestimmt, ob und in welchem Umfang die geschäftsunfähige Fondsleitung oder Depotbank dem Anlagefonds diese Vergütung zurückerstatten muss.

Art. 61 *Auskunftsrecht*

1 Die Aufsichtsbehörde kann von den dem Gesetz unterstellten Personen und Gesellschaften alle Auskünfte und Unterlagen verlangen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigt. Sie kann ausserordentliche Revisionen anordnen.

2 Besteht Grund zur Annahme, dass ohne Bewilligung eine diesem Gesetz unterstehende Tätigkeit ausgeübt wird, so kann die Aufsichtsbehörde von den betreffenden Personen Auskünfte und Unterlagen verlangen, wie wenn es sich um unterstellte Personen handelte.

3 Die Gerichte teilen ihre Urteile in Zivilstreitigkeiten zwischen einer dem Gesetz unterstellten Person oder Gesellschaft und einem Anleger der Aufsichtsbehörde in vollständiger Ausfertigung unentgeltlich mit.

Art. 62 *Beschwerdeverfahren*

1 Für das Verfahren vor der Aufsichtsbehörde ist das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren¹ massgebend.

2 Gegen die Verfügungen der Aufsichtsbehörde ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht zulässig.

Art. 63 *Zusammenarbeit mit ausländischen Aufsichtsbehörden*

1 Die Aufsichtsbehörde kann zur Durchsetzung dieses Gesetzes ausländische Aufsichtsbehörden über Anlagefonds um Auskünfte und Unterlagen ersuchen.

2 Sie darf ausländischen Aufsichtsbehörden über Anlagefonds nicht öffentlich zugängliche Auskünfte und Unterlagen nur übermitteln, sofern diese Behörden:

- a. solche Informationen ausschliesslich zur direkten Beaufsichtigung von Anlagefonds verwenden;
- b. an ein Amts- oder Berufsgeheimnis gebunden sind und
- c. diese Informationen nicht ohne vorgängige Zustimmung der schweizerischen Aufsichtsbehörde oder aufgrund einer generellen Ermächtigung in einem Staatsvertrag gemäss Absatz 4 an zuständige Behörden und an Organe, die mit im öffentlichen

Interesse liegenden Aufsichtsaufgaben betraut sind, weiterleiten. Die Weiterleitung von Informationen an Strafbehörden ist unzulässig, wenn die Rechtshilfe in Strafsachen ausgeschlossen wäre. Die Aufsichtsbehörde entscheidet im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Polizeiwesen.

3 Soweit die von der Aufsichtsbehörde zu übermittelnden Informationen einzelne Anleger betreffen, ist das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren¹ anwendbar.

4 Der Bundesrat ist im Rahmen von Absatz 2 befugt, die Zusammenarbeit mit ausländischen Aufsichtsbehörden in Staatsverträgen zu regeln.

7. Kapitel: Verhältnis der Fondsleitungen zur Schweizerischen Nationalbank

Art. 64

1 Der Bundesrat kann die Fondsleitungen verpflichten, der Schweizerischen Nationalbank periodische Meldungen über die Entwicklung der von ihnen verwalteten Anlagefonds zu erstatten.

2 Er kann die Vertreter ausländischer Anlagefonds verpflichten, der Schweizerischen Nationalbank Angaben über den Vertrieb ihrer Anlagefonds zu erstatten.

8. Kapitel: Verantwortlichkeit

Art. 65 Grundsatz

1 Wer als Fondsleitung, Depotbank, Vertriebsträger, Vertreter eines ausländischen Anlagefonds, Revisor, Schätzungsexperte, Vertreter der Anlegergemeinschaft, Liquidator, Beobachter oder Sachwalter eines Anlagefonds seine Pflichten verletzt, haftet den Anlegern für den daraus entstandenen Schaden, sofern er nicht beweist, dass ihm keinerlei Verschulden zur Last fällt.

¹ SR 172.021.

2 Er haftet auch für seine Hilfspersonen sowie für die von ihm beauftragten Personen.

3 Eine Beschränkung dieser Haftung ist ausgeschlossen.

Art. 66 *Solidarität und Rückgriff*

1 Sind für einen Schaden mehrere Personen ersatzpflichtig, so ist jede von ihnen insoweit mit den andern solidarisch haftbar, als ihr der Schaden aufgrund ihres eigenen Verschuldens und der Umstände persönlich zurechenbar ist.

2 Der Richter bestimmt unter Würdigung aller Umstände den Rückgriff unter den Beteiligten.

Art. 67 *Verjährung*

Der Anspruch auf Schadenersatz verjährt mit dem Ablauf von zehn Jahren nach Eintritt des Schadens, spätestens aber ein Jahr nach der Rückzahlung eines Anteils.

9. Kapitel: Gerichtsstand

Art. 68

Die Anleger haben Zivilklagen gegen Fondsleitung, Depotbank, Vertriebssträger, Revisor, Liquidator, Schätzungsexperten, Vertreter der Anlegergemeinschaft, Beobachter oder Sachwalter eines Anlagefonds beim Richter am Sitz der Fondsleitung anzubringen.

10. Kapitel: Strafbestimmungen

Art. 69 *Vergehen*

1 Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bis zu 200 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich:

- a. ohne Bewilligung als Fondsleitung, Depotbank, Vertriebssträger oder Vertreter eines ausländischen Anlagefonds handelt oder

ohne Genehmigung eines Fondsreglementes einen Anlagefonds bildet;

- b. in der Werbung für einen Anlagefonds unzulässige, falsche oder irreführende Angaben macht;
- c. im Jahresbericht, im Halbjahresbericht, im Prospekt oder bei andern Informationen falsche Angaben macht oder wesentliche Tatsachen verschweigt;
- d. der Revisionsstelle, dem Beobachter oder der Aufsichtsbehörde falsche Auskünfte oder die verlangten Auskünfte nicht erteilt;
- e. als Fondsleitung andere Geschäfte als das Fondsgeschäft betreibt;
- f. als anerkannte Revisionsstelle die ihr auferlegten Pflichten grob verletzt, namentlich im Revisionsbericht falsche Angaben macht, wesentliche Tatsachen verschweigt, eine vorgeschriebene Meldung an die Aufsichtsbehörde unterlässt oder Revisionsgeheimnisse offenbart;
- g. als Schätzungsexperte die ihm auferlegten Pflichten grob verletzt.

2 Handelt der Täter fahrlässig, so wird er mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft.

Art. 70 *Übertretungen*

1 Mit Haft oder Busse bis zu 100 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich:

- a. die Geschäftsbücher nicht ordnungsgemäss führt oder Geschäftsbücher, Belege und Unterlagen nicht vorschriftsgemäss aufbewahrt;
- b. im Jahresbericht, im Halbjahresbericht oder im Prospekt nicht alle vorgeschriebenen Angaben aufnimmt, sie nicht oder nicht rechtzeitig veröffentlicht;
- c. einer von der Aufsichtsbehörde unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn ergangenen Verfügung nicht Folge leistet;

- d. die vorgeschriebenen Meldungen an die Schweizerische Nationalbank nicht erstattet oder darin falsche Angaben macht.
- 2 Handelt der Täter fahrlässig, so wird er mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft.

Art. 71 *Verhältnis zum Verwaltungsstrafrecht*

- 1 Das Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht¹ ist anwendbar. Verfolgende und urteilende Behörde ist das Eidgenössische Finanzdepartement.
- 2 Die Verfolgung der Übertretungen verjährt nach fünf Jahren. Die Verjährungsfrist kann durch Unterbrechung um höchstens die Hälfte hinausgeschoben werden.

11. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 72 *Vorschriften über Hypothekarfonds*

Der Bundesrat kann Vorschriften über die Ausgestaltung der Hypothekarfonds erlassen.

Art. 73 *Aufhebung bisherigen Rechts*

Es werden aufgehoben:

- a. das Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds;
- b. die Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds.

Art. 74 *Änderung bisherigen Rechts*

Das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs² wird wie folgt geändert:

Art. 219 Abs. 4 Dritte Klasse Bst. f

- f. Die Forderungen von Revisoren, Beobachtern, Sachwaltern,

¹ SR 313.0.

² SR 281.1.

Schätzungsexperten und Vertretern der Anlegergemeinschaft aus ihrer Tätigkeit gegenüber einem Anlagefonds.

Art. 75 *Übergangsbestimmungen*

1 Dieses Gesetz gilt, mit Ausnahme der nachstehenden Bestimmungen, ab Inkrafttreten sowohl für neue wie auch für bestehende Anlagefonds.

2 Die Verfahrensvorschriften gelten ab Inkrafttreten auch für vorher eingeleitete Verfahren. Vor Inkrafttreten des Gesetzes beim Zivilrichter anhängig gemachte Gesuche um Reglementsänderungen werden nach altem Verfahrensrecht beurteilt.

3 Innert dreier Monate ab Inkrafttreten dieses Gesetzes müssen:

- a. die Fondsleitungen allfällige Inhaberaktien ihres Aktienkapitals in Namenaktien umwandeln (Art. 9 Abs. 3);
- b. die Fondsleitungen der Aufsichtsbehörde ihre geschäftsführenden Personen melden (Art. 9 Abs. 5);
- c. die Fondsleitungen die meldepflichtigen Aktionäre und die übrigen ihre Geschäftstätigkeit beeinflussenden Personen der Aufsichtsbehörde melden (Art. 10 Abs. 2);
- d. die Vertriebsträger bei der Aufsichtsbehörde um die Bewilligung nachsuchen (Art. 22 Abs. 1);
- e. die Fondsleitungen von Immobilienfonds ihre Schätzungsexperten der Aufsichtsbehörde zur Ernennung vorschlagen (Art. 39 Abs. 1).

4 Sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes erlischt die Bewilligung zur Werbung für einen ausländischen Anlagefonds, wenn dieser nicht ein Bewilligungsgesuch oder eine Anmeldung nach den Vorschriften dieses Gesetzes eingereicht und seinen Vertreter bezeichnet hat (Art. 45 f.). Bis zum Entscheid über das Bewilligungsgesuch gilt die Bewilligung zur Werbung nach altem Recht weiter.

5 Innert eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes müssen:

- a. die Banken für bankinterne Sondervermögen schriftliche Vermögensverwaltungsverträge abschliessen (Art. 4);

- b. die Nichtbanken ihre internen Sondervermögen liquidieren (Art. 4);
- c. die Fondsleitungen die angepassten Fondsreglemente zur Genehmigung einreichen (Art. 7);
- d. die Fondsleitungen für jeden Anlagefonds einen Prospekt veröffentlichen (Art. 50).

6 Innert zweier Jahre ab Inkrafttreten dieses Gesetzes müssen Fondsleitung und Depotbank getrennt werden (Art. 9 und 17).

7 Der Jahresbericht ist für das erste Rechnungsjahr nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes nach den neuen Vorschriften zu erstellen (Art. 48 und 49).

8 Die Aufsichtsbehörde kann die in diesem Artikel genannten Fristen in besonderen Fällen erstrecken.

Art. 76 *Referendum und Inkrafttreten*

- 1 Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.
- 2 Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Loi sur les fonds de placement

Introduction

Le 14 décembre 1992, le Conseil fédéral a publié son Message concernant la révision de la loi fédérale sur les fonds de placement (FF 1993 I 189). Les Chambres fédérales ont adopté cette révision, avec un certain nombre de modifications, en votation finale du 18 mars 1994.

Nous publions ci-après le texte complet de la nouvelle loi fédérale sur les fonds de placement tel qu'il se présente à notre connaissance à l'issue des débats parlementaires. Nous précisons que seule la version qui sera publiée dans le Recueil officiel du droit fédéral fait foi.

Lors de la mise sous presse du présent Bulletin, la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle loi n'était pas encore connue.

Loi fédérale sur les fonds de placement (LFP)

du 18 mars 1994

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu les articles 31^{bis}, 2^e alinéa, 31^{quater}, 31^{sexies}, 1^{er} alinéa, 64 et 64^{bis},
de la constitution¹;
vu le message du Conseil fédéral du 14 décembre 1992²,
arrête:

Chapitre premier: But, définitions et champ d'application

Article premier *But*

La présente loi a pour but de protéger les investisseurs.

Art. 2 *Définitions*

1 Le fonds de placement est constitué par les apports des investisseurs, effectués à la suite d'un appel au public en vue d'un placement collectif et est géré par une direction pour le compte des investisseurs, en règle générale selon le principe de la répartition des risques.

2 Est réputé public tout appel qui, indépendamment de sa forme, ne s'adresse pas uniquement à un cercle restreint de personnes. La clientèle d'une entreprise n'est pas considérée a priori comme un cercle restreint de personnes.

Art. 3 *Champ d'application*

1 Sont soumis à la présente loi les patrimoines gérés par des contrats de placement collectif.

¹ RS 101.

² FF 1993 I 189.

2 Les patrimoines gérés sous une autre forme, notamment celle prévue par le droit des sociétés, ne sont pas soumis à la présente loi.

3 Les fonds de placement étrangers, dont les parts sont vendues en Suisse, sont soumis, quelle que soit leur forme juridique, aux dispositions de la présente loi.

4 Le Conseil fédéral peut soumettre totalement ou partiellement à la présente loi des portefeuilles collectifs analogues aux fonds de placement, ou lui soustraire totalement ou partiellement les fonds qui lui sont soumis, pour autant que le but visé par la loi ne soit pas éludé.

Art. 4 *Portefeuilles collectifs internes des banques*

1 Les banques sont habilitées à créer des portefeuilles collectifs dans le but de gérer en commun les fonds de leurs clients.

2 Elles ne sont pas autorisées à faire appel au public pour ces portefeuilles collectifs.

3 Elles peuvent faire participer les clients à un portefeuille collectif interne uniquement sur la base d'un contrat écrit de gestion de fortune. Elles ne peuvent émettre de certificats.

4 Si la banque est déclarée en faillite, les avoirs du portefeuille collectif sont distraits de la masse au bénéfice des investisseurs.

5 Le Conseil fédéral peut déclarer certaines prescriptions de la présente loi applicables aux portefeuilles collectifs internes des banques, notamment celles qui touchent les modifications de contrat, le droit de dénonciation, la révision, la reddition des comptes, l'information et les publications.

Art. 5 *Protection de la dénomination*

Il est interdit d'utiliser les dénominations «fonds de placement», «fonds d'investissement», ou toute autre dénomination analogue pouvant induire en erreur ou prêter à confusion, pour des fonds qui ne sont pas soumis à la présente loi ou pour des portefeuilles collectifs internes des banques.

Chapitre 2: Dispositions générales

Section 1: Contrat de placement collectif

Art. 6 *Définition*

1 Le contrat de placement collectif est un contrat par lequel la direction du fonds s'engage à faire participer l'investisseur à un fonds de placement, proportionnellement aux parts qu'il a acquises, et à gérer ce fonds de placement de façon autonome conformément aux dispositions du règlement et de la loi.

2 La banque dépositaire est partie au contrat conformément aux tâches qui lui sont conférées par la loi et le règlement.

Art. 7 *Règlement*

1 La direction établit le règlement d'entente avec la banque dépositaire et le soumet à l'approbation de l'autorité de surveillance.

2 Le règlement définit les droits et les obligations de la direction, de la banque dépositaire et des investisseurs.

3 Il contient en particulier les dispositions sur:

- a. la dénomination du fonds de placement, la raison sociale et le siège de la direction et de la banque dépositaire;
- b. les directives régissant la politique de placement; lorsque celle-ci présente des risques particuliers, ils doivent être clairement énoncés et reconnaissables pour l'investisseur;
- c. le calcul du prix d'émission et de rachat des parts;
- d. l'utilisation du bénéfice net et des gains en capital réalisés par l'aliénation d'avoirs;
- e. la nature et le calcul de toutes les rémunérations versées à la direction et à la banque dépositaire, y compris les commissions d'émission et de rachat, ainsi que les courtages ou les frais spéciaux dont le fonds peut être débité;
- f. l'exercice annuel;
- g. les services auprès desquels le prospectus, le règlement et le rapport annuel sont déposés et peuvent être obtenus;

- h. les organes de publication (Feuille officielle suisse du commerce, et au minimum un quotidien ou un hebdomadaire) ainsi que la forme des publications concernant le fonds de placement;
 - i. la durée du fonds de placement et le délai de dénonciation que doivent respecter la direction et la banque dépositaire;
 - k. la subdivision du fonds en segments;
 - l. l'unité de compte du fonds de placement;
 - m. le délai de dénonciation applicable aux fonds immobiliers et aux fonds hypothécaires;
 - n. les conditions réglant le délai de remboursement des parts.
- 4 La dénomination du fonds de placement ne doit ni induire en erreur ni prêter à confusion.

Art. 8 *Modification du règlement*

1 L'autorité de surveillance examine toute modification du règlement, à la demande conjointe de la direction et de la banque dépositaire.

2 La direction doit publier à l'avance, par deux fois dans les organes de publication du fonds et, ultérieurement, une fois dans le rapport annuel ou le rapport semestriel, tout projet de modification du règlement. Ce faisant, elle signale aux investisseurs qu'ils peuvent faire valoir leurs objections auprès de l'autorité de surveillance dans les 30 jours qui suivent la dernière publication ou demander le paiement en espèces de leurs parts.

3 Lorsque des investisseurs font valoir des objections, l'autorité de surveillance transmet les pièces au juge compétent. Dans les autres cas, elle statue en instance unique.

4 L'autorité de surveillance ou le juge publie sa décision dans les organes de publication du fonds.

Section 2: Direction du fonds

Art. 9 *Organisation*

1 La direction doit être une société anonyme dont le siège et

l'administration centrale sont en Suisse. Son but social consiste exclusivement à s'occuper des activités relevant de fonds.

2 Elle doit disposer d'un capital minimum. Le Conseil fédéral en fixe le montant.

3 Le capital-actions est divisé en actions nominatives.

4 La direction doit disposer d'une organisation lui permettant d'accomplir les tâches qui lui incombent.

5 Les personnes à la tête de la direction doivent jouir d'une bonne réputation et disposer de la formation et de l'expérience nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches.

6 Les personnes à la tête de la direction doivent être indépendantes des personnes à la tête de la banque dépositaire et réciproquement.

Art. 10 *Obligation d'obtenir une autorisation et d'annoncer la composition de la direction*

1 La direction ne peut commencer son activité qu'après en avoir obtenu l'autorisation de l'autorité de surveillance. L'autorisation lui est accordée lorsque les conditions relatives à l'organisation, aux fonds propres et aux qualifications professionnelles sont remplies.

2 La direction communique à l'autorité de surveillance le nom des personnes physiques ou morales qui détiennent directement ou indirectement une part d'une certaine importance du capital et des voix, ou qui sont susceptibles d'influencer directement ou indirectement son activité de façon déterminante.

Art. 11 *Tâches*

1 La direction gère le fonds pour le compte des investisseurs, de façon indépendante et en son propre nom; elle décide notamment de l'émission de parts, des placements, fixe les prix d'émission et de rachat des parts ainsi que la distribution des bénéfiques et exerce tous les droits du fonds de placement.

2 Elle peut déléguer les décisions afférentes aux placements ainsi que d'autres tâches pour assurer une gestion appropriée. Elle est

responsable des agissements de ses mandataires comme de ses propres actes.

Art. 12 *Devoir de loyauté*

1 La direction et ses mandataires veillent exclusivement aux intérêts des investisseurs.

2 Lors de l'acquisition et de la vente d'avoirs pour le compte du fonds, la direction ne doit accepter aucune rétrocession ou aucun autre avantage patrimonial pour elle-même ou pour des tiers, à l'exception des rémunérations prévues par le règlement.

3 La direction et les personnes qui agissent en son nom ainsi que les personnes physiques ou morales qui lui sont proches, ne peuvent acquérir pour leur compte des placements du fonds ou en céder à ce dernier qu'au prix du marché. L'acquisition ou la cession de valeurs immobilières est interdite.

Art. 13 *Fonds propres*

1 La direction doit maintenir un rapport approprié entre le montant de ses fonds propres et la fortune totale des fonds de placement qu'elle gère. Le Conseil fédéral fixe cette proportion.

2 La direction ne peut placer les fonds propres obligatoires sous forme de parts de fonds qu'elle a émises elle-même, ni les prêter à ses actionnaires ou aux personnes physiques ou morales qui leur sont proches.

Art. 14 *Droits*

1 La direction a le droit de recevoir les rémunérations prévues par le règlement, d'être libérée des engagements contractés en exécution régulière du contrat de placement collectif et d'être remboursée des frais encourus pour remplir ces engagements.

2 Les créances de la direction sont débitées du fonds de placement; la responsabilité personnelle des investisseurs est exclue.

Art. 15 *Changement de direction*

1 Les droits et les obligations de la direction peuvent être repris par une autre direction.

2 Pour être valide, le contrat de reprise entre l'ancienne direction et la nouvelle doit être conclu en la forme écrite, être agréé par la banque dépositaire et être approuvé par l'autorité de surveillance.

3 L'autorité de surveillance approuve le changement de direction lorsque les prescriptions légales sont respectées et qu'il est dans l'intérêt des investisseurs que le fonds de placement continue d'être géré.

4 Avant que l'autorité de surveillance ne donne son accord, la direction en place publie le changement projeté par deux fois dans les organes de publication du fonds et une fois dans le rapport annuel ou semestriel. Ce faisant, elle signale aux investisseurs qu'ils peuvent faire valoir leurs objections auprès de l'autorité de surveillance dans les 30 jours qui suivent la dernière publication ou demander le paiement en espèces de leurs parts.

5 Lorsque des investisseurs font valoir des objections, l'autorité de surveillance transmet les pièces du dossier au juge compétent. Dans les autres cas, elle statue en instance unique.

6 L'autorité de surveillance ou le juge publie sa décision dans les organes de publication du fonds.

Art. 16 *Distraction de la fortune du fonds*

1 En cas de faillite de la direction, les avoirs du fonds de placement sont distraits de la masse au bénéfice des investisseurs. Les créances de la direction sont réservées (art. 14).

2 Les dettes de la direction ne découlant pas du contrat de placement collectif ne peuvent être compensées par des créances appartenant au fonds de placement.

Section 3: Banque dépositaire

Art. 17 *Organisation*

1 La banque dépositaire doit être une banque au sens de la loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne.¹

¹ RS 952.0.

2 Elle doit disposer d'une organisation lui permettant d'accomplir les tâches qui lui incombent.

Art. 18 *Obligation d'obtenir une autorisation*

La banque dépositaire ne peut commencer son activité qu'après en avoir obtenu l'autorisation de l'autorité de surveillance. L'autorisation lui est accordée lorsque les conditions requises sur le plan de l'organisation (art. 17) sont remplies.

Art. 19 *Tâches*

1 La banque dépositaire assure la garde de la fortune du fonds de placement. Elle est habilitée à effectuer des dépôts auprès de tiers, en Suisse ou à l'étranger. Dans ce cas, la banque dépositaire n'est pas libérée de sa responsabilité.

2 La banque dépositaire s'assure que la direction respecte les dispositions de la loi et du règlement relatives notamment:

- a. aux décisions afférentes aux placements;
- b. au calcul de la valeur des parts;
- c. à l'utilisation des rendements de la fortune du fonds.

3 La banque dépositaire émet et rachète les parts de fonds, et assure le service des paiements et encaissements pour le compte du fonds de placement.

4 Le règlement peut assigner d'autres devoirs à la banque dépositaire.

Art. 20 *Devoir de loyauté*

1 La banque dépositaire et ses mandataires veillent exclusivement aux intérêts des investisseurs.

2 Lors de l'acquisition et de la vente d'avoirs pour le compte du fonds, la banque dépositaire ne doit accepter aucun avantage patrimonial pour elle-même ou pour des tiers, à l'exception des rémunérations prévues par le règlement.

3 La banque dépositaire et les personnes qui agissent en son nom

ainsi que les personnes physiques ou morales qui lui sont proches ne peuvent acquérir pour leur compte des avoirs du fonds ou en céder à ce dernier qu'au prix du marché. L'acquisition ou la cession de valeurs immobilières est interdite.

Art. 21 *Changement de banque dépositaire*

1 Les droits et les obligations d'une banque dépositaire peuvent être repris par une autre banque dépositaire.

2 Pour être valide, le contrat de reprise entre l'ancienne banque dépositaire et la nouvelle doit être conclu en la forme écrite, être agréé par la direction et être approuvé par l'autorité de surveillance.

3 L'autorité de surveillance approuve le changement de banque dépositaire lorsque les prescriptions légales sont respectées et qu'il est dans l'intérêt des investisseurs que le fonds de placement continue d'être géré.

4 Avant que l'autorité de surveillance ne donne son accord, la direction publie le changement projeté de banque dépositaire par deux fois dans les organes de publication du fonds et une fois dans le rapport annuel ou semestriel. Ce faisant, elle signale aux investisseurs qu'ils peuvent faire valoir leurs objections auprès de l'autorité de surveillance dans les 30 jours qui suivent la dernière publication ou demander le paiement en espèces de leurs parts.

5 Lorsque des investisseurs font valoir des objections, l'autorité de surveillance transmet les pièces du dossier au juge compétent. Sinon, elle décide seule.

6 L'autorité de surveillance ou le juge publie sa décision dans les organes de publication du fonds.

Section 4: Distributeurs

Art. 22 *Obligation d'obtenir une autorisation*

1 Toute personne qui propose ou qui distribue des parts d'un fonds de placement à titre professionnel sans faire partie elle-même de la direction ou de la banque dépositaire doit y être autorisée par l'autorité de surveillance.

2 Le Conseil fédéral fixe les conditions requises pour l'octroi de l'autorisation.

3 Il peut faire dépendre l'octroi de l'autorisation de garanties suffisantes, notamment financières et professionnelles du distributeur.

4 Il peut libérer de l'obligation d'obtenir une autorisation les distributeurs soumis à une autre surveillance de l'Etat.

Section 5: Investisseurs

Art. 23 *Acquisition de parts*

1 Par sa mise de fonds, l'investisseur devient créancier de la direction pour sa participation à la fortune et aux revenus du fonds.

2 Lorsque le fonds comporte plusieurs segments, l'investisseur n'a droit qu'à la fortune et au revenu du segment dans lequel il a investi.

3 Le prix d'émission des parts correspond à la valeur vénale de la fortune du fonds au moment de l'émission, divisée par le nombre de parts en circulation.

4 L'investisseur peut exiger la remise d'un certificat.

Art. 24 *Droit de dénonciation*

1 L'investisseur peut dénoncer en tout temps le contrat de placement collectif et demander au fonds le paiement en espèces de ses parts. Si des certificats lui ont été remis, il doit les restituer.

2 Le Conseil fédéral peut prévoir des exceptions à ce droit de dénonciation pour les fonds où les placements présentent des difficultés d'évaluation ou qui ont un accès limité au marché.

3 Le Conseil fédéral arrête les cas où, dans l'intérêt de l'ensemble des investisseurs, le règlement peut prévoir un délai pour le remboursement des parts.

4 En cas de circonstances extraordinaires, l'autorité de surveillance peut, dans l'intérêt de l'ensemble des investisseurs, accorder à une direction un délai pour le remboursement des parts.

5 Le prix de rachat est calculé selon les mêmes principes que le prix d'émission, au jour du remboursement.

Art. 25 *Droit de dénonciation applicable aux fonds hypothécaires*

1 Le droit de dénonciation de parts de fonds de placements hypothécaires peut, en dérogation de l'article 24, être exclu par le règlement. Cette condition doit figurer dans la publicité, dans le règlement et dans le prospectus.

2 Les parts des fonds hypothécaires doivent être cotées en bourse, sinon la direction ou la banque dépositaire sont tenues de publier régulièrement les cours auxquels elles s'engagent à les acquérir ou à les vendre.

Art. 26 *Droit à l'information*

1 La direction est tenue de fournir en tout temps à l'investisseur les informations nécessaires sur les bases de calcul des prix d'émission et de rachat des parts. Si l'investisseur justifie d'un intérêt légitime à des informations détaillées sur des opérations déterminées concernant des exercices précédents, la direction lui donnera également en tout temps les renseignements requis.

2 Le juge peut ordonner que le réviseur ou un autre expert examine les points insuffisamment éclaircis et remette son rapport à l'investisseur.

Art. 27 *Droit à l'exécution du contrat*

1 Si la direction ou la banque dépositaire n'exécutent pas leurs obligations contractuelles ou si elles les exécutent mal, l'investisseur peut agir en exécution, même si le jugement peut avoir des effets pour tous les investisseurs.

2 Si la direction, la banque dépositaire, les personnes qui agissent en leur nom ou les personnes physiques ou morales qui leur sont proches ont détourné des avoirs du fonds de placement, se sont réservé illicitement des avantages patrimoniaux ou ont causé un dommage au fonds d'une autre manière, l'investisseur peut intenter une action en faveur du fonds.

Art. 28 *Représentant de la communauté des investisseurs*

- 1 Le juge peut nommer un représentant des investisseurs lorsque des prétentions en dommages-intérêts en faveur du fonds sont rendues vraisemblables.
- 2 Il publie la nomination du représentant dans les organes de publication du fonds.
- 3 Le représentant jouit des mêmes droits que les investisseurs.
- 4 Lorsque le représentant engage une action en faveur du fonds, les investisseurs ne peuvent plus intenter d'action individuelle.
- 5 Les frais du représentant sont à la charge du fonds, à moins qu'il n'en soit décidé autrement par jugement.

Section 6: Dissolution du fonds de placement

Art. 29 *Causes de dissolution*

- 1 Le fonds de placement est dissous:
 - a. lorsque sa durée est indéterminée: sur dénonciation du contrat par la direction ou la banque dépositaire. Le délai de dénonciation est au minimum d'un mois;
 - b. lorsque sa durée est limitée: à la date fixée ou, pour de justes motifs, par décision de l'autorité de surveillance prononçant la dissolution anticipée à la demande de la direction ou de la banque dépositaire;
 - c. lorsque la direction ou la banque dépositaire se sont vu retirer l'autorisation d'exercer leur activité et qu'elles ne sont pas remplacées: par décision de l'autorité de surveillance.
- 2 La direction publie la dissolution dans les organes de publication du fonds.

Art. 30 *Exclusion du rachat et de l'émission des parts*

Aucune part ne peut plus être émise ni rachetée une fois que:

- a. la direction ou la banque dépositaire a dénoncé le contrat;

- b. la dissolution du fonds a été décidée;
- c. l'autorisation d'exercer a été retirée à la direction ou à la banque dépositaire.

Chapitre 3: Prescriptions en matière de placement

Section 1: Disposition générale

Art. 31

La direction ne peut payer directement ou indirectement au moyen de parts, des placements qu'elle a effectués pour le fonds de placement.

Section 2: Fonds en valeurs mobilières

Art. 32 *Placements autorisés*

1 La direction d'un fonds en valeurs mobilières ne peut investir qu'en papiers-valeurs émis en grand nombre, en droits non incorporés ayant la même fonction (droits-valeurs) qui sont négociés en bourse ou sur un autre marché réglementé, ouvert au public.

2 Le Conseil fédéral peut autoriser d'autres placements sous la forme de fonds en valeurs mobilières, notamment s'ils sont autorisés selon le droit de la Communauté européenne applicable aux fonds en valeurs mobilières.

3 Elle peut détenir d'autres papiers-valeurs et d'autres droits-valeurs ainsi que des liquidités adéquates en quantité limitée.

Art. 33 *Répartition des placements*

1 La direction d'un fonds en valeurs mobilières doit respecter les principes de la répartition des risques lorsqu'elle effectue des placements. En règle générale, elle ne peut placer auprès du même débiteur ou de la même entreprise qu'une part maximale déterminée de la fortune du fonds.

2 Les voix acquises par le biais des papiers-valeurs ou des droits-

valeurs auprès d'un débiteur ou d'une entreprise ne doivent pas dépasser une part maximale déterminée.

Art. 34 *Techniques et instruments de placement*

1 Les placements effectués sous forme de parts d'autres fonds de placement sont autorisés jusqu'à concurrence d'une limite maximale déterminée, que ces fonds soient gérés par la même direction ou par une autre.

2 La direction ne peut:

- a. prêter des placements faisant partie de la fortune du fonds qu'à certaines conditions;
- b. effectuer de ventes à découvert pour le compte du fonds;
- c. recourir à des crédits qu'à titre temporaire et jusqu'à concurrence d'une limite maximale déterminée;
- d. grever de droits de gage ou mettre en garantie la fortune du fonds que dans les limites d'une gestion raisonnable et jusqu'à concurrence d'une limite maximale déterminée;
- e. recourir à des techniques de placement et à des instruments de placement spéciaux que dans les limites d'une gestion raisonnable.

Section 3: Autres fonds de placement

Art. 35

1 On entend par autres fonds de placement au sens de la présente section, les fonds de placement qui ne sont ni des fonds en valeurs mobilières (section 2) ni des fonds immobiliers (section 4).

2 Les directions de ces fonds peuvent également effectuer des placements qui n'ont qu'un accès limité au marché, sont sujets à de fortes variations de cours, impliquent une répartition limitée des risques ou sont difficilement évaluables.

3 Sont autorisés notamment les placements sous forme de métaux précieux, de produits de base (commodities), d'options, de contrats à terme, de parts d'autres fonds de placement et d'autres droits.

4 Les directions des autres fonds doivent être qualifiées pour effectuer les placements prévus.

5 Le Conseil fédéral spécifie les types de placements autorisés et en fixe les conditions en fonction de leurs particularités.

6 Lorsque les placements des autres fonds présentent un risque particulier qui n'est pas comparable avec le risque lié aux fonds en valeurs mobilières, ce risque sera mentionné dans leur dénomination ainsi que dans le prospectus et la publicité. La vente de parts de tels fonds doit faire l'objet d'un contrat écrit faisant état du risque particulier que présente le placement.

Section 4: Fonds immobiliers

Art. 36 *Placements autorisés*

1 La direction d'un fonds immobilier place ses avoirs en valeurs immobilières en respectant le principe de la répartition des risques. Le Conseil fédéral peut autoriser des placements à l'étranger si leur valeur peut être évaluée de manière satisfaisante.

2 Sont réputées valeurs immobilières:

- a. les immeubles et leurs accessoires; ils sont inscrits au registre foncier au nom de la direction, avec une annotation précisant leur appartenance au fonds immobilier;
- b. les participations à des sociétés immobilières et les créances contre de telles sociétés dont le but est uniquement l'acquisition et la vente, ainsi que la location et le fermage de leurs immeubles pour autant que le fonds de placement détienne au moins deux tiers du capital et des voix de ces dernières.

3 La copropriété d'immeubles est considérée comme valeur immobilière pour autant que la direction soit en mesure d'exercer une influence prépondérante.

4 Pour assurer ses engagements, la direction doit conserver une part adéquate de la fortune du fonds sous forme de valeurs mobilières à court terme servant un intérêt fixe ou sous forme de fonds disponibles à court terme.

Art. 37 *Répartition des placements*

La direction d'un fonds immobilier doit répartir ses placements notamment selon les objets, leur affectation, leur âge, la nature des bâtiments et leur emplacement.

Art. 38 *Devoirs spéciaux de la direction*

1 La direction répond envers les investisseurs du respect des dispositions de la présente loi et du règlement par les sociétés immobilières faisant partie du fonds de placement, sous réserve de dispositions impératives du droit des sociétés.

2 Les prestations des sociétés immobilières aux membres de leur administration et de leur direction, ainsi qu'à leur personnel sont imputées sur les rémunérations auxquelles la direction a droit en vertu du règlement.

Art. 39 *Experts chargés des estimations*

1 Avec l'accord de l'autorité de surveillance, la direction nomme des experts permanents et indépendants.

2 La direction doit faire estimer par au moins un expert permanent la valeur des immeubles qu'elle désire acheter ou vendre. Elle doit exposer au réviseur les motifs des ventes effectuées au-dessous de la valeur d'estimation et les achats conclus au-dessus de cette dernière.

3 La direction fait vérifier si les coûts probables des projets de construction sont appropriés et conformes au marché.

4 A la clôture de l'exercice annuel, la direction fait contrôler par les experts la valeur vénale de tous les immeubles appartenant au fonds. Si elle comptabilise une autre valeur dans ses livres, elle en expose les motifs au réviseur.

5 L'expert doit motiver sa méthode d'évaluation à l'égard du réviseur.

6 Le Conseil fédéral fixe les exigences requises des experts chargés des estimations et de celles applicables aux estimations de la valeur vénale.

Art. 40 *Compétences spéciales de la direction*

1 Si le règlement le prévoit expressément, la direction peut, pour constituer des placements, faire construire des bâtiments pour le compte du fonds de placement.

2 Dans ce cas, elle peut, pendant la période de préparation et de construction, créditer le compte de résultats du fonds de placement d'un intérêt intercalaire au taux du marché pour les terrains constructibles et les bâtiments en construction; le coût de l'investissement ne doit cependant pas dépasser l'estimation de la valeur vénale.

3 La direction peut constituer des gages sur des immeubles; leur montant ne doit cependant pas dépasser en moyenne la moitié de la valeur vénale de tous les immeubles.

Art. 41 *Emission et rachat de parts*

1 La direction doit proposer les nouvelles parts en priorité aux anciens investisseurs.

2 L'investisseur peut demander le remboursement de sa part pour la fin d'un exercice annuel moyennant un préavis de douze mois. L'article 24, 4^e alinéa, demeure réservé.

Art. 42 *Traitement de parts*

La banque dépositaire assure un traitement en bourse ou hors bourse des parts des fonds immobiliers.

Section 5: Dispositions d'exécution

Art. 43

1 Le Conseil fédéral précise et complète les règles de placement applicables aux différentes catégories de fonds. Ce faisant, il tient compte des principes de la répartition des risques, de la sécurité et de la liquidité des placements.

2 L'autorité de surveillance règle les détails par voie d'ordonnance.

3 Les règles de placement applicables aux fonds en valeurs mobilières doivent satisfaire aux prescriptions du droit de la Communauté européenne.

Chapitre 4: Fonds de placement étrangers

Art. 44 *Définition*

- 1 On entend par fonds de placement étrangers:
 - a. les fonds constitués sur la base d'un contrat de placement collectif ou d'un contrat d'un autre type ayant les mêmes effets, et qui sont gérés par une direction dont le siège et l'administration principale sont à l'étranger;
 - b. les sociétés dont le siège et l'administration principale sont établis à l'étranger, qui ont pour but le placement collectif et auprès desquelles l'investisseur est en droit de demander le remboursement de ses parts par la société elle-même ou par une société qui lui est proche.
- 2 Les autres fonds étrangers ou les autres sociétés étrangères qui sont soumis dans leur pays d'origine à une surveillance sur les fonds de placement sont régis par les dispositions de la présente loi en matière de distribution de parts en Suisse.

Art. 45 *Autorisation*

- 1 Toute personne qui propose ou distribue à titre professionnel des parts de fonds de placement étrangers en Suisse ou à partir de la Suisse doit y être autorisée par l'autorité de surveillance.
- 2 L'autorisation est accordée lorsqu'un fonds de placement est soumis, dans le pays où se trouve le siège de la direction ou de la société, à une surveillance de l'Etat visant la protection des investisseurs et que l'organisation et la politique de placement sont comparables aux dispositions de la présente loi au regard de la protection des investisseurs.
- 3 L'autorisation est accordée aux personnes physiques ou morales dont le siège est en Suisse (représentant). Le Conseil fédéral peut

faire dépendre l'octroi de l'autorisation de garanties financières et professionnelles suffisantes.

4 L'autorisation n'est accordée que si le fonds de placement porte un nom qui ne peut prêter à confusion ni induire en erreur et si, pour les parts distribuées en Suisse, le service de paiement, le lieu d'exécution et le for ont été établis au siège du représentant.

5 Le Conseil fédéral est autorisé à conclure des traités internationaux basés sur le principe de la reconnaissance réciproque des réglementations et des mesures équivalentes, qui prévoient que les fonds de placement originaires des Etats contractants ne sont pas tenus de requérir une autorisation, mais doivent se borner à indiquer à l'autorité de surveillance les parts qu'ils comptent distribuer en Suisse.

6 Les fonds de placement étrangers qui ne sont pas soumis, dans leur pays d'origine, à une surveillance comparable à celle de la Suisse et qui ont reçu, avant le 31 décembre 1991, l'autorisation d'exercer une activité, ne sont pas tenus d'obtenir une autorisation conformément au présent article.

Art. 46 *Obligations du représentant*

1 Le représentant du fonds de placement étranger représente ce dernier en Suisse envers les investisseurs et l'autorité de surveillance. Le pouvoir de représentation ne peut être limité.

2 Le lieu d'exécution et le for demeurent au siège du représentant même après le retrait de l'autorisation ou la dissolution du fonds de placement étranger.

3 Le représentant est responsable des publications et de la publicité en Suisse. Son identité est mentionnée dans toutes les publications.

Chapitre 5: Reddition des comptes et obligations de publier

Art. 47 *Obligation de tenir une comptabilité*

1 La direction doit tenir une comptabilité séparée pour chacun des fonds de placement qu'elle gère.

2 Le Conseil fédéral édicte des prescriptions concernant l'obligation de tenir une comptabilité. Il peut déléguer tout ou partie de cette compétence à l'autorité de surveillance.

Art. 48 *Rapport annuel*

1 La direction publie un rapport annuel pour chacun des fonds de placement qu'elle gère, dans un délai de quatre mois à compter de la fin de l'exercice; le rapport annuel contient notamment les indications et les explications suivantes:

- a. le compte annuel, composé d'un compte de fortune établi à la valeur vénale et d'un compte de résultats, ainsi que des indications relatives à l'utilisation du bénéfice net;
- b. le nombre des parts rachetées et des parts émises durant l'exercice, ainsi que le nombre des parts en circulation à la fin de celui-ci;
- c. l'inventaire de la fortune du fonds établi à la valeur vénale, ainsi que la valeur calculée sur cette base (valeur d'inventaire) de chaque part de fonds, le dernier jour de l'exercice comptable;
- d. une liste des achats et des ventes effectués par la direction pendant l'exercice pour le compte du fonds de placement;
- e. les offices de dépôt;
- f. le nom des personnes auxquelles sont déléguées les décisions afférentes aux placements;
- g. des renseignements sur des affaires présentant une importance économique ou juridique particulière et dont la direction s'est occupée durant l'exercice, notamment sur celles qui concernent des modifications du règlement ou des questions essentielles relevant de l'interprétation du règlement ou de la loi;
- h. un bref rapport du réviseur sur les indications qui précèdent et, dans le cas des fonds immobiliers, sur les indications prévues à l'article 49.

2 Dans un délai de deux mois à compter de la fin du premier semestre de l'exercice comptable, la direction publie un rapport semestriel. Ce dernier contient un compte de fortune et un compte de résultats

non révisés ainsi que les indications prévues au 1er alinéa, lettres b, c et d.

3 La direction présente à l'autorité de surveillance ses rapports annuel et semestriel au plus tard lors de leur publication. Elle les tient à titre gratuit pendant dix ans à la disposition des personnes intéressées.

Art. 49 *Rapport annuel des fonds immobiliers*

1 Le compte annuel d'un fonds immobilier se compose d'un compte général consolidé de la fortune, et du revenu du fonds de placement et des sociétés immobilières en faisant partie.

2 Les immeubles doivent être comptabilisés à leur valeur vénale dans le compte de fortune.

3 L'inventaire de la fortune du fonds doit faire état du prix de revient, de la valeur assurée et de la valeur vénale estimée de chaque immeuble.

4 Le rapport annuel d'un fonds immobilier contient l'identité des experts chargés d'estimations, des indications sur les méthodes d'estimation et sur les taux de capitalisation appliqués.

5 La liste des achats et des ventes indiquera séparément les valeurs immobilières.

Art. 50 *Prospectus*

1 La direction publie un prospectus pour chacun des fonds de placement qu'elle gère. Ce prospectus contient le règlement et d'autres indications prescrites par le Conseil fédéral selon le droit de la Communauté européenne.

2 Avant la conclusion du contrat, la direction doit mettre le prospectus, à titre gratuit, à la disposition du futur investisseur. Toute publicité du fonds de placement doit renvoyer au prospectus et préciser où ce dernier peut être obtenu.

3 La direction présente spontanément le prospectus et toute modification à l'autorité de surveillance.

Art. 51 *Prix d'émission et de rachat*

La direction publie conjointement, à intervalles réguliers, les prix d'émission et de rachat.

Chapitre 6: Révision et surveillance

Section 1: Révision

Art. 52 *Organe de révision*

1 Un organe de révision indépendant, reconnu par l'autorité de surveillance, contrôle chaque année tous les fonds de placement gérés par une même direction, ainsi que l'activité de cette dernière. Le Conseil fédéral fixe les conditions de la reconnaissance.

2 La direction communique à l'autorité de surveillance la nomination et le changement de l'organe de révision. Si les intérêts des investisseurs semblent menacés, l'autorité de surveillance peut exiger qu'un autre organe de révision soit nommé ou que l'ancien soit maintenu.

3 La rémunération de la révision ordinaire peut être mise à la charge du fonds.

Art. 53 *Devoirs de l'organe de révision*

1 L'organe de révision vérifie si la direction et la banque dépositaire ont respecté les prescriptions légales et les dispositions du règlement; il contrôle notamment:

- a. les comptes annuels du fonds de placement et des sociétés immobilières en faisant partie;
- b. les autres informations à publier, notamment le prospectus;
- c. le compte annuel de la direction.

2 L'organe de révision établit un rapport détaillé sur les contrôles effectués; il adresse ce rapport à la direction, à la banque dépositaire et à l'autorité de surveillance.

3 Si l'organe de révision constate des infractions à la loi ou au règlement, ou des irrégularités, il en avertit immédiatement l'autorité de surveillance.

4 L'autorité de surveillance règle l'exécution de la révision et l'établissement du rapport de révision.

Art. 54 *Secret de la révision*

1 Il est interdit au réviseur de livrer à des investisseurs ou à des tiers des informations qui lui ont été révélées ou dont il a pris connaissance dans l'exercice de ses activités.

2 Sont réservées les dispositions fédérales et cantonales sur l'obligation de témoigner et d'informer les autorités.

Art. 55 *Obligation d'informer de la direction et de la banque dépositaire*

1 La direction et la banque dépositaire ainsi que les sociétés immobilières qui font partie du fonds de placement doivent tenir à la disposition de l'organe de révision leurs livres, leurs pièces ainsi que les rapports établis par les experts chargés des estimations et lui donner tous les renseignements nécessaires au contrôle.

2 Le réviseur bancaire de la banque dépositaire collabore avec l'organe de révision de la direction.

Section 2: Surveillance

Art. 56 *Autorité de surveillance*

1 L'autorité de surveillance des fonds de placement est la Commission fédérale des banques.

2 Elle veille au respect de la présente loi et des règlements des fonds.

3 Elle ne vérifie pas l'opportunité des décisions prises par les organes du fonds en matière de gestion.

4 L'autorité de surveillance publie par voie de circulaire sa pratique en application de la loi.

Art. 57 *Retrait de l'autorisation*

1 L'autorité de surveillance retire les autorisations lorsque leurs détenteurs violent gravement les obligations légales et contractuelles.

2 Les autorisations perdent leur validité lorsque leurs détenteurs font faillite.

3 La direction qui n'a plus l'autorisation d'exercer son activité ne peut plus disposer des avoirs faisant partie de ses fonds de placement.

Art. 58 *Autres mesures*

1 Si elle constate que la loi ou le règlement ont été violés, ou que des irrégularités ont été commises, l'autorité de surveillance prend les mesures nécessaires au rétablissement de la légalité.

2 Elle peut prescrire à la direction d'un fonds de placement non autorisé de donner à ce dernier une forme répondant aux prescriptions de la présente loi ou prononcer la dissolution du fonds.

3 Elle peut obliger la direction, la banque dépositaire ou le représentant d'un fonds de placement étranger à fournir des sûretés si les droits des investisseurs semblent menacés.

4 Si nécessaire, elle peut faire estimer la valeur des immeubles de fonds immobiliers par d'autres experts (art. 39). Elle peut révoquer les experts permanents chargés des estimations.

5 Si elle apprend l'existence d'une infraction punissable en vertu de la présente loi, l'autorité de surveillance la dénonce au Département fédéral des finances. Si elle apprend l'existence d'autres violations punissables, elle en informe les autorités de poursuites pénales compétentes.

Art. 59 *Nomination d'un observateur*

1 L'autorité de surveillance peut imposer un observateur à une direction ou à une banque dépositaire si les droits des investisseurs semblent sérieusement menacés.

2 L'observateur surveille les activités de la direction, notamment l'exécution des mesures arrêtées par l'autorité de surveillance. Il fait régulièrement un rapport à l'autorité de surveillance.

3 Il a le droit de consulter tous les livres de la société soumise à sa surveillance et de requérir tous les renseignements voulus. Il n'exerce lui-même aucune activité de gestion.

4 La société sous surveillance supporte les frais encourus par l'observateur. Elle ne peut les imputer au fonds de placement.

Art. 60 *Nomination d'un gérant*

1 L'autorité de surveillance nomme un gérant en lieu et place de la direction ou de la banque dépositaire devenue incapable d'exercer son activité. Elle publie cette nomination dans les organes de publication du fonds de placement.

2 Dans le délai d'une année, le gérant propose à l'autorité de surveillance de nommer une nouvelle direction ou une nouvelle banque dépositaire, ou de dissoudre le fonds de placement.

3 L'autorité de surveillance se prononce sur la rémunération due au gérant et décide si et dans quelle mesure la direction ou la banque dépositaire remplacées doivent rembourser cette rémunération au fonds de placement.

Art. 61 *Droit d'être renseigné*

1 L'autorité de surveillance peut demander aux personnes et aux sociétés soumises à la loi tout renseignement et document utile à l'exécution de sa tâche. Elle peut ordonner des révisions extraordinaires.

2 S'il existe des raisons de penser que des personnes exercent sans autorisation une activité régie par la présente loi, l'autorité de surveillance peut leur demander des renseignements et des documents comme s'il s'agissait de personnes soumises à la présente loi.

3 Les tribunaux communiquent gratuitement à l'autorité de surveillance le texte complet de leurs jugements rendus dans des contestations civiles entre une personne ou une société soumise à la présente loi et un investisseur.

Art. 62 *Voies de droit*

1 La procédure devant l'autorité de surveillance est régie par la loi fédérale sur la procédure administrative.¹

2 Les décisions de l'autorité de surveillance peuvent être déférées au Tribunal fédéral par la voie du recours de droit administratif.

Art. 63 *Coopération avec les autorités étrangères de surveillance*

1 L'autorité de surveillance peut demander aux autorités étrangères de surveillance de fonds de placement de lui transmettre les informations et les documents nécessaires à l'application de la présente loi.

2 Elle peut transmettre aux autorités étrangères de surveillance de fonds de placement des informations et des documents non accessibles au public si ces autorités:

- a. utilisent ces informations exclusivement à des fins de surveillance directe de fonds de placement;
- b. sont liées par le secret professionnel ou le secret de fonction et
- c. ne transmettent ces informations à des autorités compétentes et à des organismes ayant des fonctions de surveillance dictées par l'intérêt public qu'avec l'autorisation préalable de l'autorité suisse de surveillance ou une autorisation générale contenue dans un traité international au sens du 4e alinéa. Lorsque l'entraide internationale en matière pénale est exclue, aucune information ne peut être transmise à des autorités pénales. L'autorité de surveillance décide en accord avec l'Office fédéral de la police.

3 La loi fédérale sur la procédure administrative¹ est applicable lorsque les informations à transmettre par l'autorité de surveillance concernent des investisseurs individuels.

4 Le Conseil fédéral peut conclure des traités de coopération avec des autorités étrangères de surveillance dans les limites prévues au 2^e alinéa.

¹ RS 172.021.

Chapitre 7: Rapport des directions avec la Banque nationale suisse

Art. 64

1 Le Conseil fédéral peut obliger les directions à remettre à la Banque nationale suisse des rapports périodiques sur le développement des fonds de placement qu'elles gèrent.

2 Il peut obliger les représentants de fonds de placement étrangers à communiquer à la Banque nationale suisse des informations sur la vente de leur fonds de placement.

Chapitre 8: Responsabilité

Art. 65 *Principe*

1 La direction, la banque dépositaire, le distributeur, le représentant d'un fonds de placement étranger, le réviseur, l'expert chargé des estimations, le représentant de la communauté des investisseurs, le liquidateur, l'observateur ou le gérant d'un fonds de placement qui viole ses obligations, répond envers les investisseurs des dommages en résultant pour eux, à moins qu'il ne prouve qu'aucune faute ne peut lui être imputée.

2 Sa responsabilité s'étend également à ses aides ainsi qu'aux personnes qui agissent en son nom.

3 Toute restriction de cette responsabilité est exclue.

Art. 66 *Solidarité et recours*

1 Si plusieurs personnes répondent d'un même dommage, chacune d'elles est solidairement responsable dans la mesure où le dommage peut lui être imputé personnellement en raison de sa faute et des circonstances.

2 Le juge détermine le droit de recours de chacun des participants en fonction de toutes les circonstances.

Art. 67 *Prescription*

L'action en dommages-intérêts se prescrit par dix ans à compter

du jour où le dommage s'est produit, mais par une année au plus à compter du jour du remboursement d'une part.

Chapitre 9: For

Art. 68

Les investisseurs peuvent ouvrir une action civile contre la direction, la banque dépositaire, le distributeur, le réviseur, le liquidateur, les experts chargés des estimations, le représentant de la communauté des investisseurs, l'observateur ou le gérant d'un fonds de placement devant le juge compétent au siège de la direction.

Chapitre 10: Dispositions pénales

Art. 69 *Délits*

1 Sera puni de l'emprisonnement pour six mois au plus ou d'une amende de 200 000 francs au plus quiconque, intentionnellement:

- a. exerce les fonctions de direction, de banque dépositaire, de distributeur ou de représentant d'un fonds de placement étranger sans être au bénéfice d'une autorisation ou qui constitue un fonds de placement sans que le règlement ait été approuvé;
- b. donne, dans la publicité, des indications non autorisées, fausses ou fallacieuses sur un fonds de placement;
- c. donne de fausses indications dans le rapport annuel, dans le rapport semestriel, dans le prospectus ou dans d'autres informations ou passe sous silence des faits importants;
- d. donne de fausses informations ou ne communique pas les informations requises à l'organe de révision, à l'observateur ou à l'autorité de surveillance;
- e. effectue, dans l'exercice de ses fonctions de direction, d'autres opérations que celles qui relèvent de la gestion du fonds;
- f. viole gravement les devoirs qui lui sont imposés en qualité

d'organe de révision reconnu, donne notamment de fausses indications ou passe sous silence des faits importants dans le rapport de révision, s'abstient d'effectuer une communication prescrite à l'autorité de surveillance ou divulgue des secrets relevant de la révision;

g. viole gravement les devoirs qui lui sont imposés en qualité d'expert chargé des estimations.

2 Si l'auteur agit par négligence, il sera puni d'une amende de 100 000 francs au plus.

Art. 70 *Contraventions*

1 Sera puni des arrêts ou d'une amende de 100 000 francs au plus quiconque, intentionnellement:

a. ne tient pas de comptabilité régulière, ou ne conserve pas les livres, les pièces et les documents conformément aux dispositions applicables;

b. ne donne pas dans le rapport annuel, dans le rapport semestriel ou dans le prospectus toutes les indications prescrites et ne les publie pas ou ne les publie pas dans les délais prescrits;

c. ne se soumet pas à une décision qui lui a été signifiée par l'autorité de surveillance, sous la menace de la peine prévue au présent article;

d. ne fait pas à la Banque nationale suisse les rapports prescrits ou donne dans ceux-ci des indications contraires à la vérité.

2 Si l'auteur agit par négligence, il sera puni d'une amende de 50 000 francs au plus.

Art. 71 *Rapport avec le droit pénal administratif*

1 La loi fédérale sur le droit pénal administratif¹ est applicable. L'autorité compétente pour poursuivre et juger est le Département fédéral des finances.

2 En matière de contraventions, l'action pénale se prescrit par cinq ans. En cas d'interruption de la prescription, cette dernière est

acquise au plus tard lorsque le délai ordinaire sera dépassé de moitié.

Chapitre 11: Dispositions finales

Art. 72 *Prescriptions applicables aux fonds hypothécaires*

Le Conseil fédéral peut édicter des prescriptions sur la constitution des fonds hypothécaires.

Art. 73 *Abrogation du droit en vigueur*

Sont abrogées:

- a. la loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement;
- b. l'ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers.

Art. 74 *Modification du droit en vigueur*

La loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite¹ est modifiée comme suit:

Art. 219, 4^e al., troisième classe, let. f

- f. Les créances des réviseurs, des observateurs, des gérants, des experts chargés des estimations et des représentants de la communauté des investisseurs résultant de l'activité qu'ils ont consacrée à un fonds de placement.

Art. 75 *Dispositions transitoires*

1 Exceptées les dispositions qui suivent, la présente loi est applicable dès son entrée en vigueur aux nouveaux fonds de placement et aux fonds de placement existants.

2 Les dispositions de procédure s'appliquent également aux procédures engagées avant l'entrée en vigueur de la présente loi. Les

¹ RS 281.1.

demandes de modification du règlement présentées au juge civil avant l'entrée en vigueur de la présente loi seront jugées selon l'ancien droit de procédure.

3 Dans un délai de trois mois à compter de l'entrée en vigueur de la présente loi:

- a. les directions doivent convertir les actions au porteur en actions nominatives (art. 9, 3^e al.);
- b. les directions doivent communiquer à l'autorité de surveillance le nom des personnes qui ont une fonction dirigeante (art. 9, 5^e al.);
- c. les directions doivent communiquer à l'autorité de surveillance le nom des actionnaires qu'elles sont tenues d'annoncer, de même que le nom des personnes susceptibles d'influencer leur activité (art. 10, 2^e al.);
- d. les distributeurs doivent présenter leur demande d'autorisation à l'autorité de surveillance (art. 22, 1^{er} al.);
- e. les directions des fonds immobiliers doivent soumettre à l'autorité de surveillance des propositions de nomination des experts chargés des estimations (art. 39, 1^{er} al.).

4 L'autorisation de faire appel au public pour un fonds de placement étranger expire dans un délai de six mois après l'entrée en vigueur de la présente loi si aucune demande d'autorisation n'a été présentée conformément aux prescriptions de la présente loi et si aucun représentant n'a été désigné (art. 45 s). L'autorisation de faire appel au public, délivrée selon l'ancien droit, demeure en vigueur tant que la demande d'autorisation n'a pas fait l'objet d'une décision.

5 Dans un délai d'une année à compter de l'entrée en vigueur de la présente loi:

- a. les banques doivent conclure des contrats écrits de gestion de fortune concernant les portefeuilles collectifs internes des banques (art. 4);
- b. les établissements qui n'ont pas le statut de banque doivent liquider leurs portefeuilles collectifs internes (art. 4);
- c. les directions doivent faire approuver les règlements révisés (art. 7);

d. les directions doivent publier un prospectus pour chaque fonds de placement (art. 50).

6 Dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente loi, la direction devra être séparée de la banque dépositaire (art. 9 et 17).

7 Le rapport annuel devra être établi selon les nouvelles prescriptions dès l'exercice annuel qui suivra l'entrée en vigueur de la nouvelle loi (art. 48 et 49).

8 L'autorité de surveillance peut, dans des cas particuliers, prolonger les délais mentionnés au présent article.

Art. 76 *Référendum et entrée en vigueur*

1 La présente loi est sujette au référendum facultatif.

2 Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Legge sui fondi di investimento

Introduzione

In data 14 novembre 1992, il Consiglio federale ha pubblicato il suo Messaggio concernente la revisione della legge federale sui fondi di investimento (FF 1993 I 137). Con voto finale del 18 marzo 1994, le Camere federali hanno adottato il progetto di revisione comprensivo di alcune modificazioni.

Qui di seguito, pubblichiamo il testo completo della nuova legge federale sui fondi di investimento nella versione a noi conosciuta a conclusione dei dibattiti parlamentari. Teniamo a precisare che fa fede solo la versione pubblicata nella Raccolta ufficiale delle leggi federali.

Al momento in cui il presente Bollettino è pubblicato, non si conosce ancora la data dell'entrata in vigore della nuova legge.

Legge federale sui fondi di investimento (LFI)

del 18 marzo 1994

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,
visti gli articoli 31^{bis} capoverso 2, 31^{quater}, 31^{sexies} capoverso 1, 64 e
64^{bis} della Costituzione federale¹;
visto il messaggio del Consiglio federale del 14 dicembre 1992²,
decreta:

Capitolo 1: Scopo, definizione e campo d'applicazione

Art. 1 *Scopo*

La presente legge ha lo scopo di tutelare gli investitori.

Art. 2 *Definizioni*

1 Il fondo di investimento è costituito dagli apporti effettuati dagli investitori in seguito ad un appello pubblico in vista di un investimento collettivo ed è gestito da una direzione, per conto degli investitori, di norma secondo il principio della ripartizione dei rischi.

2 Si considera pubblico qualsiasi appello che indipendentemente dalla sua forma non si rivolge unicamente ad una cerchia ristretta di persone. La clientela di un'impresa non è considerata a priori una cerchia ristretta di persone.

Art. 3 *Campo d'applicazione*

1 Sottostanno alla presente legge i patrimoni gestiti da contratti collettivi di investimento.

2 I patrimoni gestiti in un'altra forma, in particolare quella prevista dal diritto delle società, non sottostanno alla presente legge.

3 Qualunque sia la loro forma giuridica, i fondi di investimento stranieri le cui quote sono vendute in Svizzera sottostanno alle pertinenti disposizioni della presente legge.

¹ RS 101.

² FF 1993 I 137.

4 Il Consiglio federale può assoggettare totalmente o parzialmente alla legge i portafogli collettivi analoghi ai fondi di investimento, oppure esentare totalmente o parzialmente fondi che vi sono sottoposti, purché lo scopo tutelare della legge non ne sia pregiudicato.

Art. 4 *Portafogli collettivi interni delle banche*

1 Le banche sono autorizzate a istituire portafogli collettivi in vista della gestione collettiva di averi detenuti dai loro clienti.

2 Esse non sono autorizzate a rivolgere inviti al pubblico per questi portafogli collettivi.

3 Esse possono fare partecipare i loro clienti ad un portafoglio collettivo interno soltanto sulla base di un contratto scritto di gestione patrimoniale. Non possono emettere certificati.

4 Se la banca è dichiarata in fallimento, gli averi del portafoglio collettivo sono separati dalla massa a favore degli investitori.

5 Il Consiglio federale può dichiarare talune prescrizioni della presente legge applicabili ai portafogli collettivi interni delle banche, in particolare quelle che si riferiscono alle modificazioni del contratto, al diritto di disdetta, alla revisione, al rendiconto, all'informazione e alle pubblicazioni.

Art. 5 *Protezione della denominazione*

È vietato utilizzare le denominazioni «fondo di investimento», «fondo di collocamento» o qualsiasi altra denominazione analoga che potrebbe indurre in errore o prestarsi a confusione per i fondi che non sottostanno alla presente legge o per i portafogli collettivi interni delle banche.

Capitolo 2: Disposizioni generali

Sezione 1: Contratto di investimento collettivo

Art. 6 *Definizione*

1 Il contratto di investimento collettivo è un contratto mediante il

quale la direzione del fondo si impegna a far partecipare l'investitore ad un fondo di investimento proporzionalmente alle quote acquistate e a gestire tale fondo di investimento in modo autonomo conformemente alle disposizioni del regolamento e della legge.

2 La banca depositaria è parte contraente conformemente ai compiti che le sono conferiti dalla legge e dal regolamento.

Art. 7 *Regolamento*

1 La direzione stabilisce il regolamento d'intesa con la banca depositaria e lo sottopone per approvazione all'autorità di vigilanza.

2 Il regolamento definisce i diritti e gli obblighi della direzione, della banca depositaria e degli investitori.

3 Esso contiene in particolare disposizioni concernenti:

- a. la denominazione del fondo di investimento, la ragione sociale e la sede della direzione e della banca depositaria;
- b. le direttive che disciplinano la politica di investimento; se tale politica comporta rischi particolari, essi devono essere menzionati espressamente ed essere riconoscibili per l'investitore;
- c. il calcolo del prezzo di emissione e di riscatto delle quote;
- d. l'utilizzazione dell'utile netto e dei guadagni di capitale realizzati in seguito all'alienazione di averi;
- e. la natura e il calcolo di tutte le remunerazioni versate alla direzione e alla banca depositaria, comprese le commissioni di emissione e di riscatto, nonché le commissioni o le spese speciali che possono essere imputate al fondo;
- f. l'esercizio annuale;
- g. i servizi presso i quali il prospetto, il regolamento ed il rapporto annuale sono depositati e possono essere ottenuti;
- h. gli organi di pubblicazione (Foglio ufficiale svizzero di commercio e almeno un quotidiano o settimanale), nonché la forma delle pubblicazioni concernenti il fondo di investimento;
- i. la durata del fondo di investimento e il termine di disdetta che devono osservare la direzione e la banca depositaria;

- k. la suddivisione del fondo in segmenti;
 - l. l'unità di conto del fondo di investimento;
 - m. il termine di disdetta applicabile ai fondi immobiliari e ai fondi ipotecari;
 - n. le condizioni che disciplinano il termine di rimborso delle quote.
- 4 La denominazione del fondo di investimento non deve indurre in errore né prestarsi a confusione.

Art. 8 *Modificazione del regolamento*

1 L'autorità di vigilanza esamina le modificazioni del regolamento su richiesta congiunta della direzione e della banca depositaria.

2 La direzione deve pubblicare anticipatamente a due riprese negli organi di pubblicazione del fondo e una sola volta nel rapporto annuale o semestrale ogni progetto di modificazione del regolamento. Nel contempo indica agli investitori che possono far valere le loro obiezioni presso l'autorità di vigilanza nei 30 giorni successivi all'ultima pubblicazione o esigere il pagamento in contanti delle loro quote.

3 Se gli investitori sollevano obiezioni, l'autorità di vigilanza trasmette gli atti al giudice competente. Negli altri casi statuisce come istanza unica.

4 L'autorità di vigilanza o il giudice pubblicano la loro decisione negli organi di pubblicazione del fondo.

Sezione 2: Direzione del fondo

Art. 9 *Organizzazione*

1 La direzione deve essere una società anonima con sede e amministrazione centrale in Svizzera. Il suo scopo sociale deve consistere esclusivamente in attività inerenti al fondo.

2 Essa deve disporre di un capitale minimo. Il Consiglio federale ne fissa l'importo.

- 3 Il capitale azionario è diviso in azioni nominative.
- 4 La direzione deve disporre di un'organizzazione che le consenta di svolgere i compiti che le incombono.
- 5 Il personale dirigente deve godere di buona reputazione e disporre della formazione e dell'esperienza necessarie allo svolgimento dei suoi compiti.
- 6 Il personale dirigente deve essere indipendente da quello della banca depositaria e viceversa.

Art. 10 *Obbligo di autorizzazione e di notificazione*

- 1 La direzione può iniziare la sua attività soltanto dopo aver ottenuto l'autorizzazione dell'autorità di vigilanza. L'autorizzazione è accordata se sono adempite le esigenze in materia di organizzazione, di fondi propri e di qualifiche professionali.
- 2 La direzione comunica all'autorità di vigilanza il nome delle persone fisiche e giuridiche che detengono direttamente o indirettamente una quota qualificata del capitale e dei diritti di voto o che potrebbero influenzare direttamente o indirettamente la sua attività.

Art. 11 *Compiti*

- 1 La direzione gestisce in modo indipendente e in proprio nome il fondo per conto degli investitori; essa decide in particolare l'emissione di quote e gli investimenti, stabilisce il prezzo di emissione e di riscatto delle quote nonché la distribuzione degli utili ed esercita tutti i diritti del fondo di investimento.
- 2 Essa può delegare le decisioni in materia di investimento nonché altri compiti parziali per assicurare una gestione appropriata. È responsabile degli atti dei suoi mandatari come se si trattasse dei suoi propri atti.

Art. 12 *Dovere di lealtà*

- 1 La direzione ed i suoi mandatari perseguono esclusivamente gli interessi degli investitori.
- 2 In caso di acquisto o di alienazione di averi per conto del fondo, la direzione non deve accettare alcuna retrocessione o altro vantag-

gio patrimoniale per sé stessa o a favore ai terzi, fatte salve le remunerazioni previste dal regolamento.

3 La direzione e le persone che agiscono in suo nome nonché le persone fisiche e giuridiche che le sono prossime possono acquistare per loro proprio conto investimenti dal fondo oppure cederli al fondo soltanto al valore di mercato. L'acquisizione o la cessione di valori immobiliari sono vietate.

Art. 13 *Fondi propri*

1 La direzione deve mantenere una proporzione adeguata tra l'ammontare dei suoi fondi propri ed il patrimonio totale dei fondi di investimento che gestisce. Il Consiglio federale stabilisce questa proporzione.

2 La direzione non può investire i suoi propri fondi obbligatori in quote dei fondi che essa stessa emette, né prestarli agli azionisti o alle persone fisiche e giuridiche che le sono prossime.

Art. 14 *Diritti*

1 La direzione ha il diritto di ricevere le remunerazioni previste dal regolamento, di essere liberata dagli impegni assunti nell'esercizio regolare del contratto di investimento collettivo e di essere rimborsata delle spese effettuate per adempiere questi impegni.

2 I crediti della direzione sono addebitati al fondo di investimento; è esclusa la responsabilità personale degli investitori.

Art. 15 *Cambiamento di direzione*

1 I diritti e gli obblighi della direzione possono essere ripresi da un'altra direzione.

2 Per essere valido, il contratto di ripresa tra la vecchia e la nuova direzione deve essere concluso per scritto, approvato dalla banca depositaria e autorizzato dall'autorità di vigilanza.

3 L'autorità di vigilanza autorizza il cambiamento di direzione se le prescrizioni legali sono adempite e se la continuazione del fondo è nell'interesse degli investitori.

4 Prima dell'approvazione da parte dell'autorità di vigilanza, la direzione in carica notifica il progetto di cambiamento mediante pubblicazione a due riprese negli organi di pubblicazione del fondo e una sola volta nel rapporto annuale o semestrale. Nel contempo indica agli investitori che possono far valere le loro obiezioni presso l'autorità di vigilanza nei 30 giorni successivi all'ultima pubblicazione o esigere il pagamento in contanti delle loro quote.

5 Se gli investitori sollevano obiezioni, l'autorità di vigilanza trasmette gli atti al giudice competente. Negli altri casi statuisce definitivamente.

6 L'autorità di vigilanza o il giudice pubblicano la loro decisione negli organi di pubblicazione del fondo.

Art. 16 *Distrazione dal patrimonio del fondo*

1 In caso di fallimento della direzione, gli averi del fondo di investimento sono separati dalla massa a favore degli investitori. Sono fatti salvi i crediti della direzione (art. 14).

2 I debiti della direzione che non derivano dal contratto di investimento collettivo non possono essere compensati con crediti appartenenti al fondo di investimento.

Sezione 3: Banca depositaria

Art. 17 *Organizzazione*

1 La banca depositaria deve essere una banca ai sensi della legge federale sulle banche e le casse di risparmio.¹

2 Essa deve disporre di un'organizzazione che le consenta di svolgere i compiti che le incombono.

Art. 18 *Obbligo di autorizzazione*

La banca depositaria può iniziare la sua attività soltanto dopo aver ottenuto l'autorizzazione dell'autorità di vigilanza. L'autorizza-

¹ RS 952.0.

zione è accordata se sono adempite le esigenze in materia di organizzazione (art. 17).

Art. 19 *Compiti*

1 La banca depositaria custodisce il patrimonio del fondo. Essa è autorizzata ad effettuare depositi presso terzi, in Svizzera o all'estero. In questi casi non è liberata dalla sua responsabilità.

2 Essa veglia affinché la direzione rispetti in particolare le disposizioni della legge e del regolamento relative:

- a. alle decisioni in materia di investimenti;
- b. al calcolo del valore delle quote;
- c. all'utilizzazione del reddito del patrimonio del fondo.

3 La banca depositaria emette e riscatta le quote del fondo e garantisce il servizio di pagamento e di incasso per conto del fondo di investimento.

4 Il regolamento può imporre ulteriori obblighi alla banca depositaria.

Art. 20 *Dovere di lealtà*

1 La banca depositaria ed i suoi mandatari perseguono esclusivamente gli interessi degli investitori.

2 In caso di acquisto o di alienazione di averi per conto del fondo la banca depositaria non deve accettare alcun vantaggio patrimoniale per sé stessa o a favore di terzi, fatte salve le remunerazioni previste dal regolamento.

3 La banca depositaria e le persone che agiscono in suo nome nonché le persone fisiche e giuridiche che lo sono prossime possono acquistare per loro proprio conto investimenti dal fondo oppure cederli al fondo soltanto al valore di mercato. L'acquisto o la cessione di valori immobiliari sono vietati.

Art. 21 *Cambiamento di banca depositaria*

1 I diritti e gli obblighi della banca depositaria possono essere ripresi da un'altra banca depositaria.

2 Per essere valido, il contratto di ripresa tra la vecchia e la nuova banca depositaria deve essere concluso per scritto, approvato dalla direzione e autorizzato dall'autorità di vigilanza.

3 L'autorità di vigilanza autorizza il cambiamento di banca depositaria se le prescrizioni legali sono adempite e se la continuazione del fondo è nell'interesse degli investitori.

4 Prima dell'approvazione da parte dell'autorità di vigilanza, la direzione notifica il progetto di cambiamento di banca depositaria mediante pubblicazione a due riprese negli organi di pubblicazione del fondo e una sola volta nel rapporto annuale o semestrale. Nel contempo indica agli investitori che possono far valere le loro obiezioni presso l'autorità di sorveglianza nei 30 giorni successivi all'ultima pubblicazione o esigere il pagamento in contanti delle loro quote.

5 Se gli investitori sollevano obiezioni, l'autorità di vigilanza trasmette gli atti al giudice competente. Negli altri casi statuisce definitivamente.

6 L'autorità di vigilanza o il giudice pubblicano la loro decisione negli organi di pubblicazione del fondo.

Sezione 4: Distributori

Art. 22 *Obbligo di autorizzazione*

1 Chiunque offre o distribuisce a titolo professionale quote di fondi di investimento senza appartenere alla direzione o alla banca depositaria abbisogna a tale scopo dell'autorizzazione dell'autorità di vigilanza.

2 Il Consiglio federale stabilisce le esigenze per il rilascio dell'autorizzazione.

3 Esso può in particolare far dipendere il rilascio dell'autorizzazione da sufficienti garanzie finanziarie e professionali da parte del distributore.

4 Il Consiglio federale può liberare dall'obbligo dell'autorizzazione i distributori che sottostanno già ad un'altra sorveglianza dello Stato.

Sezione 5: Investitori

Art. 23 *Acquisto di quote*

1 Con il suo versamento l'investitore acquista crediti nei confronti della direzione ai fini della sua partecipazione al patrimonio e ai redditi del fondo.

2 Se il fondo comporta più segmenti, l'investitore ha diritto unicamente al patrimonio e ai redditi del segmento nel quale ha operato l'investimento.

3 Il prezzo di emissione delle quote corrisponde al valore venale del patrimonio del fondo al momento dell'emissione, diviso per il numero di quote in circolazione.

4 L'investitore può esigere la consegna di un certificato.

Art. 24 *Diritto di disdetta*

1 L'investitore può disdire in qualsiasi momento il contratto di investimento collettivo ed esigere dal fondo il pagamento in contanti delle sue quote. Se gli sono stati consegnati certificati, deve restituirli.

2 Il Consiglio federale può prevedere eccezioni al diritto di disdetta per i fondi difficilmente valutabili o di limitato accesso al mercato.

3 Il Consiglio federale stabilisce i casi nei quali il regolamento può prevedere nell'interesse di tutti gli investitori una dilazione per il rimborso delle quote.

4 In caso di circostanze straordinarie l'autorità di vigilanza può accordare alla direzione, nell'interesse di tutti gli investitori, una dilazione per il rimborso delle quote.

5 Il prezzo di riscatto è calcolato il giorno del rimborso secondo i principi applicabili al prezzo di emissione.

Art. 25 *Diritto di disdetta applicabile ai fondi ipotecari*

1 In deroga all'articolo 24, il diritto di disdetta di quote dei fondi ipotecari può essere escluso dal regolamento. Questa condizione deve figurare nella pubblicità, nel regolamento e nel prospetto.

2 Le quote dei fondi ipotecari devono essere quotate in borsa; in caso contrario la direzione o la banca depositaria devono comunicare regolarmente i corsi ai quali si impegnano ad acquistarle o ad alienarle.

Art. 26 *Diritto di informazione*

1 La direzione del fondo è tenuta a fornire in ogni momento all'investitore le informazioni necessarie sulle basi di calcolo del prezzo di emissione e di riscatto delle quote. Ove l'investitore faccia valere un interesse legittimo a informazioni più dettagliate su singole operazioni concernenti gli esercizi precedenti, la direzione del fondo deve parimenti fornirglielie in ogni momento.

2 Il giudice può ordinare che l'organo di revisione o un altro perito esamini i punti controversi e faccia rapporto all'investitore.

Art. 27 *Diritto all'adempimento del contratto*

1 Se la direzione o la banca depositaria non adempiono i loro compiti contrattuali o li adempiono in modo inadeguato, l'investitore può proporre un'azione di adempimento del contratto, anche se il relativo giudizio può esplicare effetti su tutti gli investitori.

2 Se la direzione, la banca depositaria, le persone che agiscono in loro nome o le persone fisiche e giuridiche che sono loro prossime hanno distolto averi del fondo di investimento oppure si sono riservate vantaggi patrimoniali illeciti o hanno causato un danno di altra natura al fondo, l'azione dell'investitore ha per oggetto il risarcimento in favore del fondo.

Art. 28 *Rappresentante della comunità degli investitori*

1 Il giudice può nominare un rappresentante della comunità degli investitori se sono rese verosimili pretese di risarcimento a favore del fondo.

2 Il giudice pubblica la nomina del rappresentante negli organi di pubblicazione del fondo.

3 Il rappresentante ha i medesimi diritti degli investitori.

4 Gli investitori non possono più proporre azioni individuali se il rappresentante introduce un'azione di risarcimento a favore del fondo.

5 Le spese del rappresentante sono a carico del fondo, a meno che la sentenza non disponga altrimenti.

Sezione 6: Scioglimento del fondo di investimento

Art. 29 *Cause di scioglimento*

1 Il fondo di investimento è sciolto:

- a. se la durata è indeterminata: su disdetta del contratto da parte della direzione o della banca depositaria. Il termine di disdetta è di un mese al minimo;
- b. se la durata è determinata: alla data prestabilita oppure, per gravi motivi, per decisione dell'autorità di vigilanza che pronuncia lo scioglimento anticipato su richiesta della direzione o della banca depositaria;
- c. per decisione dell'autorità di vigilanza, se alla direzione o alla banca depositaria viene revocata l'autorizzazione d'esercizio e non viene istituita una nuova direzione o banca depositaria.

2 La direzione del fondo rende noto lo scioglimento negli organi di pubblicazione.

Art. 30 *Divieto di riscatto e di emissione di nuove quote*

Nessuna nuova quota può essere emessa o riscattata se:

- a. la direzione o la banca depositaria hanno disdetto il contratto;
- b. lo scioglimento del fondo è stato deciso;
- c. l'autorizzazione di esercitare l'attività è stata revocata alla direzione o alla banca depositaria.

Capitolo 3: Prescrizioni in materia di investimento

Sezione 1: Disposizioni generali

Art. 31

La direzione non può pagare direttamente o indirettamente mediante quote del fondo di investimento gli investimenti che effettua per conto dello stesso.

Sezione 2: Fondi in valori mobiliari

Art. 32 *Investimenti autorizzati*

1 La direzione di un fondo in valori mobiliari può investire soltanto in titoli di credito (carte valori) emessi in grande numero e in diritti non incorporati aventi la medesima funzione (diritti valori) che sono quotati in borsa o su un altro mercato regolamentato accessibile al pubblico.

2 Il Consiglio federale può autorizzare i fondi in valori mobiliari ad effettuare altri investimenti, in particolare se autorizzati dalla legislazione della Comunità europea in materia di fondi in valori mobiliari.

3 La direzione può detenere in quantità limitata altre carte valori e altri diritti valori, nonché liquidità adeguate.

Art. 33 *Ripartizione degli investimenti*

1 La direzione di un fondo in valori mobiliari deve rispettare il principio della ripartizione dei rischi nella scelta degli investimenti. Di norma può investire soltanto una quota massima determinata del patrimonio del fondo presso il medesimo debitore o presso la medesima impresa.

2 I diritti di voto acquisiti in virtù di carte valori o di diritti valori presso un debitore o un'impresa non devono superare una determinata quota massima.

Art. 34 *Tecniche e strumenti di investimento*

1 Gli investimenti effettuati sotto forma di quote in altri fondi di inve-

stimento, siano essi gestiti dalla stessa direzione o da un'altra direzione, sono autorizzati sino a concorrenza di un limite massimo determinato.

2 La direzione:

- a. può prestare soltanto a determinate condizioni investimenti facenti parte del patrimonio del fondo;
- b. non può effettuare vendite a scoperto per conto del fondo;
- c. può ricorrere al credito soltanto a titolo temporaneo e sino a concorrenza di un limite massimo determinato;
- d. può gravare il patrimonio del fondo con pegni o fornire cauzioni garantite con il patrimonio del fondo soltanto entro l'ambito della gestione ordinaria e sino a concorrenza di un limite massimo determinato;
- e. può ricorrere alle tecniche e agli strumenti speciali di investimento soltanto entro l'ambito della gestione ordinaria.

Sezione 3: Altri fondi di investimento

Art. 35

1 Si considerano altri fondi ai sensi della presente sezione i fondi di investimento che non sono fondi in valori mobiliari (sezione 2) né fondi immobiliari (sezione 4).

2 Le direzioni di siffatti fondi possono effettuare investimenti anche in valori di accesso limitato al mercato, con forti fluttuazioni del corso, di limitata ripartizione dei rischi o di difficile valutazione.

3 Sono in particolare autorizzati gli investimenti sotto forma di metalli preziosi, di prodotti di base (commodities), di opzioni, di contratti a termine, di certificati di altri fondi e di altri diritti.

4 Le direzioni degli altri fondi devono essere qualificate in funzione degli investimenti prospettati.

5 Il Consiglio federale designa le categorie di altri fondi e ne stabilisce le condizioni in funzione delle loro particolarità.

6 Ove gli investimenti degli altri fondi comportino un rischio particolare che non possa essere confrontato con quello dei fondi in valori mobiliari, tale rischio va indicato nel prospetto e nella pubblicità unitamente alla designazione del fondo. Le quote di questi fondi possono essere vendute soltanto mediante un contratto scritto, che ne rammenti il rischio particolare.

Sezione 4: Fondi immobiliari

Art. 36 *Investimenti autorizzati*

1 La direzione di un fondo immobiliare investe i suoi averi in valori immobiliari nel rispetto del principio della ripartizione dei rischi. Il Consiglio federale può autorizzare investimenti all'estero se il valore può essere stimato in modo soddisfacente.

2 Per valori immobiliari si intendono:

- a. gli immobili e i loro accessori; essi sono iscritti nel registro fondiario al nome della direzione, con una menzione che precisa la loro appartenenza al fondo immobiliare;
- b. le partecipazioni e i crediti nei confronti di società immobiliari il cui scopo esclusivo consiste nell'acquisto, nella vendita, nella locazione e nell'affitto di propri immobili, a condizione che il fondo disponga di almeno due terzi del loro capitale e dei loro diritti di voto.

3 La comproprietà di immobili è considerata quale valore immobiliare a condizione che la direzione sia in grado di esercitare un influsso preponderante.

4 Per garantire i suoi impegni, la direzione del fondo deve conservare una quota adeguata del patrimonio del fondo sotto forma di valori mobiliari a breve termine a interesse fisso o in liquidità disponibili a breve scadenza.

Art. 37 *Ripartizione degli investimenti*

La direzione del fondo immobiliare deve ripartire i suoi investimenti, in particolare per oggetti, loro destinazione, età, natura delle costruzioni e ubicazione.

Art. 38 *Doveri speciali della direzione*

1 Fatte salve le disposizioni imperative del diritto delle società, la direzione è responsabile nei confronti degli investitori dell'osservanza della presente legge e del regolamento da parte delle società immobiliari che appartengono al fondo di investimento.

2 Le prestazioni delle società immobiliari ai membri della loro amministrazione, direzione e personale sono imputate sulle remunerazioni che spettano alla direzione in virtù del regolamento.

Art. 39 *Periti incaricati delle stime*

1 La direzione del fondo nomina con l'accordo dell'autorità di vigilanza periti permanenti e indipendenti.

2 La direzione deve far stimare da almeno un perito il valore degli immobili che intende acquistare o alienare. Essa deve indicare all'ufficio di revisione il motivo delle alienazioni al di sotto del valore di stima e degli acquisti al di sopra di questo valore.

3 In caso di progetti di costruzione, la direzione fa verificare se i costi sono adeguati e conformi al mercato.

4 Alla chiusura dell'esercizio annuale la direzione fa verificare dai periti il valore venale di tutti gli immobili appartenenti al fondo. Se allibra un altro valore nella sua contabilità, deve indicarne i motivi all'ufficio di revisione.

5 Il perito incaricato della stima deve motivare il suo metodo di stima nei confronti dell'ufficio di revisione.

6 Il Consiglio federale stabilisce le esigenze applicabili ai periti incaricati delle stime e alle stime del valore venale.

Art. 40 *Competenze speciali della direzione*

1 Se il regolamento lo prevede esplicitamente, per costituire investimenti la direzione può fare costruire edifici per conto del fondo di investimento.

2 In questo caso, durante il periodo di preparazione e di costruzione essa può accreditare al conto dei profitti e delle perdite del fondo di investimento un interesse intercalare con l'aliquota del mer-

cato per i fondi edificabili e per l'edificio in costruzione; il costo dell'investimento non deve tuttavia superare il valore venale di stima.

3 La direzione può costituire in pegno gli immobili; l'ammontare dei pegni non deve tuttavia superare in media la metà del valore venale di tutti gli immobili.

Art. 41 *Emissione e riscatto delle quote*

1 La direzione deve offrire in priorità ai vecchi investitori le nuove quote.

2 L'investitore può chiedere il rimborso delle sue quote per la fine di un esercizio annuale con preavviso di dodici mesi. Per il rimanente è fatto salvo l'articolo 24 capoverso 4.

Art. 42 *Trattamento in borsa e fuori borsa*

La banca depositaria provvede al regolare trattamento in borsa o fuori borsa delle quote dei fondi immobiliari.

Sezione 5: Disposizioni di esecuzione

Art. 43

1 Il Consiglio federale stabilisce e completa le prescrizioni di investimento applicabili alle diverse categorie di fondi. A tale scopo tiene conto del principio della ripartizione dei rischi, nonché della sicurezza e della liquidità degli investimenti.

2 L'autorità di vigilanza disciplina i dettagli in via di ordinanza.

3 Le prescrizioni di investimento applicabili ai fondi in valori mobiliari devono adempire le esigenze della legislazione della Comunità europea.

Capitolo 4: Fondi di investimento esteri

Art. 44 *Definizione*

1 Per fondi di investimento esteri si intendono:

- a. i fondi costituiti sulla base di un contratto di investimento collettivo o di un contratto di altro tipo che esplica i medesimi effetti e che sono gestiti da una direzione con sede e amministrazione principale all'estero;
 - b. le società con sede e amministrazione principale all'estero che hanno per scopo l'investimento collettivo e presso le quali l'investitore può chiedere il pagamento delle sue quote da parte della società stessa o di una società che le è prossima.
- 2 Gli altri fondi o società esteri sottoposti nel loro Paese d'origine alla sorveglianza sui fondi di investimento sottostanno alle disposizioni della presente legge in materia di distribuzione delle quote in Svizzera.

Art. 45 *Autorizzazione*

1 Chi intende proporre o distribuire a titolo professionale quote di fondi di investimento esteri in Svizzera o a partire dalla Svizzera deve ottenere l'autorizzazione dell'autorità di vigilanza.

2 L'autorizzazione è accordata se nel Paese della sede della direzione o della banca depositaria il fondo di investimento sottostà ad una sorveglianza pubblica destinata alla protezione degli investitori e se l'organizzazione e la politica di investimento sono paragonabili alle disposizioni della presente legge dal profilo della protezione degli investitori.

3 L'autorizzazione è accordata alle persone fisiche e giuridiche con sede in Svizzera (rappresentante). Il Consiglio federale può subordinare il rilascio dell'autorizzazione a sufficienti garanzie finanziarie e professionali.

4 L'autorizzazione è accordata soltanto se la denominazione del fondo di investimento non induce in errore né porta a confusione e se per i certificati distribuiti in Svizzera l'ufficio di pagamento, il luogo d'adempimento e il foro sono stati stabiliti presso la sede del rappresentante.

5 Il Consiglio federale è autorizzato a concludere trattati fondati sul riconoscimento reciproco di norme e misure equivalenti, in virtù dei quali i fondi di investimento di uno Stato contraente non necessitano

alcuna autorizzazione, ma devono unicamente annunciare all'autorità di vigilanza la loro intenzione di distribuire quote in Svizzera.

6 I fondi di investimento esteri che non sottostanno nel loro Paese d'origine ad una sorveglianza paragonabile a quella della Svizzera e che hanno ottenuto prima del 31 dicembre 1991 l'autorizzazione d'esercizio non devono ottenere l'autorizzazione ai sensi del presente articolo.

Art. 46 *Obblighi del rappresentante*

1 Il rappresentante del fondo di investimento estero lo rappresenta in Svizzera nei confronti dell'investitore e dell'autorità di vigilanza. La facoltà di rappresentanza non può essere limitata.

2 Il luogo d'esecuzione e il foro rimangono presso la sede del rappresentante anche dopo il ritiro dell'autorizzazione o lo scioglimento del fondo di investimento estero.

3 Il rappresentante è responsabile delle pubblicazioni e della pubblicità in Svizzera. La sua identità è menzionata in tutte le pubblicazioni.

Capitolo 5: Rendiconto e obblighi di pubblicazione

Art. 47 *Obbligo di tenere una contabilità*

1 La direzione deve tenere una contabilità separata per ognuno dei fondi di investimento che gestisce.

2 Il Consiglio federale emana prescrizioni sull'obbligo di tenere una contabilità. Esso può delegare in tutto o in parte tale competenza all'autorità di vigilanza.

Art. 48 *Rapporto annuale*

1 Per ognuno dei fondi di investimento che gestisce, la direzione pubblica un rapporto annuale entro quattro mesi dalla fine dell'esercizio; il rapporto annuale contiene in particolare le seguenti indicazioni e spiegazioni:

- a. il conto annuale, composto di un conto patrimoniale al valore venale e di un conto delle perdite e dei profitti, come pure indicazioni relative all'utilizzazione dell'utile netto;
- b. il numero delle quote riscattate e emesse durante l'esercizio, come pure il numero di quote in circolazione alla fine dell'esercizio;
- c. l'inventario del patrimonio del fondo al valore venale, come pure il valore calcolato su questa base (valore d'inventario) di ogni quota del fondo l'ultimo giorno dell'esercizio contabile;
- d. un elenco delle compere e delle vendite effettuate dalla direzione durante l'esercizio per conto del fondo di investimento;
- e. gli uffici di deposito;
- f. i nomi delle persone alle quali sono delegate competenze decisionali in materia di investimento;
- g. indicazioni sugli affari di speciale importanza economica o giuridica dei quali la direzione si è occupata durante l'esercizio, in particolare quelli concernenti modificazioni del regolamento o questioni essenziali di interpretazione della legge o del regolamento;
- h. un breve rapporto dell'ufficio di revisione sulle indicazioni di cui sopra e, nel caso dei fondi immobiliari, sulle indicazioni di cui all'articolo 49.

2 Nei due mesi successivi al primo semestre dell'esercizio, la direzione pubblica un rapporto semestrale. Questo rapporto contiene un conto patrimoniale e un conto delle perdite e dei profitti non riveduti nonché le indicazioni di cui al capoverso 1 lettere b, c e d.

3 La direzione invia al più tardi al momento della pubblicazione il rapporto annuale e il rapporto semestrale all'autorità di vigilanza. Essa li tiene gratuitamente a disposizione degli interessati per una durata di dieci anni.

Art. 49 *Rapporto annuale dei fondi immobiliari*

1 Il conto annuale dei fondi immobiliari consta di un conto consolidato del patrimonio e dei redditi del fondo di investimento e delle società immobiliari che gli appartengono.

2 Gli immobili devono essere allibrati nel conto patrimoniale al loro valore venale.

3 Nell'inventario del patrimonio del fondo devono essere indicati il prezzo di costo, il valore assicurativo e il valore venale stimato di ogni immobile.

4 Il rapporto annuale dei fondi immobiliari contiene l'identità dei periti incaricati delle stime, nonché indicazioni sui metodi di stima e sulle aliquote di capitalizzazione utilizzate.

5 Nell'elenco delle compere e delle vendite, i singoli valori immobiliari sono indicati separatamente.

Art. 50 *Prospetto*

1 La direzione pubblica un prospetto per ognuno dei fondi di investimento che gestisce. Il prospetto contiene il regolamento del fondo nonché le indicazioni supplementari prescritte dal Consiglio federale in virtù della legislazione della Comunità europea.

2 La direzione mette gratuitamente a disposizione dell'investitore il prospetto prima della conclusione del contratto. La pubblicità del fondo deve rinviare al prospetto e precisare dove può essere ottenuto.

3 La direzione invia spontaneamente all'autorità di vigilanza il prospetto e le relative modificazioni.

Art. 51 *Prezzo d'emissione e di riscatto*

La direzione pubblica simultaneamente e a intervalli regolari il prezzo di emissione e di riscatto delle quote.

Capitolo 6: Revisione e vigilanza

Sezione 1: Revisione

Art. 52 *Ufficio di revisione*

1 Un ufficio di revisione indipendente e riconosciuto dall'autorità di vigilanza verifica ogni anno tutti i fondi di investimento gestiti da

una stessa direzione, nonché l'attività di quest'ultima. Il Consiglio federale stabilisce le esigenze del riconoscimento.

2 La direzione notifica all'autorità di vigilanza la nomina e il cambiamento dell'ufficio di revisione. Se i diritti degli investitori appaiono pregiudicati, l'autorità di vigilanza può esigere la nomina di un altro ufficio di revisione o il mantenimento in carica di quello attuale.

3 La remunerazione della revisione ordinaria può essere addossata al fondo di investimento.

Art. 53 *Doveri dell'ufficio di revisione*

1 L'ufficio di revisione verifica se la direzione e la banca depositaria adempiono le prescrizioni legali e le disposizioni del regolamento; esso controlla in particolare:

- a. il conto annuale del fondo di investimento e delle società immobiliari che gli appartengono;
- b. le altre informazioni che vengono pubblicate, per esempio il prospetto;
- c. il conto annuale della direzione.

2 L'ufficio di revisione allestisce un rapporto dettagliato sulle verifiche effettuate e lo sottopone alla direzione, alla banca depositaria e all'autorità di vigilanza.

3 Se constata infrazioni alla legge o al regolamento oppure irregolarità, ne informa immediatamente l'autorità di vigilanza.

4 L'autorità di vigilanza disciplina l'esecuzione della revisione e l'allestimento del rapporto di revisione.

Art. 54 *Segreto di revisione*

1 L'ufficio di revisione ha il divieto di fornire agli investitori o a terzi le informazioni che gli sono state rivelate o delle quali è venuto a conoscenza nell'ambito della sua attività.

2 Sono fatte salve le disposizioni federali e cantonali sull'obbligo di testimoniare e di informare nei confronti delle autorità.

Art. 55 *Obbligo di informazione della direzione e della banca depositaria*

1 La direzione e la banca depositaria come pure le società immobiliari che appartengono al fondo di investimento devono tenere a disposizione dell'ufficio di revisione i libri contabili, i giustificativi, nonché i rapporti dei periti incaricati della stima e fornirgli tutte le informazioni necessarie allo svolgimento della sua verifica.

2 L'ufficio di controllo della banca depositaria collabora con quello della direzione.

Sezione 2: Vigilanza

Art. 56 *Autorità di vigilanza*

1 La Commissione federale delle banche è l'autorità di vigilanza sui fondi di investimento.

2 Essa sorveglia l'osservanza della presente legge e del regolamento.

3 Essa non verifica l'opportunità delle decisioni della direzione in materia di gestione.

4 L'autorità di vigilanza pubblica per mezzo di circolari la sua prassi in materia di interpretazione della legge.

Art. 57 *Revoca dell'autorizzazione*

1 L'autorità di vigilanza revoca l'autorizzazione se il titolare viola gravemente i suoi obblighi legali e contrattuali.

2 Le autorizzazioni decadono in caso di fallimento del titolare.

3 Decaduta l'autorizzazione, la direzione perde il suo diritto di disposizione sugli averi e sui diritti del fondo di investimento.

Art. 58 *Altri provvedimenti*

1 Se constata violazioni della legge o del regolamento oppure irregolarità, l'autorità di vigilanza prende i provvedimenti necessari al ripristino dell'ordine legale.

2 L'autorità di vigilanza può prescrivere alla direzione di un fondo non autorizzato di trasformarlo in una delle forme previste dalla presente legge oppure pronunciarne lo scioglimento.

3 Se i diritti degli investitori appaiono pregiudicati, l'autorità di vigilanza può imporre alla direzione, alla banca depositaria e al rappresentante del fondo di investimento straniero la prestazione di garanzie.

4 In casi giustificati, essa può fare stimare il valore degli immobili dei fondi immobiliari da altri periti (art. 39). Essa può revocare i periti permanenti.

5 Se viene a conoscenza di un reato punibile ai sensi della presente legge, l'autorità di vigilanza lo denuncia al Dipartimento federale delle finanze. Se viene a conoscenza di altri reati, ne informa le competenti autorità di perseguimento penale.

Art. 59 *Nomina di un osservatore*

1 L'autorità di vigilanza può imporre un osservatore alla direzione se i diritti degli investitori appaiono seriamente minacciati.

2 L'osservatore sorveglia le attività della direzione e in particolare l'esecuzione dei provvedimenti ordinati dall'autorità di vigilanza. Esso fa regolarmente rapporto all'autorità di vigilanza.

3 L'osservatore ha il diritto di consultare tutti i libri della società sottoposta a sorveglianza e di chiedere tutte le informazioni necessarie. Esso non esercita alcuna attività di gestione.

4 La società oggetto della sorveglianza assume le spese dell'osservatore. Essa non può addossarle al fondo di investimento.

Art. 60 *Nomina di un gerente*

1 L'autorità di vigilanza nomina un gerente al posto della direzione o della banca depositaria incapaci d'agire. Essa ne pubblica la nomina negli organi di pubblicazione del fondo di investimento.

2 Entro il termine di un anno il gerente propone all'autorità di vigilanza la designazione di una nuova direzione o di una nuova banca depositaria oppure lo scioglimento del fondo di investimento.

3 L'autorità si pronuncia sulla remunerazione dovuta al gerente e decide se ed in quale misura la direzione o la banca depositaria devono rimborsare detta remunerazione al fondo di investimento.

Art. 61 *Diritto di essere informato*

1 L'autorità di vigilanza può chiedere alle persone e alle società sottoposte alla legge tutte le informazioni e i documenti necessari allo svolgimento del suo compito. Essa può ordinare revisioni straordinarie.

2 Se è dato motivo di ritenere che certe persone esercitano senza autorizzazione un'attività disciplinata dalla presente legge, l'autorità di vigilanza può chiedere loro informazioni e documenti come se si trattasse di persone sottoposte alla legge.

3 I tribunali comunicano gratuitamente all'autorità di vigilanza il testo completo delle loro decisioni nelle controversie civili tra una persona o una società sottoposta alla presente legge e un investitore.

Art. 62 *Procedura di ricorso*

1 La procedura dinnanzi all'autorità di vigilanza è disciplinata dalla legge federale sulla procedura amministrativa.¹

2 Contro le decisioni dell'autorità di vigilanza è ammissibile il ricorso di diritto amministrativo al Tribunale federale.

Art. 63 *Cooperazione con le autorità estere di vigilanza*

1 Ai fini dell'esecuzione della presente legge, l'autorità di vigilanza può chiedere informazioni e documenti alle autorità estere di vigilanza sui fondi di investimento.

2 Essa può trasmettere alle autorità estere di vigilanza sui fondi di investimento informazioni e documenti non accessibili al pubblico a condizione che tali autorità:

- a. utilizzino queste informazioni esclusivamente per la vigilanza diretta dei fondi di investimento;
- b. siano vincolate dal segreto professionale o dal segreto d'ufficio; e

¹ RS 172.021.

c. queste informazioni non vengano trasmesse a autorità competenti e a organismi incaricati di compiti di vigilanza nell'interesse pubblico senza il consenso dell'autorità svizzera di vigilanza o in virtù di un'autorizzazione generale fondata su un trattato internazionale ai sensi del capoverso 4. La trasmissione di informazioni alle autorità penali non è ammessa quando l'assistenza giudiziaria in materia penale è esclusa. L'autorità di vigilanza decide d'intesa con l'Ufficio federale di polizia.

3 La legge federale sulla procedura amministrativa¹ è applicabile se le informazioni che devono essere trasmesse dall'autorità di vigilanza concernono singoli investitori.

4 Il Consiglio federale può concludere trattati di cooperazione con le autorità estere di vigilanza entro i limiti previsti dal capoverso 2.

Capitolo 7: Rapporto delle direzioni alla Banca nazionale svizzera

Art. 64

1 Il Consiglio federale può imporre alle direzioni l'obbligo di fare periodicamente rapporto alla Banca nazionale svizzera sull'evoluzione dei fondi di investimento che gestiscono.

2 Esso può obbligare i rappresentanti di fondi di investimento esteri a fare rapporto alla Banca nazionale svizzera sulla distribuzione dei loro fondi.

Capitolo 8: Responsabilità

Art. 65 *Principio*

1 La direzione, la banca depositaria, il distributore, il rappresentante di un fondo di investimento estero, l'ufficio di revisione, il perito incaricato della stima, il rappresentante della comunità degli investitori, il liquidatore, l'osservatore o il gerente di un fondo di investimento

che violano i loro obblighi sono responsabili nei confronti degli investitori dei danni che ne derivano, a meno che provino che nessuna colpa è loro imputabile.

2 La responsabilità si estende parimenti ai loro ausiliari nonché alle persone da essi incaricati.

3 È esclusa qualsiasi limitazione di questa responsabilità.

Art. 66 *Solidarietà e regresso*

1 Se più persone sono responsabili per lo stesso danno, ognuna è responsabile solidalmente nella misura in cui il danno può esserle imputato personalmente a causa della sua colpa e delle circostanze.

2 Il giudice stabilisce il diritto di regresso fra i singoli partecipanti tenendo conto di tutte le circostanze.

Art. 67 *Prescrizione*

L'azione di risarcimento si prescrive in dieci anni a contare dal giorno in cui il danno si è verificato, e in ogni caso in un anno a contare dal giorno del riscatto delle quote.

Capitolo 9: Foro

Art. 68

Gli investitori devono intentare le loro azioni civili contro la direzione, la banca depositaria, il distributore, l'ufficio di revisione, il liquidatore, i periti incaricati della stima, il rappresentante della comunità degli investitori, l'osservatore o il gerente di un fondo di investimento dinanzi al giudice competente della sede della direzione.

Capitolo 10: Disposizioni penali

Art. 69 *Delitti*

1 È punito con la detenzione sino a sei mesi o con la multa sino a 200 000 franchi chiunque, intenzionalmente:

- a. esercita le funzioni di direzione, di banca depositaria, di distributore o di rappresentante di un fondo di investimento senza essere titolare di un'autorizzazione o crea un fondo di investimento senza che ne sia stato approvato il regolamento;
 - b. fornisce indicazioni false o ingannevoli nella pubblicità per un fondo di investimento;
 - c. fornisce indicazioni false nel rapporto annuale, nel rapporto semestrale, nel prospetto e in altre informazioni o sottace fatti importanti;
 - d. fornisce informazioni false o non comunica le informazioni richieste all'ufficio di revisione, all'osservatore o all'autorità di vigilanza;
 - e. svolge altre attività nell'esercizio della sua funzione di direzione di un fondo di investimento;
 - f. viola gravemente gli obblighi che gli sono imposti in qualità di ufficio di revisione riconosciuto, in particolare fornendo indicazioni false o sottacendo fatti importanti nel rapporto di revisione, omettendo di effettuare le notificazioni previste all'autorità di vigilanza o divulgando segreti di revisione;
 - g. viola gravemente gli obblighi che gli incombono in qualità di perito incaricato della stima.
- 2 Se l'autore ha agito per negligenza, è punito con la multa sino a 100 000 franchi.

Art. 70 *Contravvenzioni*

- 1 È punito con l'arresto o con la multa sino a 100 000 franchi chiunque, intenzionalmente:
- a. non tiene una contabilità regolare o non conserva i libri contabili, i giustificativi e i documenti conformemente alle disposizioni applicabili;
 - b. non fornisce nel rapporto annuale, nel rapporto semestrale o nel prospetto tutte le indicazioni prescritte oppure non le pubblica o non le pubblica nei termini previsti;

- c. non si sottopone alla decisione che gli è stata intimata dall'autorità di vigilanza con la comminatoria della pena prevista dal presente articolo;
 - d. non presenta alla Banca nazionale svizzera i rapporti prescritti o fornisce in questi rapporti indicazioni contrarie alla verità.
- 2 Se l'autore ha agito per negligenza, è punito con la multa sino a 50 000 franchi.

Art. 71 *Rapporto con il diritto penale amministrativo*

1 È applicabile la legge federale sul diritto penale amministrativo.¹ Il Dipartimento federale delle finanze è l'autorità competente in materia di perseguimento penale e di giudizio.

2 L'azione penale in materia di contravvenzioni si prescrive in cinque anni. In caso di interruzione della prescrizione, il termine della stessa non può essere prolungato di più della metà.

Capitolo 11: Disposizioni finali

Art. 72 *Prescrizioni applicabili ai fondi ipotecari*

Il Consiglio federale può emanare prescrizioni sulla struttura dei fondi ipotecari.

Art. 73 *Diritto previgente: abrogazione*

Sono abrogate:

- a. la legge federale del 1° luglio 1966 sui fondi d'investimento;
- b. l'ordinanza del 13 gennaio 1971 sui fondi d'investimento stranieri.

Art. 74 *Modificazione del diritto vigente*

La legge federale sull'esecuzione e il fallimento² è modificata come segue:

¹ RS 313.0.

² RS 281.1.

Art. 219 cpv. 4, terza classe, lett. f

- f. i crediti degli uffici di revisione, degli osservatori, dei gerenti, dei periti incaricati della stima e dei rappresentanti della comunità degli investitori che risultano dall'attività svolta per conto del fondo di investimento.

Art. 75 *Disposizioni transitorie*

1 Fatte salve le disposizioni che seguono, la presente legge è applicabile a contare dalla sua entrata in vigore ai nuovi fondi di investimento e ai fondi di investimento esistenti.

2 Le prescrizioni procedurali si applicano parimenti ai procedimenti iniziati prima dell'entrata in vigore della presente legge. Le domande di modificazione del regolamento presentate al giudice civile prima dell'entrata in vigore della presente legge sono giudicate secondo la procedura anteriore.

3 Entro il termine di tre mesi dall'entrata in vigore della presente legge:

- a. le direzioni devono convertire le azioni al portatore in azioni nominative (art. 9 cpv. 3);
- b. le direzioni devono comunicare all'autorità di vigilanza i nominativi del personale dirigente (art. 9 cpv. 5);
- c. le direzioni devono comunicare all'autorità di vigilanza i nomi degli azionisti sottoposti all'obbligo della notifica come pure i nomi delle altre persone che potrebbero influenzare la loro attività (art. 10 cpv. 2);
- d. i distributori devono presentare la loro domanda di autorizzazione all'autorità di vigilanza (art. 22 cpv. 1);
- e. le direzioni dei fondi immobiliari devono sottoporre all'autorità di vigilanza le proposte di nomina dei periti incaricati della stima (art. 39 cpv. 1).

4 L'autorizzazione di rivolgere inviti al pubblico per un fondo di investimento estero spira entro un termine di sei mesi dall'entrata in vigore della presente legge se nessuna domanda di autorizzazione ai sensi delle pertinenti disposizioni è stata presentata e se nessun

rappresentante è stato designato (art. 45 seg.). L'autorizzazione di rivolgere inviti al pubblico accordata in virtù del diritto previgente è mantenuta fintantoché la domanda di autorizzazione non è stata oggetto di una decisione.

5 Entro il termine di un anno dall'entrata in vigore della presente legge:

- a. le banche devono concludere contratti scritti di gestione patrimoniale per i loro portafogli collettivi interni (art. 4);
- b. gli istituti che non hanno lo statuto di banca devono liquidare i loro portafogli collettivi interni (art. 4);
- c. le direzioni devono fare approvare la revisione dei loro regolamenti (art. 7);
- d. le direzioni devono pubblicare un prospetto per ogni fondo di investimento (art. 50).

6 Entro il termine di due anni dall'entrata in vigore della presente legge le direzioni devono essere separate dalle banche depositarie (art. 9 e 17).

7 Il rapporto annuale deve essere allestito secondo le nuove prescrizioni al termine dell'esercizio annuale successivo all'entrata in vigore della nuova legge (art. 48 e 49).

8 In casi particolari l'autorità di vigilanza può prorogare i termini stabiliti dal presente articolo.

Art. 76 *Referendum ed entrata in vigore*

- 1 La presente legge sottostà al referendum facoltativo.
- 2 Il Consiglio federale ne determina l'entrata in vigore.